

UNIA



DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Mutterschafts-Strafe: Das Baby-Knick-Geständnis des Bundesrates. Seite 8

Die Abbruch-Meister

So extrem tritt der Verband auf, und so energisch wehren sich die Buezer. Seite 3

Kündigungsschutz ab 55

Arbeitszeitkalender

Kollektive Lohnverhandlung

Schlammzulage

Arbeitsfreier Samstag

Bekämpfung von Schwarzarbeit

Berufliche Weiterbildung

90 Prozent Krankentaggeld

Obergrenze Überstunden

**SBV
SSE
SSIC**

Die Löhne rauf!

Die Arbeitenden chrampfen heute 11 Prozent produktiver als vor 10 Jahren. Aber sie können sich von ihrem Lohn gleich viel oder gar weniger kaufen. Das muss sich jetzt endlich ändern! Seite 9



So sichert die Pharma ihre Milliarden-Profit

Schweizer Kranke und Buezer sollen für Trump-Zölle bluten. Seiten 12-13

So sparen Sie im Alltag

Der work-Ratgeber. Seiten 20-21



workedito
Anne-Sophie Zbinden

KEIN 996!

Ob Zoll-, Energie- oder Coronakrise: Wirtschaftsverbände und ihre Lobby spielen sich als Retter der Wirtschaft auf. Immer mit dem gleichen Reflex: mehr arbeiten (lassen), weniger Regulierung (Seite 2 rechts). Sonst drohe ein Firmen-Exodus, eine massive Wohlstandsreduktion, wenn nicht gar der Untergang der Schweiz. Des Teufels sind da natürlich alle gewerkschaftlichen Forderungen.

SWISS MADE. Dabei sind gewerkschaftliche Errungenschaften ein Qualitätsmerkmal des Schweizer Wirtschaftsstandortes.

Gewerkschaften leisten viel für den Wohlstand.

Angela Hao ist Schweizer-Korrespondentin und Chefin des Europabüros der chinesischen Onlinezeitung «Sina Finance».

eines bedeutenden Finanzinformationsdienstes. Im «Bund» sagte sie: «Die Schweizer Arbeitseffizienz ist bemerkenswert. Es gibt keine Verherrlichung von Überarbeitung wie in der «996-Kultur» in China, einem Kürzel für Arbeitstage von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, was bei sechs Tagen einer Arbeitswoche von 72 Stunden entspricht. Beruflich schätze ich die Zusammenarbeit mit Schweizer Unternehmen sehr. Ihre Fachleute sind zuverlässig und vertrauenswürdig.»

MADE BY GEWERKSCHAFTEN. Dass in der Schweiz die 72-Stunden-Woche nicht die Norm ist und die Fachleute zuverlässig sind, hat viel mit den Gewerkschaften zu tun. Die Gewerkschaften leisten Entscheidendes für die Schweizer Wirtschaft und für den Wohlstand, auch wenn dieser nach wie vor ungleich verteilt ist. Ein paar Beispiele:

- **Kaufkraft:** Gewerkschaften tragen zu höheren Löhnen bei (Seite 9). Das stärkt wiederum die Kaufkraft – und das Wirtschaftswachstum.
- **Soziale Stabilität:** Gewerkschaften tragen dazu bei, die Lohnschere zu verkleinern. Weniger Ungleichheit wiederum hilft, soziale Spannungen zu entschärfen – siehe Frankreich (Seite 15).
- **Gesundheit:** Geregelte Wochenarbeitsstunden, bezahlte Ferien, bezahlter Mutterschafts- und Vaterschaftsurlaub: all diese von Gewerkschaften und progressiven Kreisen hart erkämpften Fortschritte tragen zur physischen und psychischen Gesundheit der Arbeitnehmenden bei – was wiederum zu mehr Arbeitseffizienz, besserer Lebensqualität und auch zu der von Frau Hao geschätzten Zuverlässigkeit führt.
- **Ausbildung:** In vielen Branchen fördern Gewerkschaften die Weiterbildungsmöglichkeiten. Das bewirkt wiederum, dass die Schweiz gut ausgebildete Fachleute hat, was zentral ist für die Schweizer Firmen, ihren Umsatz und ihren Profit.
- **Sozialstaat:** Gewerkschaften waren massgeblich beteiligt an der Einführung und Weiterentwicklung der AHV, der Arbeitslosenversicherung, der Mutterschaftsversicherung usw. Was wiederum die wirtschaftliche Entwicklung – und ja, auch die Zuverlässigkeit – fördert.
- **Wirtschaftliche Resilienz in Krisenzeiten:** Während Krisen tragen die Gewerkschaften durch pragmatische Lösungen zur Stabilisierung der Wirtschaft bei. Etwa durch Kurzarbeit, Kündigungsschutz, Härtefallfonds.

MADE BY LMV. Umso erstaunlicher, dass die Baumeister in den Verhandlungen um den neuen Landesmantelvertrag derart auf Abriss setzen. Denn die Bauleute bauen im wahrsten Sinne des Wortes den Wohlstand der Schweiz. Dass sie dies unter würdigen Bedingungen tun können, dafür müssen die Gewerkschaften immer wieder kämpfen. Doch die Baumeister wollen im LMV keinen Stein auf dem anderen lassen. Mindestens 20 Seiten des Vertrages wollen sie ersatzlos streichen. Doch die Bauleute werden diesem Streichkonzert nicht applaudieren. Und die Meister täten gut daran zu überlegen, worauf ihr Wohlstand beruht (Seite 3).

Luzern: Kantonsregierung knausert, Parlament lässt Büezer warten Millionen für Konzerne statt für die Stahlarbeiter

Die Luzerner Regierung will Konzerne mit 200 Millionen Franken pro Jahr subventionieren. Gleichzeitig verweigert sie dem Stahlwerk in Emmenbrücke LU einen Bruchteil dieser Finanzhilfe.

IWAN SCHAUWECKER

Stahlarbeiter und Gewerkschaften kämpften im eidgenössischen Parlament erfolgreich für finanzielle Überbrückungshilfen zugunsten der beiden Schweizer Stahlwerke. Damit der Bund das Stahlwerk in Emmenbrücke LU mit 17 Millionen Franken unterstützen kann, braucht es jedoch auch die finanzielle Beteiligung des Standortkantons.

Doch der bürgerlich dominierte Luzerner Regierungsrat lehnt die kantonale Finanzhilfe für Steeltec in der Höhe von maximal 8,5 Millionen Franken ab. Gleichzeitig will Luzern internationale Konzerne mit 200 Mil-

«Offensichtlich sind Dividenden wichtiger als Arbeitsplätze.»

MARCEL BUDMIGER, SP-KANTONS RAT

lionen pro Jahr subventionieren. Das soll ab 2026 im Rahmen der geplanten Standortförderung passieren. Ab 2026 rechnet Luzern mit massiven Mehreinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer, welche sie den Konzernen rückvergüten will (siehe Box).

DIVIDENDEN WICHTIGER

Marcel Budmiger, SP-Kantonsrat und Geschäftsleiter des Luzerner Gewerkschaftsbunds, sagt: «Offensichtlich haben Dividenden internationaler Konzerne für den Regierungsrat eine höhere Priorität als 650 einheimische und nachhaltige Arbeitsplätze.» Der Luzerner Kantonsrat hat am



PROTESTAKTION: Die Stahlarbeiter und Gewerkschafterinnen vor dem Luzerner Kantonsparlament. FOTO: ISC

9. September seinen Vorstoss zur kantonalen Unterstützung des Stahlwerks debattiert. Giuseppe Reo, Regionalsekretär der Gewerkschaft Unia, war mit einer Gruppe von Stahlarbeitern von Steeltec für eine Protestaktion vor Ort: «Wir sind über die Haltung des Regierungsrates sehr enttäuscht und wollen die Kantonsräte für die Unterstützung des Stahlwerks gewinnen.»

KANTONS RAT STIMMT JEIN

Das ist ihnen gelungen – zumindest teilweise. Neben der linken Minderheit unterstützte ein Grossteil der Mitte-, SVP- und FDP-Fraktion eine kantonale Finanzhilfe für das Stahlwerk. Mit 93 zu 18 Stimmen stimmten sie Ja. Nur die GLP lehnte den Vorstoss geschlossen ab. Die finanzielle Unterstützung des Kantons wird von den bürgerlichen Parteien allerdings nicht bedingungslos gewährt, sondern soll erst im Rahmen der Standortförderung möglich gemacht werden. Diese Vorlage wird voraussichtlich im Januar 2026 im Parlament debattiert. Bis dahin ist auch die Unterstützung des Bundes für das Stahlwerk in Emmenbrücke blockiert.

Gewerkschaft: Nein zur Zugerisierung von Luzern!

Die Sportmarke Adidas, die Fast-Food-Kette Burger King oder der Pharma-Gigant MSD, sie und viele weitere Grosskonzerne und Finanzholdings haben ihren Hauptsitz in den Kanton Luzern verlegt. Nach Zug und Nidwalden ist Luzern heute einer der weltweit steuergünstigsten Konzernstandorte.

KONTRA. Mit der jüngsten Steuergesetzrevision wird der Kanton die Kapitalgewinnsteuer auf 0,01 Promille kürzen und zusätzliche Steuervergünstigungen einführen. Trotzdem rechnet der Kanton Luzern wegen der OECD-Mindeststeuer von 15 Prozent für Grosskonzerne im nächsten Jahr mit Mehreinnahmen von 300 Millionen Franken. Der Luzerner Gewerkschaftsbund (LGB) lehnt die geplante Weiterentwicklung der Standortförderung ab und schreibt: «Nein zur Zugerisierung des Standorts Luzern.» (isc)

UNIA-PRÄSIDENTIN FORDERT: ZÜGE STATT WAFFEN

Seit einem Monat gelten die Trumpschen Strafzölle von 39 Prozent. Grosse Teile der Schweizer Wirtschaft sind davon kaum betroffen, doch für Unternehmen mit einem starken US-Exportgeschäft können die Zölle zu einem existenziellen Problem werden. Der Arbeitgeberverband Swissmem fordert deshalb längere Arbeitszeiten, tiefere Löhne und mehr Geld für die Rüstungsindustrie. Im Interview mit dem «Sonntags-Blick» kontert Unia-Präsidentin Vania Alleva: «Die Zölle dürfen nicht missbraucht werden, um Arbeits- und Lohnbedingungen zu verschlechtern.»

ZUG UM ZUG. Die Forderung nach einer Stärkung der Rüstungsindustrie hält sie für völlig verfehlt: «Rüstung schafft weder nachhaltigen Wohlstand noch langfristige Beschäftigung. Wir müssen vielmehr den ökologischen und sozialen Umbau der Wirtschaft vorantreiben. Statt auf Waffen setzen wir auf zivile Leitindustrien – etwa den öffentlichen Verkehr und die Rollmaterialindustrie.» Als Beispiel nennt Alleva die beiden Rollmaterialhersteller Stadler und Alstom sowie deren Zulieferbetriebe, zu denen auch die vom Bund unterstützten Schweizer Stahl- und Aluminiumfabriken gehören. Wenn andere Länder ihre Industrien gezielt stützten, müsse auch die Schweiz endlich reagieren. Das öffentliche Beschaffungswesen wurde 2021 reformiert, um die soziale und ökologische Nachhaltigkeit und positive Auswirkungen auf den Werk- und Ausbildungsplatz Schweiz zu berücksichtigen. Das Bundesgesetz müsse jetzt konsequent angewendet werden und damit die ökosoziale Transformation vorantreiben. Alleva sagt: «Wir wollen, dass die Mittel der öffentlichen Hand nachhaltige Jobs und faire Löhne sichern.» (isc)

Was macht dieser Altkleiderberg auf dem Bundesplatz? Endlich mit Fast-Fashion aufräumen

Mit fünf Tonnen Altkleidern auf dem Bundesplatz fordert eine Koalition von Parlament und Bundesrat endlich wirksame Massnahmen gegen die schmutzige Mode-Industrie.

IWAN SCHAUWECKER

Mit dem Erfolg chinesischer Modegiganten wie Shein und Temu sind die weltweite Produktion und der Konsum von Kleidung massiv angestiegen (work berichtete: rebrand.ly/billigware). Auch die Schweiz bleibt von diesem Phänomen und seinen verheerenden Folgen nicht verschont. Schweizweit werden jedes Jahr 100 000 Tonnen Kleidung, hergestellt unter ausbeuterischen Bedingungen und oft kaum getragen, als Abfall verbrannt oder zur Entsorgung exportiert.

ABGABE AUF KLEIDUNG. Als Reaktion auf diesen Fast-Fashion-Skandal haben 13 Organisationen aus der Zivilgesellschaft unter Mitbeteiligung der Unia

fünf Tonnen Altkleider auf dem Bundesplatz in Bern gekippt. Die Koalition verlangt einen sys-

100 000 Tonnen Kleidung landen jährlich im Abfall.

temischen Wandel in der Modebranche – hin zu einer Kreislaufwirtschaft, in der Qualität, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit im Zentrum stehen. Dazu werden die Einführung einer Abgabe auf neue Kleidung und Schuhe, die Förderung von Reparatur und Wiederverkauf sowie Anreize für eine nachhaltige Produktion und die Gewährleistung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen entlang der gesamten Lieferkette gefordert.

PETITION FÜR MODEFONDS. Der gemeinsame Protest ist Teil einer Kampagne der Organisation Public Eye, die den Bundesrat mit einer Petition zur Schaffung eines Schweizer Mode-



POLITIK MUSS AUFRÄUMEN: Aktivistinnen machen auf dem Bundesplatz auf die Fast-Fashion-Problematik aufmerksam. FOTO: VOLLTOLL.CH / PUBLIC EYE

fonds auffordert, der Unternehmen verpflichtet, sich an den sozialen und ökologischen Folgekosten ihres Geschäftsmodells zu beteiligen (work berichtete: rebrand.ly/abfallberge).

MUTLOSER BUNDESRAT. Im Juni hatte Sophie Michaud Gigon, Nationalrätin der Grünen (VD), eine Motion zur Einführung einer solchen Massnahme eingereicht. Zwar anerkennt der Bundesrat die Notwendigkeit

einer nachhaltigeren Produktion und eines nachhaltigeren Konsums. Dennoch hat er den Vorstoss von Gigon abgelehnt: Er sieht «aktuell keinen Handlungsbedarf». Stattdessen setzt der Bundesrat auf freiwillige Initiativen der Unternehmen. Diese greifen jedoch viel zu kurz und dienen den Modekonzernen als grünes Mäntelchen, mit dem sie ökologisch und sozial verwerfliche Praktiken überdecken.

So extrem sind die Baumeister-Forderungen

Baumeister wollen den LMV aushöhlen!

Der Baumeisterverband will angeblich «die hohen Standards der Branche sichern» und «besser auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden eingehen». Doch sein Entwurf für einen neuen Bauvertrag geht ins genaue Gegenteil.

JONAS KOMPOSCH

Es ist einer der wichtigsten Gesamtarbeitsverträge der Schweiz: der Landesmantelvertrag für das Bauhauptgewerbe (LMV). Er regelt nicht nur direkt die Arbeitsbedingungen von rund 80 000 Bauarbeiterinnen und Bauarbeitern. Er gilt auch als Orientierungspunkt für viele kleinere und

Der Entwurf enthüllt die Allmachtsphantasien der Verbandsspitze.

meist weniger fortschrittliche GAV aus ähnlichen Gewerbebranchen. Deshalb ist die aktuelle LMV-Neuverhandlung nicht nur für Maurer und Strassenbauer wichtig, sondern auch für alle anderen Lohnabhängigen, die handwerklich arbeiten.

Umso alarmierender ist, was der Schweizerische Baumeisterverband (SBV) zurzeit im Schilde führt. Zwar behauptet der Verband auf seiner Website, er wolle «die hohen Standards der Branche sichern» und «insbesondere besser auf die Bedürfnisse der Mitarbeitenden eingehen». Doch zeigt ein Dokument, dass das genaue Gegenteil stimmt.

SAMSTAG ALS NORMALER ARBEITSTAG

Am 28. August fand die zweite Verhandlungsrunde zwischen den Gewerkschaften und den Meistern statt. Bei dieser Gelegenheit überreichte die SBV-Delegation den Gewerkschaften einen fixfertigen Vorschlag für einen neuen LMV. Das Dokument ist brisant. Gleich mehrere Paragraphen zugunsten der Búezerinnen und Búezer will der SBV kübeln. Insgesamt sollen

mindestens 20 Vertragsseiten ersatzlos gestrichen werden – und zwar ausschliesslich zugunsten der Arbeitgeber. Die schrillsten SBV-Forderungen lauten:

1. Sechstageswoche

Der Samstag soll ein normaler Arbeitstag werden. Die bisherigen Lohnzuschläge von 25 Prozent sollen wegfallen.

2. Vervielfachung der Überstunden

Neu sollen bis zu 250 Überstunden möglich sein: mehr als doppelt so viele wie heute. Zudem bis zu 150 Minusstunden statt wie bisher 20.

3. Längere Arbeitstage

Abschaffung des Arbeitszeitkalenders, der bisher die tägliche Arbeitszeit und die regelmässigen Einsatzplanungen im vorhinein festlegt und in der Regel minimal 7,5 und maximal 9 Stunden Arbeit pro Tag garantiert. Fällt der Kalender, folgt Arbeit auf Abruf.

4. Senkung des Krankentaggelds von 90 auf 80 Prozent.

5. Streichung des Kündigungsschutzes für ältere Arbeitnehmende über 55. Bisher profitieren diese ab dem zweiten Dienstjahr von einer vier- statt einmonatigen Kündigungsfrist, ab dem zehnten Dienstjahr sogar von einer sechsmonatigen Kündigungsfrist.

6. Streichung des Kündigungsschutzes für gewerkschaftliche Delegierte, Erkrankte und Verunfallte.

7. Verlängerung der Probezeit für Neueingestellte von zwei auf drei Monate.

8. Weniger Lohn für Sonntagsarbeit. Bisher gilt alle Arbeit ab Samstag 17 Uhr bis Montag 5 Uhr als Sonntagsarbeit. Diese muss mit 50 Prozent Zuschlag vergütet werden. Künftig soll der Zuschlag nur noch für Sonntag von 0 bis 24 Uhr gelten.

9. Weniger Zuschläge für Arbeit im Schlamm.

Bisher erhalten Búezer, die knie- oder hüfttief im Schlamm oder Wasser arbeiten müssen, Zuschläge von bis zu 50 Prozent pro Stunde. Neu

sollen sie mit einem Goodie von 2 Franken pro Stunde abgespeist werden.

10. Gesetzliche Feiertage während der Ferien sollen nicht mehr nachbezogen werden können.

MEHR SCHWARZARBEIT

Weiter fällt auf, dass der SBV nach aussen zwar ständig beteuert, die Schwarzarbeit konsequent bekämpfen zu wollen. Doch sein LMV-Vorschlag steht dem diametral entgegen. So soll ausgerechnet das bei kriminellen Lumpenbuden verhasste Barzahlungsverbot für Löhne fallen. Und auch die Vorgabe, wonach die paritätischen Kontrolleure mindestens einmal monatlich gemeinsame Schwarzarbeitskontrollen durchzuführen haben, will der SBV streichen.

Widersprüchlich ist auch die ständige Beteuerung der angeblich glänzenden Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten in der Branche. Denn der SBV will den gesamten Artikel 8, «Berufliche Weiterbildung», ersatzlos aus dem LMV streichen. Artikel 8 garantiert bisher fünf unbezahlte Urlaubstage pro Jahr für Weiterbildungen.

Noch happiger als Weiterbildungswillige soll es die Steinhauer und Steinbrucharbeiter treffen. Sie sollen komplett aus dem Geltungsbereich des LMV fallen! Ebenso Kantinenmitarbeitende und Reinigungsleute, die nicht bereits durch den Gastro-GAV oder den Reinigungs-GAV geschützt sind.

ZENTRALE WILL ALLEIN HERRSCHEN

Der LMV-Entwurf enthüllt schliesslich auch die Allmachtsphantasien des am Zürichberg beheimateten SBV. So wollen die Spitzenfunktionäre den Sektionen verbieten, regionale GAV abzuschliessen. Solche meist fortschrittlichere Lokalverträge gibt es derzeit im Tessin, im Wallis und in der Romandie. Künftig soll allein die Zürcher Zentrale den Tarif durchgeben. Oder aber die Firmenbosse, wie es ihnen beliebt. Denn der SBV schreibt

FAMILIENFREUNDLICHERE ARBEITSZEITEN

Das fordern die Baubúezer:

1. Generelle Lohnerhöhungen und die Einführung des automatischen Teuerungsausgleichs.
2. Kürzere Arbeitstage und höhere Zuschläge für die ausufernde Samstagsarbeit.
3. Eine bezahlte Znünpause, wie sie in anderen Branchen längst Standard ist.
4. Voll bezahlte Reisezeit vom Betrieb zur Baustelle. Heute zählt diese nicht zur Arbeitszeit, und eine halbe Stunde pro Tag wird gar nicht bezahlt, was dem Gesetz widerspricht.

auch: Ab 2026 sollten die Lohnanpassungen nur noch «individuell» erfolgen und «nicht mehr auf Basis von nationalen Verhandlungen mit den Gewerkschaften». Auch die Angestellten sollen nicht mehr dreinreden dürfen: Die sogenannte Mitwirkungsvereinbarung, einen Teil des LMV, der die Mitsprache der Belegschaften regelt, will der SBV komplett schreddern.

Chris Kelley, Co-Leiter des Sektors Bau bei der Unia, bedauert, dass der SBV erneut keine Hand bot für Lösungen, die die Branche weiterbringen. Die Forderungen der Bauarbeiter seien fair, notwendig und realistisch. Für Kelley ist klar: «Weigert sich der SBV weiterhin, seine Verantwortung wahrzunehmen, dann werden die Bauarbeiter die Sache selbst in die Hand nehmen.»

Die Unia führt zurzeit in der ganzen Schweiz Streikabstimmungen durch. Am 15. September steigt die dritte von fünf Verhandlungsrunden. Doch schon jetzt scheint klar: Der Herbst wird ein heisser werden!

Hier geht's zum kompletten Abbauvorschlag der Baumeister im Original: rebrand.ly/baumeister-streichen



Art. 8 Berufliche Weiterbildung
1 Die Vertragsparteien unterstützen und fördern die berufliche Weiterbildung der Arbeitnehmenden im Bauhauptgewerbe. Sie weisen in ihren Verbandsorganen periodisch auf die beruflichen

4 Die Vertragsparteien erachten das Arbeitskräftepotential von älteren Mitarbeitenden als sehr wichtig. Es gehört zur Fürsorgepflicht des Arbeitgebers, ältere und langjährige Mitarbeitende sozial verantwortlich zu behandeln. Das verlangt insbesondere bei Kündigungen eine erhöhte Sorgfaltspflicht. Bei einer beabsichtigten Kündigung von Mitarbeitenden ab Alter 55 findet rechtzeitig und zwingend ein Gespräch zwischen dem Vorgesetzten und dem betroffenen Mitarbeitenden statt, an welchem dieser informiert und an-

LMV-STREICHKONZERT: Die Baumeister wollen wichtige Búezer-Erregenschaften aus dem Bauvertrag streichen. work drückt die absurdesten Vorschläge ab. FOTO: ZVG

Art. 23 Kündigungsschutz
20 Grundsatz: Eine Kündigung des Arbeitsverhältnisses nach Ablauf der Probezeit durch den Arbeitgeber ist unter Vorbehalt von Abs. 2 und 3 dieses Artikels solange ausgeschlossen, wie die Krankentaggeldversicherung oder die obligatorische Unfallversicherung für Arbeitnehmende Taggelderleistungen erbringt.
2 Taggelderleistungen und Invalidenrente: Erhalten Arbeitnehmende neben Taggelderleistungen der Krankentaggeldversicherung eine Rente der Invalidenversicherung, darf ihnen ab Datum der Anspruchsberechtigung auf eine Invalidenrente unter Einhaltung der ordentlichen Kündigungsfristen gekündigt werden.

Art. 2924 Arbeitsfreie Tage
7 -An Sonntagen, kantonalen Feier- und öffentlichen Ruhetagen sowie an Samstagen und am 1. August wird nicht gearbeitet.

Politik will Ovo-GAV!

BERN. Die Kündigung des GAV durch die Wander AG beschäftigt jetzt auch die Politik. Eine überparteiliche Interpellation im Berner Kantonsparlament fordert von der Regierung eine Stellungnahme. Sie soll sich zu den Auswirkungen eines vertragslosen Zustands in der Ovo-Fabrik äussern und Vorschläge zur Stärkung des Standorts in Neuenegg machen. Die Unia kämpft mit den Beschäftigten weiterhin für die Rückkehr des Vertrags.

Sturm auf Hyundai-LG-Werk

GEORGIA (USA). Donald Trumps Einwanderungsbehörde ICE nahm bei einer Grossrazzia in einer Hyundai-LG-Batteriefabrik im Bundesstaat Georgia 450 mehrheitlich südkoreanische Arbeiter fest. Die Autogewerkschaft UAW verurteilt sowohl die ausbeuterischen Methoden des Hyundai-Konzerns



GROSSRAZZIA: Arbeiter der Batterie-fabrik in Georgia. FOTO: KEYSTONE

als auch das militärische Vorgehen gegen die angeblich illegalen Arbeiter. Die Arbeitssicherheit bei Hyundai und an anderen Arbeitsorten in den USA werde durch das rabiate Vorgehen gegen Migrantinnen und Migranten nur noch schlechter.

Kanton schützt Dumping

ZÜRICH. Für das Cockpitpersonal und die Kabinencrew von Air Baltic ist Zürich Dreh- und Angelpunkt. Denn sie werden für Einsätze der Swiss-Flüge eingespannt. Für umgerechnet 900 bis 1500 Franken Monatslohn! Die Flughafen-Gewerkschaften zeigten das Dumping beim Kanton an. Doch nun entschied die Volkswirtschafts-direktion unter FDP-Frau Carmen Walker Späh: Alles in bester Ordnung! Der Gewerkschaftsbund kritisiert das «inakzeptable Fehlurteil» scharf. Und auch Sandrine Nikolic-Fuss von der Kabinengewerkschaft Kapers kündigt Widerstand an: «Dieser Entscheid ist ein gefährlicher Präzedenzfall und öffnet die Schleusen für Lohndumping in allen Branchen.»

24 Millionen Strafe für VW

RIO DE JANEIRO. Misshandelt, um den Lohn betrogen, und wer fliehen wollte, wurde erschossen. Das berichtet ein Arbeiter, der in den 1980ern als Tagelöhner auf der Farm «Vale do Rio Cristalino» tätig war. Dort betrieb VW eine Tochterfirma. Hunderte Arbeiter litten unter unwürdigen Arbeitsbedingungen und unter den Schikanen der bewaffneten Wächter. Nun wurde «Volkswagen do Brasil» dafür von einem Arbeitsgericht verurteilt. Wegen Sklavenarbeit muss VW einen Schadenersatz von umgerechnet 24 Millionen Franken bezahlen. Es ist die höchste Geldstrafe, die jemals für Fälle der modernen Sklaverei in Brasilien gesprochen wurde.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Auch in Bern: Ohrfeige für die Turbo-Lädeler



STELL DIR VOR, ES IST EINKAUFEN, UND KEINER GEHT HIN: Der Pilotversuch mit längeren Ladenöffnungszeiten in der Stadt Bern ist gefloppt. FOTO: KEYSTONE

Erst durchgedrückt, dann durchgefallen: Die längeren Ladenöffnungszeiten in der Stadt Bern sind ein Flop. Das hat jetzt endlich auch der Berner Regierungsrat eingesehen und lässt einen unnötigen Pilotversuch auslaufen.

Längere Ladenöffnungszeiten sind eine fixe Idee der Gewerbeverbände. Und sie sind ein Flop im realen Leben. Trotz angeblich überwältigendem Bedürfnis der Bevölkerung

Längere Öffnungszeiten der Läden sind im realen Leben ein Flop.

nach Einkaufen an sieben Tagen rund um die Uhr lehnte das Stimmvolk in den vergangenen 20 Jahren ungefähr 75 Prozent der «Liberalisierungs»-Vorlagen ab, wenn diese an die Urne kamen. Und auch jene, die nicht abstimmen gehen oder dürfen, zeigen den Turbo-Lädeler die kalte Schulter: Schon heute werden eigentlich mögliche Sonn-

tagsverkäufe nicht ausgeschöpft, weil es sich nicht lohnt.

Der Berner Handels- und Industrieverein und der willfähige Kaufmännische Verband hätten also gewarnt sein müssen, als sie die rechte Berner Kantonsregierung dazu brachten, in der Stadt Bern längere Ladenöffnungszeiten durchzudrücken. Es ging darum, in einem Pilotversuch mit «einer Verlängerung um eine Stunde am Samstag auf das geänderte Einkaufsverhalten einzugehen».

Ganz anders tönt es jetzt in der Medienmitteilung des Berner Regierungsrats: «Die längeren Ladenöffnungszeiten (...) wurden von einer deutlichen Mehrheit der Unternehmen und der Beschäftigten nicht als positiv beurteilt.» Auf den Punkt gebracht: Das angebliche Bedürfnis ist keines.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/OeffnungszeitenBern)
rebrand.ly/OeffnungszeitenBern

So holen Sie work auf Ihr Handy



Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so installieren Sie sich work auf dem Handy wie eine App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.).

Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm».

Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menü, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook, Instagram und Tiktok!

H & M stoppt Überwachung

In der Logistik kommen die Aufträge heute nicht mehr von der Chefin, sondern vom Computer. Tragbare Geräte dirigieren die Mitarbeitenden, eine solche elektronische Lagerverwaltung setzt auch die Modemarke H&M in ihrem Verteilzentrum in Neuendorf SO ein. Der Knackpunkt: Eine solche Software überwacht jedes Produkt – und auch jeden Mitarbeiter. In Neuendorf kontrollierten die Chefs genau, ob Mitarbeitende gerade einen Auftrag ausführten und sich bewegten. Als die Unia Anfang 2024 zum ersten Mal die Mitarbeitenden in Neuendorf ansprach, haben viele einen ängstlichen Eindruck gemacht. Mit der Zeit fassten die Mitarbeitenden Vertrauen, nahmen an Versammlungen teil und stellten gemeinsam Forderungen auf. Mit Erfolg! Die Überwachungen wurden gestoppt. Zudem werden die Tagesziele im Logistikzentrum nicht mehr auf die einzelne Mitarbeiterin gesetzt, sondern auf das jeweilige Team.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/VerteilzentrumHM)
rebrand.ly/VerteilzentrumHM

Die häufigste Schuldenfalle

Die neusten Zahlen der Schuldenberatungsstellen zeigen: Wer sich verschuldet, tut das selten aus Leichtsinne oder weil er oder sie Geld für Luxus ausgibt. Vielmehr sind einschneidende Ereignisse die häufigsten Auslöser: Bei 34 Prozent der Betroffenen war es ein Unfall oder eine Krankheit, 31 Prozent gerieten nach einer Trennung in finanzielle Schieflage, 28 Prozent durch Arbeitslosigkeit. Insgesamt haben im letz-

100 Jahre Migros: So kommentiert das Netz die Mega-Sause

Migros-Chef Mario Irminger wollte zum 100-Jahr-Jubiläum das grösste Mitarbeiterfest auf die Beine stellen, das die Schweiz je gesehen hat. Doch trotz bekannten Künstlerinnen und Künstlern, organisierter Anreise und einem Budget von 71 Millionen Franken blieb das Interesse an der Migros-Sause verhalten. Nachvollziehbar: Die anhaltende Entlassungswelle und das Sparprogramm drücken definitiv auf die Stimmung.



Nicht zu vergessen, dass die Mitarbeiter der verkauften Fachmärkte wieder ausgeladen wurden.
Stoeffu79

Die Migros hätte den Angestellten besser etwas von den 71 Millionen abgegeben. Davon hätten sie mehr gehabt.
Urs.In

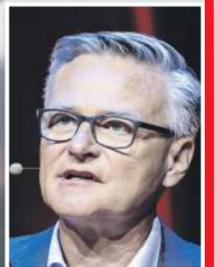
Immer so negativ. Das Fest war der Hammer.
Brundlerandrea

Wundert mich nicht. Derselbe Mini-Lohn für immer mehr Stress.
Schweizer92

Ich wäre dankbar. Bei uns werden Personalfeste aus Spargründen gestrichen.
KawiEb

Nach den vielen Entlassungen hinterlässt die Sause einen bitteren Nachgeschmack.
ClaudiaKauflin

Das Fest war super. Wer nicht will, hat gehabt.
PetraFeuerherz



ten Jahr gut 6200 überschuldete Menschen bei einer Fachstelle Rat gesucht. Überdurchschnittlich viele waren zwischen 30 und 50 Jahre alt, also «im besten Erwerbs- und Familienalter», wie der Dachverband in seiner aktuellen Statistik schreibt. 64 Prozent hatten ein Haushaltseinkommen von weniger als 5000 Franken im Monat. Zwar hatten drei Viertel einen Job – aber viele mussten mit Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung oder Ergänzungsleistungen über die Runden kommen



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/UrsacheSchulden)
rebrand.ly/UrsacheSchulden

Stahlhelme attackieren Zivis

Der Zivildienst ist die wohl skandalfreieste Abteilung im Dienstpflicht-Kosmos des Bundes. Den Militaristen bleibt er aber auch 29 Jahre nach seiner späten Einführung ein Dorn im Auge. Den Zivildienst gibt es erst seit 1996. Vorher wurden Männer, die den Militärdienst verweigerten, ins Gefängnis geworfen. Jährlich Hunderte. Allein zwischen 1968 und 1996 rund 12 000. Erst nachdem 1989 über ein Drittel der Stimmenden die Armee gleich ganz abschaffen wollten, bewegte sich etwas. Allein im vergangenen Jahr meldeten

sich 6799 Personen neu zum Zivildienst, rund ein Drittel davon haben zuvor die Rekrutenschule bestanden. Sie betreuten zum Beispiel Alte und Kranke in Heimen und Spitälern, Kinder in Kitas und Geflüchtete in Unterkünften, sie gingen Bauern zur Hand und Gemeinden und Kantonen beim Umweltschutz. Alles sinnvoll und skandalfrei. Kürzlich starteten beide Parlamentskammern eine Offensive gegen den Dienst: Sie wollen unter anderem das Zivildienstgesetz revidieren sowie die Gewissensprüfung wieder einführen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/Zivildienst)
rebrand.ly/Zivildienst



LASSEN SICH NICHT ABSPEISEN:
Philip Fleischmann (l.) und seine
Rider-Kollegen ziehen notfalls bis
vor Gericht. FOTO: STEPHAN BÖSCH

Von wegen «One happy Family» bei Wiesner 120 Velokurriere sollen Über weichen

Sie waren gut fürs Image der «nachhaltigen» Gastro-Marken Nooch, Negishi oder Kitchen Republic. Jetzt stehen sie der Rendite im Weg – und sollen deshalb weg. Doch die 120 Rider machen das «Männli»!

JONAS KOMPOSCH

Wer in der Schweiz Essen nach Hause bestellt, füttert in den allermeisten Fällen ein illegales Geschäftsmodell: Lieferkonzerne, die ihre scheinselfständigen Fahrerinnen und Fahrer mit Dumpinglöhnen ausbeuten und weder Beiträge an die Altersvorsorge, die Arbeitslosenversicherung noch an die Nutzung der privaten Fahrzeuge zahlen. Es ist behördlich tolerierte Schwarzarbeit. Doch es gibt Alternativen, heisst es. «Bei uns bestellst du dein Essen ohne Gewissensbisse nach Hause», wirbt die

Familie Wiesner Gastronomie AG, kurz FWG. Die Gastrogruppe mit Sitz in Dübendorf ZH hat rund 900 Mitarbeitende und schweizweit 29 eigene Restaurants wie «Nooch», «Negishi» oder «Miss Miu». Man sei eine «bunte» Firma, eine grosse «Family», heisst es auf der Firmenwebseite, die ausserdem von Belegen für «Nachhaltigkeit» und «Charity» nur so strotzt. Und: FWG hat einen hauseigenen Velokurierdienst mit branchenunüblich «hohen» Stundenlöhnen von bis zu 26 Franken.

Bloss: Damit soll Schluss sein! Die FWG-Chefs Daniel und Manuel Wiesner haben angekündigt, den Kurierdienst auf Ende Oktober komplett einzustellen. 120 Stellen stehen auf dem Spiel. Pikant: Die Wiesner-Brüder wollen ihre Teams ausgerechnet durch Uber Eats ersetzen. Zu work sagt Manuel Wiesner: «Wir beobachten die Anstellungsbedingungen von Uber kritisch. Gleichzeitig können wir uns den Entwicklungen nicht verschliessen. Ohne Uber würden wir einen namhaften Teil der Delivery-

Umsätze verlieren.» Doch die Wiesners haben die Rechnung ohne ihre Rider gemacht!

KAHLSCHLAG TROTZ WACHSTUM

Denn diese wehren sich. Und wissen dabei die Gewerkschaften Syndicom und Unia im Rücken. Einen ersten Erfolg konnten sie bereits verbuchen: FWG willigte in Verhandlungen ein – ebenso in eine Konsultationsphase, während deren die Belegschaft Vorschläge zum Stellenerhalt machen kann. Diese endet am 10. September (nach Redaktionsschluss). Philip Fleischmann (32) aus Zürich ist ein «Velo-Freak» und während seines Bio-Studiums vor sechs Jahren zur FWG gestossen. Fleischmann kennt den Laden sehr gut, führte einst auch die Kurierzentrale in Winterthur und ist für FWG schon 80 000 Kilometer geradelt. «Das ist zweimal um die Welt», sagt Fleischmann stolz. Doch jetzt herrsche unter den Kurierfahrenden Enttäuschung, zumal die Firma nicht in Not sei. Tatsächlich wächst FWG seit Jahren und hat zuletzt fast 100 Millionen Umsatz erzielt. Doch wirklich überraschend sei der Abbau nicht, sagt Fleischmann. Denn erstens wirke das soziale Image der FWG aufgesetzt. Und zweitens stehe hinter der Eskalation ein längerer Konflikt mit der Geschäftsleitung.

MIT UBER KAM SALAMITAKTIK

Unter den FWG-Ridern brodle es schon länger. Denn ihre vielen Anregungen und Kritiken habe die Führung nie wirklich ernst genommen. Als Folge davon hätten Anfang 2025 in Zürich zwei Kurier-Teamleiter aus Protest gekündigt. Fleischmann kritisiert die Geschäftsleitung grundsätzlich: «Wir waren gute Markenbotschafter und machten die Restaurants bekannt, doch einen wirklichen Plan für das Delivery erkannte ich nie.» Und dass mit dem Ausliefern allein kein Geld verdient werden könne, sei schon immer klar gewesen. Erst die Kombination mit Restauration und Marketing habe die Essenslieferungen wirtschaftlich interessant gemacht. Die Zürcher Teamleader wurden jedenfalls nicht ersetzt. «Da merkten wir, dass ein Sparkurs kommt», sagt Fleischmann. Tatsächlich: Uber Eats bekam immer mehr Aufträge auf Kosten der FWG-Rider. Dann kam auch noch Uber Direct auf den

Markt, eine Anwendung, die es Restaurants ermöglicht, Bestellungen über die eigene Webseite abzuwickeln und die Lieferaufträge trotzdem direkt an billige Uber-Driver auszulagern. «Damit wurden wir eigentlich überflüssig», bilanziert Fleischmann. Im Mai dann der erste Kahlschlag: Die Kurierzentrale in Winterthur muss schliessen – zehn Stellen gehen flöten. Kurz darauf werden die Essensvergütungen verschlechtert. Die Kurierfahrer wehren sich mit einer Petition. Ihre Vorgesetzten mahnen zur Ruhe – und streichen alle Nachmittagsstunden! Wieder zugunsten von Uber. Wenig später verlieren die FWG-Rider auch noch die Mittagsstunden. Dann werden dreissig von ihnen geschasst. Und in den Städten werden die Kurierdepots aufgelöst. FWG bietet den Ridern «psychologische Hilfe» an. Und versucht, ihnen eine Übernahme der Kurierabteilung schmackhaft zu machen.

ENTSCHÄDIGUNGEN VERSPROCHEN

Erneut schreiben die Rider einen Protestbrief, diesmal gegen die Salamitaktik und die intransparente Kommunikation. Fast alle unterzeichnen. Doch was folgt, ist die Ankündigung der Komplettschliessung. Fleischmann sagt: «Wir aufmüppige Rider passten wohl nicht mehr ins Bild der One Happy Family.» Ans Aufgeben denkt Fleischmann trotzdem nicht. Im Team seien sie bereit, ihre Forderungen durchzusetzen – notfalls auch gerichtlich. Dazu gehören unter anderem Abgangsentschädigungen von 24 Monatslöhnen pro Rider. Was eine stolze Summe ergäbe. Doch Fleischmann relativiert: «Die meisten von uns haben keinerlei Reserven, und es gibt auch nicht 120 offene Stellen bei anderen Kurierfirmen.» Und was sagt dazu FWG-Co-Chef Manuel Wiesner? Er wehrt sich gegen den Vorwurf der Salamitaktik. «Wir haben immer Gespräche für Lösungen angeboten und gesucht.» Auch jetzt stehe seine Tür jederzeit offen, auch um das «in Erwägung gezogene Schliessungsszenario» zu diskutieren. Und die Forderungen? «Natürlich wird es eine Abfindungsentschädigung geben», verspricht Wiesner. Die Höhe werde mit den Betroffenen ausgehandelt. Zudem werde er als Sofortmassnahme einen Härtefallfonds von 50 000 Franken zur Verfügung stellen. Ob das reicht?



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und das Playmobil

Was bin ich froh, ist die Ferienzeit vorbei! Für mich war dies bis jetzt die härteste Zeit dieses Jahres. Seit Anfang Jahr sind wir unterbesetzt. Meine Chefin hat zwar mit allen Mitteln versucht, die Stellen zu besetzen, aber ohne Erfolg. Und dann kam die Ferienzeit. Sobald die ersten Kol-



Laura mal laut

Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

legen und Kollegen in den wohlverdienten Ferien waren, wurde es für die im Laden verdammt streng. Und irgendwie war dieses Jahr auch der Wurm drin: Zu den Ferienabwesenheiten gesellten sich noch Unfälle und Erkrankungen. Das hiess für uns: wochenlanges Arbeiten hart am Limit. Alle hatten zwar zweiseitendurch Ferien. Doch nach zwei Tagen im Laden war die Erholung verpufft. Oft dachte ich: Das ist kein sauberes Arbeiten mehr, sondern lediglich ein «Reinschmeissen». So zu arbeiten ist nicht schön und schon gar nicht gesund.

SUPER UNATTRAKTIV. Und für die Besetzung der ausgeschriebenen Stellen lief es auch nicht rund. Es meldeten sich nur wenige Bewerberinnen. Manche kamen

Riesenstress statt präziser Arbeit, und das Tag für Tag.

gar nicht erst zu den verabredeten Terminen. Warum? Unser Beruf ist super unattraktiv. Die Löhne sind sehr niedrig. Wir arbeiten in Schichten. Die Öffnungszeiten sind lange, und maximale Flexibilität wird gewünscht. Der Job ist körperlich sehr anstrengend und erfordert Ausdauer. Das alles ohne jegliche Anerkennung oder Wertschätzung.

SUPERSCHÖN. Kürzlich habe ich mir das Sammelplaymobil der Migros von meinem Sohn genauer angesehen. Im perfekten Verkaufsraum, mit der perfekten Ware aus dem perfekten Bauernhof und in der perfekten Produktionsstätte, strahlen die perfekten Figuren um die Wette. Superschön! Die Realität im Detailhandel sieht anders aus: Augenringe statt Strahlglücken, Riesenstress statt präziser Arbeit; und das Tag für Tag. Eigentlich übe ich einen sehr schönen Beruf aus. Mit mehr Zeit und weniger Druck, ohne das ständige «Reinschmeissen» wäre es ein spannender und abwechslungsreicher Beruf. Ich kümmer mich gern um die Organisation und Pflege meiner Abteilungen und freue mich, wenn ich Erfolg habe. Auch die Arbeit mit dem Team macht Spass. Zusammen Lösungen zu finden, damit alles rundläuft, motiviert. Und den Kontakt zu meinen Stammkundinnen schätze ich sehr.

Glücklicherweise haben wir nun endlich neue Gspönl. Auch wenn es sich nicht um einen Playmobilladen handelt, hoffe ich doch, dass sie die guten Seiten des Berufes sehen.

Lohnverhandlungen Taktik kann man lernen

Zur Vorbereitung auf die Lohnverhandlungen organisiert die Unia Schulungen für Gewerkschaftsmitglieder und Personalvertretungen. work hat mit einem Unia-Mitglied gesprochen.

IWAN SCHAUWECKER

Wenn Personalvertretungen gut vorbereitet sind und die Belegschaft die Forderungen der Personalkommission unterstützt, können meistens auch gute Lohnergebnisse ausgehandelt werden. Das zeigt die Erfahrung. Sehr hilfreich sind dazu auch die



MAN LERNT NIE AUS: Die Schulungen der Unia beeinflussen sogar den Lohn. FOTO: CANVA

Lohnschulungen der Unia. Personalvertreter Marius Senger* war letztes Jahr dabei. Er sagt zu work: «In meinem Arbeitsalltag muss ich fast nie etwas verhandeln. Bei der Lohnschulung konnte ich daher viel Neues zu Verhandlungstaktik lernen.»

KURSE MIT ZAHLEN UND TIPPS

Die Kurse der Unia finden ab dem 11. September in verschiedenen Schweizer Städten statt und schaffen die Grundlage für erfolgreiche Lohn-

«Wir waren besser vorbereitet als die Gegenseite.»

MARIUS SENGER*,
PERSONALVERTRETER

begleiten die Lohnschulungen. Senger sagt: «Dank der Unia-Ökonomin wusste ich besser Bescheid über die finanzielle Lage des Unternehmens und auch die ganze MEM-Branche.» Neben der wirtschaftlichen Analyse sind auch der geeinte Auftritt der Peko und die Verhandlungsdynamik Themen der Schulung. Senger sagt: «Nach der Lohnschulung waren wir viel besser organisiert. Wir hatten eine Präsentation und waren insgesamt besser vorbereitet als die Gegenseite.»

In weiteren Onlinemeetings im November und Dezember werden Fragen beantwortet oder Probleme besprochen, die während der laufenden Lohnverhandlungen auftreten. Infos: rebrand.ly/lohnschulung.

* Name geändert

10-Millionen-Schweiz Stimmvolk unschlüssig

Die Schweiz stimmt voraussichtlich im nächsten Jahr über die fremdenfeindliche SVP-Initiative «10-Millionen-Schweiz» ab. Unter dem Deckmantel der Nachhaltigkeit möchte die SVP die Einwohnerzahl beschränken. Mit schwerwiegenden Folgen für Lohnabhängige, Wirtschaft und Gesellschaft. Eine erste Umfrage zeigt die Unschlüssigkeit der Stimmbevölkerung: 48 Prozent sagen Ja zur Vorlage, 45 Prozent Nein.

Auch in der laufenden Herbstsession ist die Vorlage Thema im Nationalrat. Der Bundesrat und die zuständige Wirtschaftskommission des Nationalrats beantragen, die Initiative ohne Gegenvorschlag abzulehnen. Doch was sind erfolgreiche Argumente gegen diese gefährliche Vorlage? Dies und mehr wird an der Migrationskonferenz des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes am 13. September diskutiert. Anmelden unter folgendem Link: rebrand.ly/Migrationskonferenz. (dak)

60 Jahre nach der Katastrophe von Mattmark Das Wallis entschuldigt sich. Endlich!

Es war eine historische Rede, die viele Zuhörende zu Tränen rührte: Der Walliser Regierungspräsident Mathias Reynard hat sich offiziell bei den Angehörigen der Opfer der Mattmark-Tragödie entschuldigt. Für Irritation sorgte hingegen Bundesrat Ignazio Cassis.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

60 Jahre hat es gedauert, bis den 88 Opfern der Katastrophe von Mattmark VS und ihren Angehörigen so etwas wie Gerechtigkeit widerfuhr. 60 lange Jahre bis zu einer offiziellen Entschuldigung. 60 Jahre und ganze drei

«Die Entschuldigung ist eine Erleichterung.»

DOMENICO MESIANO,
OK-PRÄSIDENT MATTMARK-GEDENKFEIER

endlich sagen durfte: «Der Umgang mit dieser Tragödie war katastrophal. (...) Deshalb möchte ich im Namen der Walliser Regierung eine offizielle Entschuldigung aussprechen.» Und weiter: «Wir erkennen unsere Fehler an.»

IGNORANZ UND GLEICHGÜLTIGKEIT

Am 30. August 1965 hatte ein Abbruch des Allalingsletschers 88 Menschen verschüttet, die meisten von ihnen stammten aus Italien. Sie hatten als Saisonniers beim Bau des Mattmark-Staudammes gearbeitet. Ihre Baracken standen direkt unter dem Gletscher, wo sie nie hätten gebaut werden dürfen. Weil schon längst bekannt war, dass der Allalingsletscher gefährlich ist (work berichtete: [work berichtete: workzeitung.ch/dossier/mattmark](https://work.ch/dossier/mattmark)). Unia-Präsidentin Vania Alleva sagte an der Gedenkfeier: «Ignoranz, Gleichgültigkeit und Profitdenken haben zu dieser Katastrophe geführt, die nie hätte passieren dürfen.»

Domenico Mesiano engagiert sich seit 20 Jahren für die Mattmark-Gedenkfeiern. Zurzeit ist er Präsident des Organisationskomitees. Über die historische Entschuldigung sagt er zu work: «Wir waren alle überrascht, mit einer Entschuldigung hatten wir nicht gerechnet.» Die rund 600 Menschen an der Gedenkfeier am Fusse des Staudammes seien aufgestanden, viele hatten Tränen in den Au-



MATTMARK-GEDENKKREUZ: Die Tragödie war nicht gottgegeben, sondern menschengemacht.

FOTO: VANIA ALLEVA

gen. Mesiano: «Der Schmerz ist noch da, aber die Entschuldigung ist eine Erleichterung.»

GÖTTLICHE ORDNUNG

Einer der wenigen, die als Augenzeugen den tödlichen Abbruch überlebten, war Alois Hauser. SP-Staatsrat Reynard zitierte ihn in seiner Rede: «Alles geschah innerhalb von

20 Sekunden. Ich schaute auf die grosse Baustelle, die etwa 900 Meter unter mir lag. Plötzlich gab es einen furchtbaren Lärm, und ich sah, wie ein Teil des Gletschers abbrach. Die Arbeiter schienen nicht zu sehen, dass der Gletscher auf sie herabfiel. Wahrscheinlich wurde das Geräusch der Lawine für sie vom Lärm der Maschinen übertönt. Sie wurden unter den Eismassen begraben, ohne auch nur den Kopf zu heben, um zu sehen, was geschah.»

Menschliches Versagen war nicht mit dem Schweizer Selbstverständnis als eines

technischen Vorzeigelandes vereinbar. Deshalb wurde die Tragödie vom ersten Tag an als unvorhersehbare Katastrophe, ja sogar als Teil einer göttlichen Ordnung deklariert. Deshalb gab es auch keine öffentliche Erinnerungskultur, ganz anders als in Italien (siehe Artikel unten).

Zum Eis kam noch die Kälte der damaligen Behörden hinzu, sagte Reynard. Auch das Gerichtsverfahren habe den Schmerz noch verstärkt. Der Prozess 1972, bei dem alle 17 Angeklagten freigesprochen wurden, weil der Abbruch nicht vorhersehbar gewesen sei. Und dazu noch die «schockierende und ungerechte Entscheidung, die Familien der Opfer zur Zahlung der Hälfte der Prozesskosten zu verurteilen». Kosten, die letztlich die italienische Botschaft in Bern beglich. Für Unia-Präsidentin Alleva zeigt dies exemplarisch die «zynisch eiskalte Haltung der Schweiz gegenüber den sogenannten Fremdarbeitern». Für die Gewerkschaften sei Mattmark ein Weckruf für eine neue Haltung gegenüber Migrantinnen und Migranten gewesen und der Ausgangspunkt für eine gewerkschaftliche Öffnung.



MUTIG: Regierungspräsident Mathias Reynard.

FOTO: KEYSTONE



SOCIAL-MEDIA-BLENDER: Der Beitrag von Bundesrat Ignazio Cassis auf seinem Facebook-Profil. FOTO: SCREENSHOT

In Italien gibt es eine lebendige Erinnerung an die Tragödie von Mattmark. So liess denn auch Staatspräsident Sergio Mattarella an den Feierlichkeiten eine of-

zen Republik Italien aus». Und der Schweizer Bundesrat? Nichts, nada, niente.

KEINE BEGRÜNDUNG. Domenico Mesiano, Präsident

Fake News à la Cassis

fizielle Botschaft verlesen: «Die Geschichte unserer Auswanderung erzählt uns vom Engagement und den Opfern vieler Landsleute, die fern ihrer Heimat versucht haben, für sich und ihre Familien eine bessere Zukunft aufzubauen.» Die Würde des Menschen hänge vom Schutz der Arbeitnehmer und der Sicherheit ab, die allzu oft durch reine Profitlogik vernachlässigt würden. Allen Betroffenen drückte er «das Mitgefühl der ganzen Republik Italien aus».

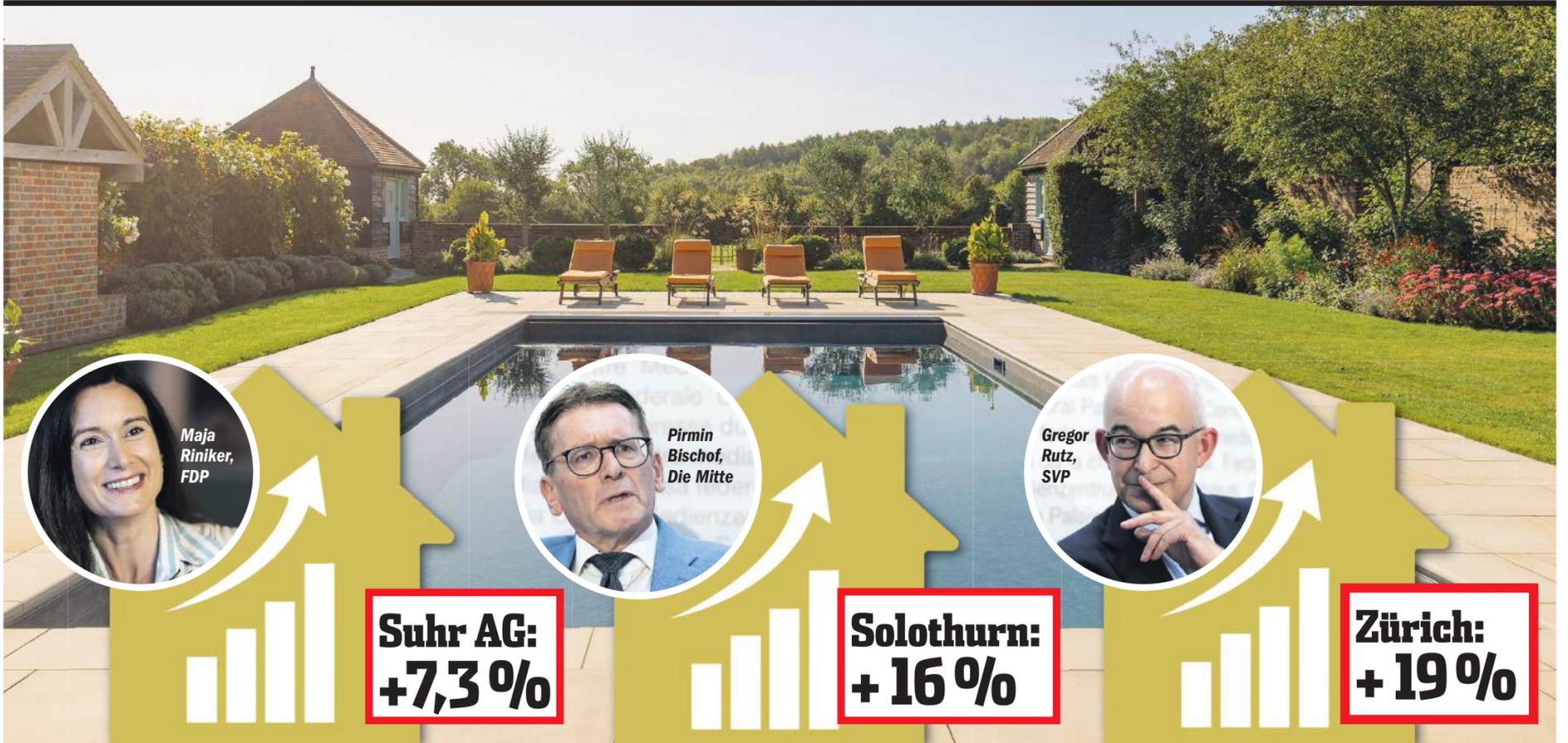
des Organisationskomitees der Feier, hatte auch den Bundesrat angefragt, ob er an der Gedenkfeier zu 60 Jahren Mattmark teilnehmen möchte. Immerhin einer der grössten Bau-Unfälle der jüngeren Schweizer Geschichte mit 88 Toten. Doch in einem dünnen Schreiben lehnte Bundeskanzler Viktor Rossi die Einladung ab. Ohne Begründung.

Umso erstaunter war Mesiano, als er am Tag der Gedenkfeier auf dem Facebook-Account von Aussenminister Ignazio Cassis las: «Ignazio Cassis ist hier: Mattmark, Saas Allmager (!), Switzerland.» Darunter: «Heute gedenken wir gemeinsam den 56 italienischen Staatsbürgern (...), die bei der Tragödie Mattmark vor 60 Jahren ihr Leben verloren haben.» Dazu ein Bild der Gedenkstätte – aus einem früheren Jahr!

Zu work sagt Mesiano: «Ich weiss nicht, wo Cassis an diesem Morgen war, aber an der Gedenkfeier war er ganz sicher nicht.» Auf Anfrage wollte sich das Aussendepartement nicht darüber äussern, wieso Vorsteher Cassis den

Eine Botschaft des Schweizer Bundesrats? Nichts, nada, niente.

Eindruck erwecken wollte, an der Feier gewesen zu sein, und weshalb er ihr aber in Wirklichkeit fernblieb. Die alten Bilder der Gedenkstätte seien publiziert worden, um dem kollektiven Gedächtnis Rechnung zu tragen, durch die Integration von «historischen Rückblicken und Schwarz-Weiss-Archivbildern». (asz)



PROFITEURE: Die Liegenschaften der Hauseigentümer-Turbos Maja Riniker, Pirmin Bischof und Gregor Rutz stehen in Quartieren, in denen die Immobilienpreise in den letzten vier Jahren steil nach oben gegangen sind.

FOTOS: KEYSTONE / GETTY IMAGES / ISTOCK

Hauseigentümer-Verband setzt 7 Millionen gegen den Eigenmietwert Reichen Hausbesitzern winkt der Milliarden-Jackpot

In den letzten 25 Jahren haben sich die Preise für Wohneigentum mehr als verdoppelt. Die «Handelszeitung» trällerte: «Haben Sie um die Jahrtausendwende ein Haus gekauft? Gratulation! Sie sind reich!» Und bald noch reicher, wenn der Eigenmietwert abgeschafft wird.

CLEMENS STUDER

Der Hauseigentümerverband lässt sich den vierten Abstimmungskampf für die Abschaffung des Eigenmietwertes die Rekordsumme von 7 Millionen Franken kosten. Das ist viel Geld. Enorm viel

Geld. Aber schliesslich winkt reichen Hauseigentümern auch ein Jackpot von mindestens 1,8 Milliarden Franken. So viel Geld landet bei einem Ja in ihren Taschen. Bezahlt von Mieterinnen und Mietern, Rentnerinnen und Rentnern, Gering- und Normalverdienenden.

DIE GUTVERDIENENDEN PROFITIEREN

Selbst viele Hausbesitzende würde die Abschaffung des Eigenmietwertes unter dem Strich mehr kosten als jetzt (siehe Artikel unten). Doch wer profitiert denn eigentlich davon, wenn die «Rendite-Raketen» (ebenfalls die «Handelszeitung») steuerlich noch weiter entlastet werden? Die Antwort ist einfach: Gut- bis Bestverdienende in einem bestens sanierten oder neuen Eigenheim der oberen bis obersten Preisklasse. Menschen wie der Präsident des Hauseigentümerver-

bandes und SVP-Nationalrat Gregor Rutz zum Beispiel. Er wohnt an bester Lage in der Stadt Zürich und versteuert schon heute einen bundesgerichtswidrig niedrigen Eigenmietwert. In seinem Quartier liegt der Quadratmeterpreis für eine Eigentumswohnung bei knapp 16 000 Franken und damit rund 19 Prozent höher als vor vier Jahren.

Oder Mitte-Ständerat Pirmin Bischof, der in Solothurn ein stattliches Anwesen sein Eigen nennt. Hier ist der Wert eines Hauses im Schnitt allein in den vergangenen vier Jahren um 16 Prozent gestiegen. Oder Hauseigentümer-Aktivistin und Nationalratspräsidentin Maja Riniker (FDP), die verkehrsberuhigt im aargauischen Suhr wohnt, wo die Preise in den vergangenen vier Jahren immerhin um rund 7,3 Prozent gestiegen sind.

Kein Zweifel: Rutz, Bischof, Riniker und ihre reichen Freundinnen und Freunde würden von einer Abschaffung des Eigenmietwertes profitieren. Nicht aber die «Rentnerin in der 3-Zimmer-Eigentumswohnung in Zürich, die wegen des

Selbst viele Hausbesitzende würde die Abschaffung des Eigenmietwertes mehr kosten als jetzt.

Eigenmietwertes unter das betriebsrechtliche Existenzminimum fällt», mit der ebenfalls die «Handelszeitung» für die Abschaffung des Eigenmietwertes propagandiert. Diese ist nämlich erfunden.

Eigenmietwert-Abschaffung: Wer ist eigentlich alles dagegen und warum?



Auch wenn die veröffentlichte Meinung es nicht abbildet, die Gegnerschaft der Eigenmietwert-Abschaffung ist gross und sehr breit aufgestellt. work dokumentiert die jeweils zentralsten Argumente wichtiger Akteure.

- **Darum sind die Kantone gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes:** Das Milliarden Geschenk an die reichsten Hausbesitzenden reisst grosse Löcher in ihre Kassen. Löcher, die sie anderweitig stopfen müssen. Zum Beispiel mit der Kürzung von Prämienverbilligungen und Skilagerbeiträgen. Und mit höheren Steuern für Mieter und Rentnerinnen, für Gering- und Mittelverdienende. Bereits haben etliche Kantone Steuererhöhungen angekündigt für den Fall eines Ja. Alle davon stockbürgerlich regiert: Graubünden plus 8 Prozent, Tessin

plus 7,5 Prozent, Wallis plus 4,5 Prozent, Zürich und Appenzell AR plus 3 Prozent.

- **Darum sind die Gewerkschaften gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes:** Weil Renovationskosten nicht mehr von den Steuern abgezogen werden könnten, würden mehr Renovationen «schwarz» ausgeführt. Dies hätte negative Auswirkungen auf die Sozialversicherungen und damit auf die Altersvorsorge der Arbeitnehmenden.

- **Darum sind so viele Bürgerliche gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes.** Trotz dem ideologischen Ja ihrer Parteien werben viele prominente Bürgerliche für ein Nein am 28. September. Zum Beispiel der SVP-Nationalrat Jean-Luc Addor. Er bezeichnet die Vorlage als «Monster»: «Was uns mit der rechten Hand gegeben wird, wird uns mit der linken wieder weggenommen.» Auch der Urner FDP-Regierungsrat

Urs Janett sagt Nein. Auch wenn er selbst profitieren würde: «Ich stelle das Staatswohl über mein privates Wohl.»

- **Darum ist die Bauwirtschaft gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes:** Ein Ja führt zu einem Sanierungsstopp bei selbstbewohnten Häusern. Das werden lokale KMU im Bau-, Ausbau- und Handwerksbereich

Bei einem Ja werden etliche Kantone die Steuern erhöhen.

massiv spüren. Bauenschweiz, der Dachverband der Schweizer Bauwirtschaft, bringt es so auf den Punkt: «Die Vorlage verhindert Sanierungen, schadet dem Gewerbe, belastet den Mittelstand und ist schlecht für die Umwelt.»

- **Darum sind Immobilien-Fachleute gegen die Abschaffung des Eigenmiet-**

wertes: Frédéric Dovat ist Generalsekretär des Schweizerischen Verbands der Immobilienwirtschaft (USPI Schweiz). Er sagt: «Nur Eigentümer und Eigentümerinnen, die ihr Haus bar bezahlt oder vollständig amortisiert haben, deren Gebäude neu ist und Minergie-Standards erfüllt oder energieeffizient ist, werden von der Vorlage profitieren.» Ausserdem werden sich noch weniger Menschen als heute schon Wohneigentum leisten können: Weil die Vorlage Immobilien für Reiche und ganz Reiche noch attraktiver macht, rückt der Traum vom eigenen Heim für Normalverdienende in noch weitere Ferne. Die UBS geht von einer weiteren Preisexplosion von 13 Prozent aus, wenn die Vorlage angenommen wird.

- **Darum sind Seniorinnen und Senioren gegen die Abschaffung des Eigenmietwertes:** Vasos, die Vereinigung aktiver Seniorinnen und Se-

nieren der Schweiz, sagt: «Seniorinnen und Senioren könnten zwar kurzfristig profitieren, langfristig jedoch verlieren. Ohne Steuerabzüge für Unterhalt und Sanierungen sinkt der Wert ihrer Häuser – und damit auch ein wichtiger Teil ihrer Altersvorsorge. Die Abschaffung des Eigenmietwertes nützt wenigen, belastet aber viele. Sie führt zu höheren Steuern, steigenden Mieten und schwächt die Solidarität zwischen den Generationen.»

- **Darum steht «Eigenmietwert» nicht auf dem Abstimmungszettel.** Das ist verwirrend und wohl ganz im Sinn der Abschaffer. Denn eine Steuer auf Zweitliegenschaften dürfte spontan bei vielen Nicht-Zweitwohnungsbesitzenden auf Sympathie stossen. Die Abschaffung oder Reduktion des Eigenmietwertes dagegen wurde vom Volk bereits 1999, 2004 und 2012 abgelehnt.

Mutterschaftsstrafe: Mit dem Kind sinkt der Lohn Bundesrat bestätigt Baby-Knick

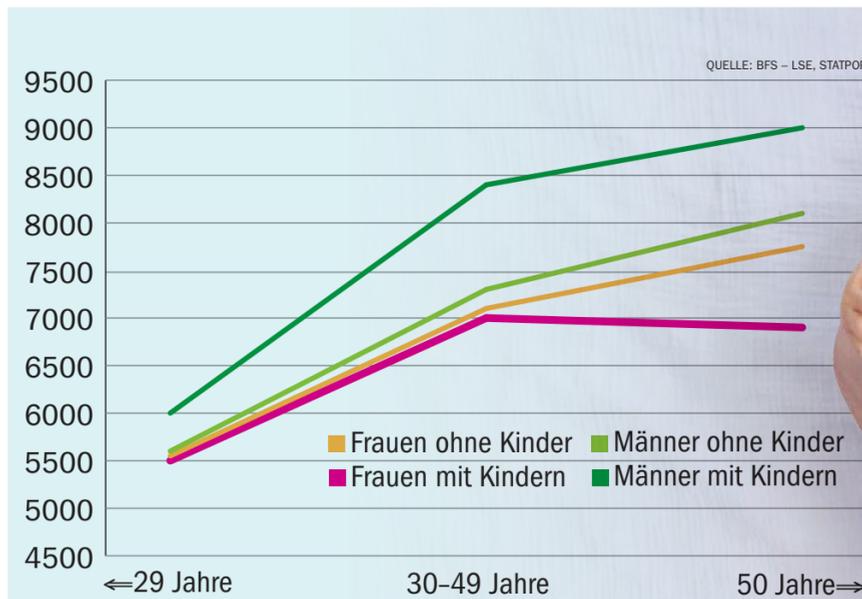
Kinder sind für Mütter in finanzieller Hinsicht ein Desaster. Für Väter hingegen ein wahrer Lohn-Booster. Das bestätigt der neuste Bundesratsbericht.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Geht es um Lohnunterschiede zwischen Männern und Frauen, geht's ganz schnell um den kleinen Unterschied – zwischen dem erklärbaren und dem unerklärbaren Anteil. Aus bürgerlicher Sicht ist der mit Alter, Ausbildung, Dienstjahren & Co. erklärbarer Anteil ganz okay, da nichtdiskriminierend. Wo solche Kriterien fehlen, könnte es sich um Diskriminierung handeln. Könnte. Um wirklich sicherzugehen, dass Lohndiskriminierung kein linkes Märchen sei, fordern sie immer wieder neue Statistiken. Jetzt hat der Bundesrat erneut einen Bericht über die Ursachen der Lohnunterschiede vorgelegt. Als Antwort auf einen Vorstoss von Marcel Dobler, FDP-Nationalrat und Mitgründer des Online-shops Digitec.

MUTTERSCHAFTSSTRAFE

Und einmal mehr belegen die Zahlen: ob erklärbar oder unerklärbar, es ist unhaltbar! Denn die Lohnunterschiede sind das Resultat struktureller Diskriminierung. Oder einfacher gesagt: die Löhne in «typischen» Frauenberufen sind tief, weil der Arbeit von Frauen weniger Wert beigemessen wird als der Arbeit von Männern. Und Frauen verdienen weniger, weil noch immer mehrheitlich die Frauen die unbezahlte Care-Arbeit übernehmen, auf Kosten ihrer Erwerbsarbeit. So bestätigen auch die neusten Zahlen des Bundesrates den Baby-Knick (im Fachjargon «motherhood penalty» oder Mutterschaftsstrafe): Im allgemeinen steigt der Lohn mit zunehmendem Alter, wenn auch die Frauen tiefer starten. Ganz anders bei Müttern. Ab ungefähr 30 Jahren und dann wieder ab 50



Monatlicher Bruttolohn nach Lebensalter und Elternschaft, 2022. Median, in Franken, privater und öffentlicher Sektor zusammen. GRAFIK: WORK / FOTO: ADOBE STOCK

Jahren stagnieren ihre Löhne oder sinken sogar (siehe Grafik). Verheiratete Frauen mit Kindern verdienen fast 4 Prozent weniger als jene ohne Kinder. Im Vergleich mit verheirateten Vätern sind es ganze 21 Prozent! Für die Väter wirken Kinder hingegen als wahre Lohn-Booster: Sie haben im Schnitt 27,5 Prozent höhere Löhne als kinderlose Männer. Nebst dem Baby-Knick gibt es auch eine Art Heirats-Hemmschuh: Verheiratete, kinderlose Frauen verdienen über 11 Prozent weniger als verheiratete, kinderlose Männer.

GLEICHBERECHTIGUNGSSTRAFE

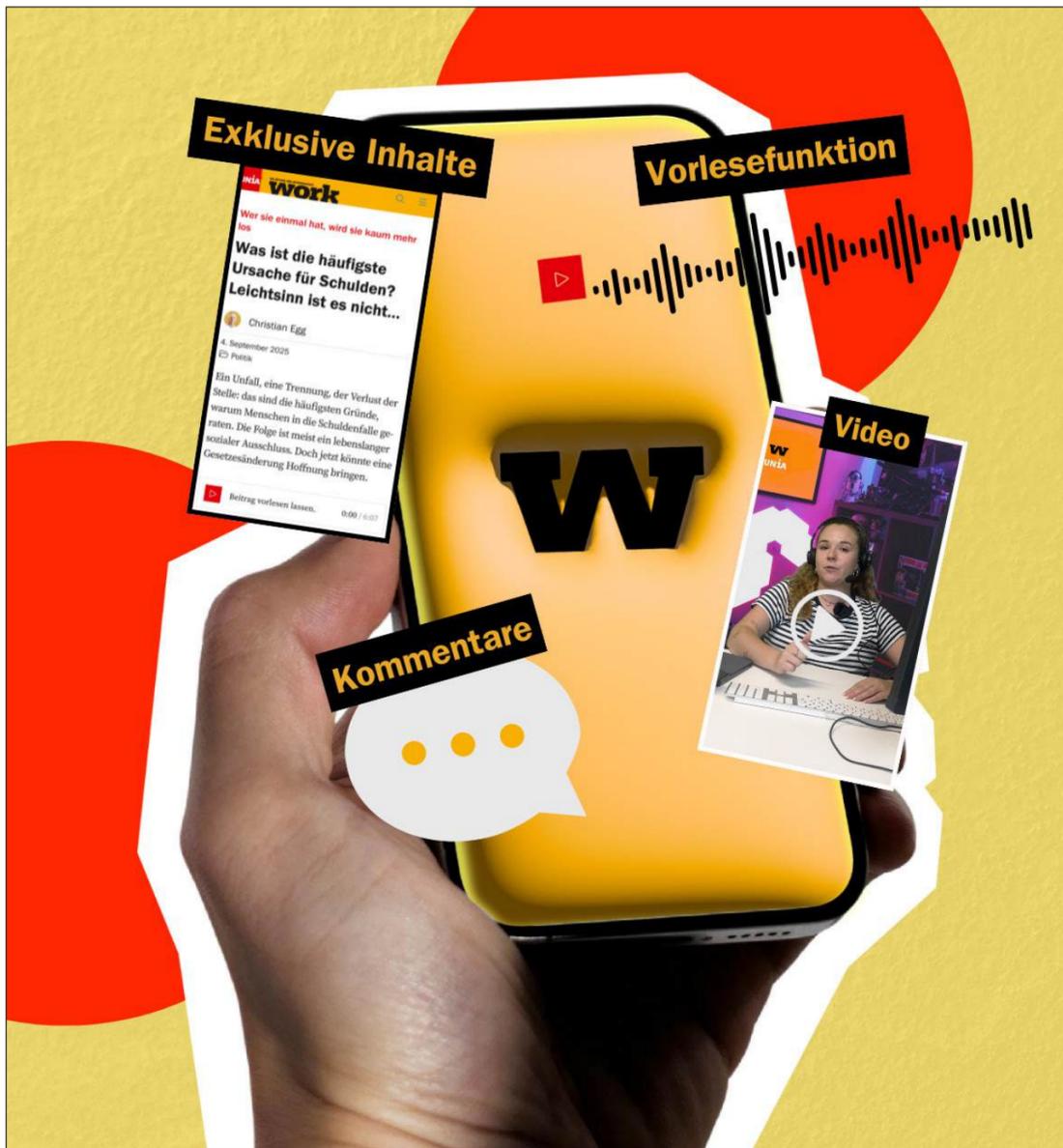
US-Ökonomin und Nobelpreisträgerin Claudia Goldin nannte den Baby-Knick in einem

Interview ein «schmutziges kleines Geheimnis, das wir alle kennen, über das wir aber nicht sprechen wollen». Denn noch immer seien es hauptsächlich die Frauen, die sich um den Nachwuchs kümmern und deshalb ihre Pensen reduzierten, weniger gut bezahlte Jobs annehmen müssten oder gleich ganz aus der Arbeitswelt ausstiegen. Das ist eiskalter Kapitalismus: Reproduktionsarbeit ist keine produktive Arbeit, sondern eine Privatangelegenheit. Und deshalb

Wir sind in einer veralteten Arbeitswelt gefangen.

sind Frauen nicht rund um die Uhr für die Lohnarbeit verfügbar. Kein Wunder also, nimmt der Anteil der Frauen kontinuierlich ab, je höher die berufliche Stellung ist. Claudia Goldins Schlussfolgerung: Der Arbeitsmarkt bestraft Paare, die gleichberechtigt leben und arbeiten wollen. Sie plädiert für fundamentale Änderungen in der Art, wie wir arbeiten und wie wir Care-Arbeit wertschätzen. Sonst erreichen wir nie Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Wir sind in einer veralteten Arbeitswelt gefangen – die Strukturen am Arbeitsmarkt haben sich nicht verändert, seit Frauen an ihm teilnehmen. Deshalb braucht es eine Anpassung dieser Strukturen an die gesellschaftliche Realität.

INSERAT

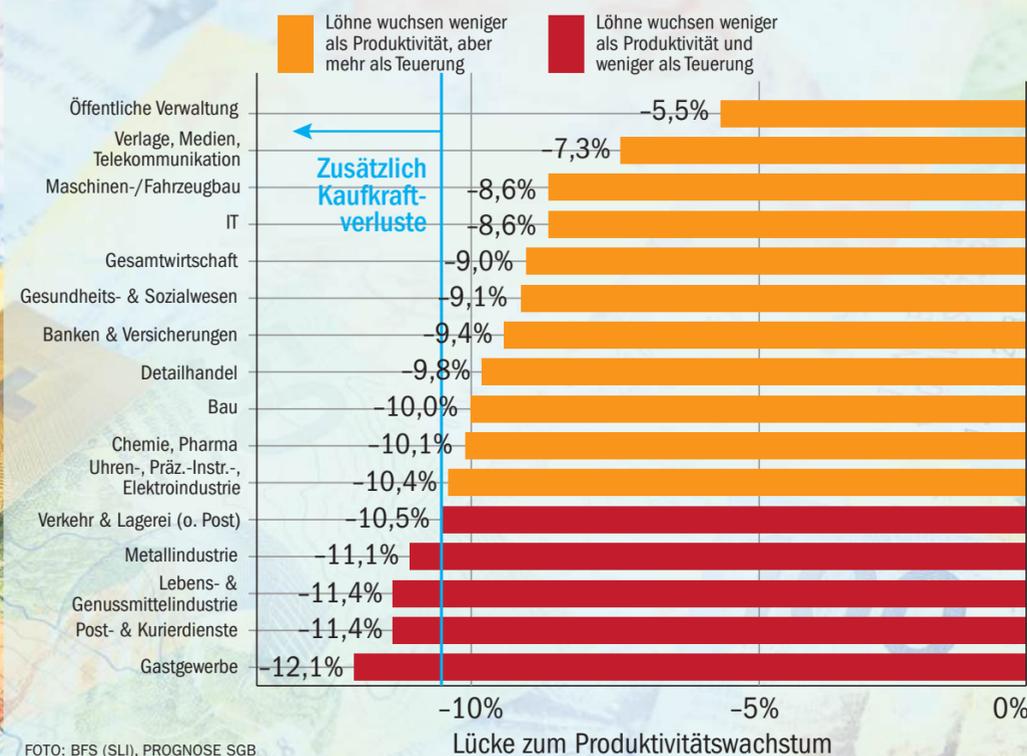


Noch 8mal umblättern. Dann ist dieses work fertig. Doch online geht's 24/7 aktuell und exklusiv weiter. Bis wir in 3 Wochen wieder in deinem Briefkasten liegen.

work – die Stimme der Buez: 24/7 auf www.workzeitung.ch



Kein Gleichschritt bei Produktivität und Löhnen



SCHLECHTE ENTWICKLUNG FÜR DIE LOHNABHÄNGIGEN: Wir werden zwar produktiver, verdienen deswegen aber nicht mehr – in manchen Branchen halten die Löhne nicht mal mit der Teuerung mit. FOTO: ADOBE STOCK/ GRAFIK: WORK

Wir chrapfen immer besser – doch Firmen honorieren es nicht

Jetzt müssen die Löhne dringend rauf

Die Arbeitenden in der Schweiz chrapfen heute rund 11 Prozent produktiver als vor 10 Jahren. Doch dafür bekommen sie real immer noch gleich viel Lohn wie 2015 – oder gar weniger. Das geht so nicht weiter, sagen die Gewerkschaften.

CLEMENS STUDER

Auch wenn sich die Teuerungszahlen in den vergangenen Monaten abgeschwächt haben, sieht es die überwältigende Mehrheit direkt in ihrem Portemonnaie: Wir können uns real gleich viel oder gar weniger leisten als vor zehn Jahren. Der Hauptgrund: Die Arbeitenden bekommen zu wenig des von ihnen erchrampften Mehrwerts. Gleichzeitig steigen die Krankenkassenprämien und die Wohnkosten massiv.

Unia-Präsidentin Vania Alleva sagt es deutlich: «In der reichen Schweiz kämpfen viele Beschäftigte jeweils am Monatsende mit hohen Rechnungen. Ihre Löhne reichen immer weniger zum Leben. Denn die Lebenskosten steigen, und die Löhne hinken hinterher. Um diese Lohnlücke zu schliessen, braucht es dringend substantielle, generelle Lohnerhöhungen.» In Zahlen: Die Gewerkschaften verlangen 2 bis 2,5 Prozent mehr Lohn, in Branchen mit hohem Nachholbedarf oder besonders guten Geschäftszahlen auch deutlich mehr.

GUT BEGRÜNDET

Das sind klare Ansagen. Und diese sind mehr als gut begründet. Die Produktivität der Schweizer Wirtschaft ist in den letzten zehn Jahren um fast 11 Prozent gestiegen, die Löhne hingegen nur um 1,5 Prozent. Kaufkraftbereinigt stehen viele Beschäftigte heute kaum besser da als 2015, in manchen Branchen gar schlechter. Kaufkraftmässig war das letzte Jahrzehnt für viele Lohnabhängige ein verlorenes. Hätten die Arbeitenden einen angemessenen Anteil an den von ihnen erarbeiteten Produktivitätssteigerungen erhalten, müsste heute nur alleine deswegen jede und jeder im Schnitt fast zehn Prozent mehr im Portemonnaie haben.

Verschärfend kommt hinzu, dass die Verteilung der Lohnerhöhungen in den letzten Jahren höchst ungleich war. Zwei Drittel der Lohnsummen wurden individuell vergeben – oft nach Gutdünken der Vorgesetzten oder um neues Personal zu gewinnen. Langjährige Beschäftigte gingen leer aus.

Und selbst wenn die Teuerung dank sinkenden Energiepreisen zuletzt etwas zurückging: die Kaufkraft bleibt unter Druck. Mieten steigen, Dienstleistungen werden teurer, die Krankenkassenprämien fressen einen immer grösseren Teil des Einkommens. Eine vierköpfige Familie zahlt heute im Mittel 1136 Franken pro Monat – 64 Franken mehr als vor einem Jahr. Gleichzeitig leiden 12 Prozent der Erwerbstätigen an durch Arbeit bedingten Erkrankungen, die nicht durch Unfälle verursacht sind – ihre Behandlungskosten müssen sie jedoch selbst über Prämien, Franchisen und Selbsthalte finanzieren.

SCHÄNDLICH TIEFE LÖHNE

In der Schweiz ist immer noch jede zehnte Stelle eine Tieflohnstelle. Das heisst: Eine halbe Million Menschen bekommen für einen 100-Prozent-Job weniger als 4177 Franken brutto pro Monat. Besonders viele Tieflohnstellen gibt es in Branchen, in denen vor allem Frauen beschäftigt sind: Im Detailhandel ist jede vierte, in der Reinigung jede dritte und in den Branchen der persönlichen Dienstleistungen – also zum Beispiel im Coiffeurgewerbe und in Wäschereien – sogar jede zweite Stelle eine Tieflohnstelle.

Schon länger ist sogar eine Berufslehre kein Garant mehr für Löhne, die zum Leben reichen. Im Schnitt liegt der Lohn bei 20 Prozent der Gelernten unter 4500 Franken im Monat, und über 30 Prozent verdienen weniger als 5000 Franken. Das sind längst nicht «nur» frisch Ausgelernte am Anfang ihrer Laufbahn – selbst kurz vor der Pensionierung müssen fast 20 Prozent dieser Fachkräfte für einen Tieflohn arbeiten.

DIE RECHNUNG

Die Konsequenz aus all dem ist für die Gewerkschaften klar: Es braucht einen Reallohnzuwachs von mindestens einem Prozent,

um die Beschäftigten am Produktivitätsfortschritt zu beteiligen, dazu ein weiteres Prozent, um die Lohnlücke der letzten Jahre zu schliessen. Hinzu kommen mindestens 0,2 Prozent für den Teuerungsausgleich und 0,4 Prozent, um den Anstieg der Krankenkassenprämien abzufedern. Und: Wer einen 100-Prozent-Job hat, muss davon leben können. Löhne unter 4500 Franken generell und unter 5000 Franken für Arbeitende mit Lehrabschluss müssen der Vergangenheit angehören.

DIE FORDERUNGEN

Die Gewerkschaften verlangen in diesem Lohnherbst konkret insbesondere:

- Die Erhöhung der Effektiv- und Mindestlöhne um 2 bis 2,5 Prozent für alle.
- Insbesondere die Löhne von Frauen, erfahrenen Mitarbeitenden und in Tieflohnbranchen müssen erhöht werden.
- Keine Löhne unter 4500 Franken und mindestens 5000 Franken für Arbeitnehmende mit Lehrabschluss.
- Einführung des automatischen Teuerungsausgleichs in allen Gesamtarbeitsverträgen, um die Kaufkraft der Lohnabhängigen langfristigen zu sichern.
- Verbesserungen bei der Arbeitszeit für eine fairere Verteilung der Produktivitätsgewinne: bezahlte Pausen, Reise- und Umkleidezeiten.

BONUS: TRUMP IST KEINE AUSREDE

US-Präsident Donald Trump hat gegen die Schweiz absurde Zölle von 39 Prozent verhängt. Und die Folgen sind für die betroffenen Firmen heftig. Den betroffenen Unternehmen bringt eine Verlängerung der Kurzarbeit die nötige Zeit, um Schwierigkeiten im Absatzmarkt zu überbrücken und sich neu auszurichten. Über einen entsprechenden Vorstoss, den die Unia mitangeregt hat, entscheidet das Parlament in der kommenden Session. Doch die Arbeitgeber versuchen, die Trump-Zölle als Ausreden für mickrige Lohnerhöhungen und Angriffe auf den Arbeitnehmerschutz zu nutzen. Dem erteilen die Gewerkschaften eine klare Absage. SGB-Ökonom David Gallusser unterstrich in seiner Analyse: «Gegen 99 Prozent der Berufstätigen sind nicht oder nicht stark von den US-Zöllen betroffen. Den Firmen geht es mehrheitlich gut.»

Das sind die konkreten Forderungen in den Unia-Branchen:

INDUSTRIE

Die Auftragslage in der Industrie ist in weiten Teilen gut. Von den absurden Trump-Zöllen sind schätzungsweise 90 Prozent der Industrie gar nicht betroffen. Um dem anhaltenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, braucht es dringend substantielle, generelle Lohnerhöhungen. Die Unia fordert den vollen Teuerungsausgleich, den zumindest teilweisen Ausgleich des Nachholbedarfs und einen Anteil an der gestiegenen Produktivität, macht total plus 2,5 Prozent. Für Arbeitnehmende mit Berufslehre (EFZ) darf es keine Mindestlöhne mehr unter 5000 Franken geben.



DETAILHANDEL BEI COOP

In diesem Tieflohnbereich braucht es eine reale Lohnerhöhung, die der gesteigerten Produktivität und den gestiegenen Lebenskosten der Arbeitenden gerecht wird. Konkret fordert die Unia eine Erhöhung um 100 Franken aller effektiven Löhne.



GASTGEWERBE

Hier verlangt die Unia bei der anstehenden Erneuerung des Landes-Gesamtarbeitsvertrags (L-GAV) die Einführung von erfahrungsbezogenen Mindestlohnkategorien und eine substantielle Entwicklung der Mindestlöhne.

BAUHAUPTGEWERBE

Hier fordert die Unia im Landesmantelvertrag (LMV) den garantierten Teuerungsausgleich gemäss dem Landesindex der Konsumentenpreise (LIK) sowie dem Krankenversicherungsprämienindex (KVPI). Auf dem Bau besteht Nachholbedarf bei den Löhnen und bei den Spesen. Und die Bauarbeiter sollen mit mindestens +1 Prozent zusätzlich an der guten Baukonjunktur beteiligt werden (siehe auch Seite 3).



AUSBAUGEWERBE

Dank Renovationen und energetischen Sanierungen sind die Auftragsbücher bereits heute voll. Und dank tiefen Zinsen wird auch der Wohnungsbau wieder an Fahrt gewinnen. Die Arbeitgeber suchen händeringend Fach- und Arbeitskräfte. Und viele Lehrstellen bleiben unbesetzt. Die Folge: Durch Stress bedingte Krankheiten und Unfälle werden häufiger. Die gewerblichen Branchen müssen attraktiver werden. Es braucht eine echte Aufwertung der Effektiv- und Mindestlöhne, auch, weil in vielen Branchen die Teuerung der letzten Jahre nicht oder nur teilweise ausgeglichen wurde. Die Unia fordert für die Branchen des Ausbaugewerbes generell 2 bis 2,5 Prozent mehr Lohn, und zwar bei den effektiven Löhnen und bei den Mindestlöhnen.

SICHERHEITSBRANCHE

Hier fordert die Unia im Rahmen der aktuellen Erneuerung des Gesamtarbeitsvertrags einen Umbau des Lohnsystems in Richtung Angleichung der Mindeststundenlöhne an die Monatslöhne.



REINIGUNGSGEWERBE D-CH

Hier sind die Verhandlungen bereits abgeschlossen: Die Mindestlöhne steigen auf den 1. Januar 2026 generell um 3 Prozent, jene für Mitarbeitende, die den GAV-Lehrgang absolviert haben, um 5,4 Prozent.

Zeigt uns das Vallée de Joux zum zweiten Mal den Weg in die Zukunft? Spitäler haben falsche Prioritäten

Die Spitäler «müssen» sparen. Müssen sie? Nein, sagt jetzt eine Protestbewegung im Vallée de Joux. Und zeigt, wie sich bessere Pflege finanzieren lässt.

CHRISTIAN EGG

Im Vallée de Joux hatte vor 35 Jahren die Uhrmacherin Liliane Valceschini die Idee zum nationalen Frauenstreik. Ein Weckruf für die ganze Schweiz.

Im Vergleich dazu scheint die kürzliche Demo im selben Waadtler Tal eine regionale Sache: 2000 Menschen wehrten sich am 30. August für ihre massgeschneiderte Gesundheitsversorgung, bestehend aus kleinem Spital, Altersheim, Spitex und 24-Stunden-Notfalldienst. Die Kantonsregierung will dem Zentrum einen Sechstel des Jahresbudgets streichen. Für Noé Pelet von der Unia Waadt «ein massiver Angriff auf den Service public». Auch das Kantonsparlament hat kürzlich der Regierung die rote Karte gezeigt: Nicht ein Mitglied des Grossen Rates stimmte für die Kürzungen!

Es ist 5 nach 12!

Vier Jahre nach dem deutlichen Ja zur Pflegeinitiative zeigt sich: Der Vorschlag des Bundesrates zur Umsetzung ist lückenhaft. So lässt sich die langsame Zerstörung der Gesundheitsversorgung nicht aufhalten, das Parlament muss nachbessern. Unter dem Motto «Es ist 5 nach 12» ruft eine breite Allianz der Gesundheitsberufe zu einer gemeinsamen Kundgebung am 22. November in Bern auf. Damit auch die Politik merkt: So kann es nicht weitergehen! Mehr Infos: rebrand.ly/pflege-demo.



Doch der Protest im rauen Hochtal ist nicht nur für den Kanton Waadt relevant. Denn er macht sich stark für ein Instrument, das einen Ausweg aus der aktuellen Pflegekrise ermöglichen könnte. Und zwar für die ganze Schweiz.

GROSSES POTENTIAL

Die vorgesehenen Kürzungen betreffen den Topf für sogenannte gemeinwirtschaftliche Leistungen. Kantone können damit Spitäler finanziell unterstützen, wenn diese zum Beispiel eine Randregion abdecken. Das Instrument könnte jetzt an Bedeutung gewinnen. Reto Wyss, Ökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB):

«Damit können die Kantone auch Mehrkosten übernehmen, wenn Spitäler die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern.»

Und das müssen sie. Vor vier Jahren hat das Stimmvolk Bund und Kantone diesen Auftrag erteilt, indem es mit 61 Prozent die Pflegeinitiative annahm. Der Bundesrat hat dafür ein Gesetz ausgearbeitet. Aber die Finanzierung völlig ausgeblendet. Für die Pflegenden wie auch für die Arbeitgeber der Branche ist die Vorlage in dieser Form deshalb ungenügend.

Paula Will, angehende Fachfrau Gesundheit und Unia-Mitglied, sagte zu work: Die Pflegenden zu entlasten, etwa durch kürzere Arbeitszeiten, sei dringend nötig. Aber: «Dann brauchen Spitäler und Heime mehr Leute, damit sie weiter funktionieren. Und das kostet. Sorry, aber das versteht ein Erstklässler!»

In der Wintersession kommt das Gesetz in den Nationalrat. Reto Wyss vom SGB warnt. Ohne eine zusätzliche Finanzierung drohen negative Folgen für alle:

• Höhere Kosten führen zu höheren Spitaltarifen, was die Prämien der Krankenkassen weiter in die Höhe treiben würde.

• Kürzere Arbeitszeiten, aber nicht mehr Personal hiesse noch mehr Druck auf die Pflegenden. Genau das Gegenteil dessen, was das Stimmvolk beschlossen hat.

• Der Spazwang für die Spitäler würde sich weiter verschärfen.

Bereits in den letzten Jahren haben zahlreiche Spitäler in der Pflege abgebaut. Vor zwei Jahren kündigte das Kantonsspital St. Gallen an, 440 Stellen zu streichen (work berichtete: rebrand.ly/abbau-im-spital).

Seither haben auch die Kantonsspitäler von Glarus, Baselland, Freiburg und das Berner Insspital im grossen Stil Stellen gestrichen, die Zürcher Spitäler senkten die Reallöhne. Immer mit der Begründung, das Spital mache Defizit und «müsse» die Kosten senken.

ZUM ABBAU «GEZWUNGEN»

Hinterfragt wird das kaum. Dabei ist offensichtlich: Kranke zu behandeln und zu pflegen ist nicht profitabel. Es kostet Geld. Das Geld kommt von Krankenkassen und Kantonen, also von uns allen gemeinsam. Denn das Gesundheitswesen ist Service public.

Warum aber jammern die Spitäler und sehen sich «gezwungen», Stellen zu streichen? Das liegt an einem politischen Entscheid aus dem Jahr 2007. Die «neue Spitalfinanzierung» machte Spitäler zu Konkurrenten. Das Versprechen: Sie sollten «effizienter» und die Kostenexplosion dadurch gestoppt werden. Heute zeigt sich: Passiert ist das Gegenteil. Denn Markt ist im Service public ein Fremdkörper und führt zu falschen Anreizen. Oberstes Ziel der Spitalleitungen ist jetzt nicht mehr eine gute Gesundheitsversorgung, sondern Wirtschaftlichkeit.



EINER VON 2000: Demo-Teilnehmer im Vallée de Joux.

FOTO: THIERRY PORCHET

Die Gewerkschaften kritisieren diese Fehlkonstruktion seit Jahren. Reto Wyss vom SGB sagt: «Im neuen Gesetz bekommt das Parlament jetzt die Chance für eine Korrektur.» Zur bisher ungeklärten Finanzierung könne es zum Beispiel verbindlich festhalten, dass Massnahmen für bessere Pflege als «gemeinwirtschaftliche Leistungen» gelten. Und die Kantone verpflichten, die Spitäler dafür zu entschädigen. Ganz im Sinne des Service public, so Wyss: «Wenn im Spital zufriedene und ausgeruhte Pflegenden zu uns schauen, profitieren wir alle.»

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

Peter Bodenmann



Technologien verändern Kriege: Tarnkappenbomber sind enttarnt!

Der F-35 und die Hermes-Drohnen sind eigentliche Abrüstungsprojekte, weil sie technologisch längst überholt sind und militärisch nichts bringen. Und nicht nur sie: Alles ändert sich wegen des technischen Fortschritts rasend schnell!

Hitler und sein Umfeld hatten das Potential von Atombomben nicht begriffen. Anders die USA, sie bauten die ersten Atombomben. Und selbst der Pazifist Albert Einstein war für den Bau der Bombe. Dann warfen die USA ihre Bomben über den beiden japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki ab. Noch heute wird diskutiert, ob der Einsatz dieser Atombomben den Krieg verkürzte. Oder ob er faktisch ein unnötiges Kriegsverbrechen an unschuldigen Zivilistinnen und Zivilisten war. Wie auch immer, Fakt ist: Technologien verändern Kriege. Und der technologische Fortschritt entwickelt sich rasend schnell.

Bisher galten zum Beispiel Tarnkappenbomber für die Radars dieser Welt faktisch als nicht zu orten. Das hat sich dramatisch verändert – wenn wir den Militärexperten glauben wollen. China hat ein spottbilliges, passives Radarsystem entwickelt, das fast nicht zu orten ist. Und das aus der Deckung heraus mit Satelliten so kommuniziert, dass man Tarnkappenbomber ausmachen und abschiessen kann.

CHAOS IM VBS. Warum die Schweiz 36 Tarnkappenbomber des Typs F-35 kaufen will, war mir schon bisher ein Rätsel. Schlicht und einfach, weil sie für Luftraumüberwachung und Luftkampf die falschen Maschinen sind.



TÖDLICHE FLAMINGOS: Die Ukraine hat einen neuen Marschflugkörper namens Flamingo entwickelt. FOTO: ZVG / TIERGARTEN SCHÖNBRUNN / DANIEL ZUPANEC

Bisher galt: Man kann mit ihnen von Payerne aus Prag bombardieren und retour nach Payerne fliegen. Ausser die USA drücken den roten Knopf, und die Maschinen können gar nicht starten. Aber jetzt, mit diesem chinesischen Radarsystem verstehe ich es erst recht nicht mehr. Und nicht nur das!

Das Chaos im Militärdepartement in Bern wird jede Woche grösser: Ex-Verteidigungsministerin Viola Amherd und mit ihr der ganze Bundesrat haben uns schlicht und einfach belogen. Die inzwischen leicht zu enttarnenden Tarnkappenbomber werden nicht 6 Milliarden Franken kosten, sondern mindestens 9 Milliarden. Und der Bundesrat will das irreführende Volk nicht noch einmal darüber abstimmen lassen, obwohl der Vertrag mit den USA noch gar nicht unterzeichnet ist. Stattdessen wird der Bundesrat

bis Ende Jahr Donald Trump eine Milliarde Franken in den Rachen schieben. Als nicht geschuldete Vorauszahlung, weil das VBS im Geld schwimmt.

Noch irrer ist die Sache mit den israelischen Hermes-Drohnen. Ex-Verteidigungsminister Ueli Maurer hatte sie vor zehn Jahren bestellt. Doch diese technisch überholten und zu schweren Drohnen sind immer noch nicht einsatzbereit, obwohl längst bezahlt! Wenigstens dürfen die Militärs jetzt nicht mehr Tests über Wohngebieten durchführen, weil weltweit schon vier Drohnen ohne Feindeinwirkung abgestürzt sind.

Für Zyniker mag gelten: Der F-35 und die Hermes-Drohnen sind eigentliche Abrüstungsprojekte. Wir investieren absurd viel in technische Firlefanzmaschinen, die militärisch nichts bringen. Und wir leben in einem Zeitalter des schnellen Vergessens. Der

unglücklich agierende ehemalige deutsche Kanzler Olaf Scholz weigerte sich standhaft, der Ukraine Marschflugkörper des Typs Taurus zu liefern. Weil man mit diesen Moskau und selbst den Kreml in Schutt und Asche legen könne.

Später forderten die versammelten Kriegstreiber in Deutschland – vom ehemaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion Friedrich Merz über die Grünen bis zur FDP genau dies. Heute aber ist der Taurus plötzlich kein Thema mehr. Und Bundeskanzler Merz glaubt nach mehr als drei Jahren Krieg nicht mehr an einen schnellen Frieden.

KRIEGSOPFER GEHEN VERGESSEN. Bisher haben neben zu vielen Zivilistinnen und Zivilisten auch 240 000 junge russische Soldaten ihr Leben verloren. Und 50 000 ukrainische Kämpfer. Sie alle, die noch leben könnten und wollten, gehen – wenn wir den Politikerinnen und Politikern zuhören – ganz einfach vergessen.

Jetzt hat die Ukraine einen neuen Marschflugkörper namens Flamingo entwickelt. Der fliegt weiter und schneller und kann mehr Munition transportieren als die in die Jahre gekommenen deutschen Taurus-Marschflugkörper. Der ukrainische Präsident Wolodimir Selenski will sie in Schwärmen einsetzen, sobald genügend davon produziert sind. Um damit Russland so zu terrorisieren, wie Russland die Ukraine terrorisiert.

Militärhistoriker gehen davon aus, dass Kriege in der Regel erst enden, wenn die eine Kriegspartei über die andere siegt. Oder wenn beide Seiten ausgeblutet sind. Traurig, aber wahr: Und jetzt sollen auch noch die Flamingos töten und zerstören.

LINKS ZUM THEMA:

- rebrand.ly/ukraine-flamingo
Die NZZ berichtet begeistert: «Es handelt sich um einen Marschflugkörper namens Flamingo, der bis zu 3000 Kilometer weit fliegen soll, also bis nach Westsibirien. Er ist angeblich mit einem Gefechtskopf von gut einer Tonne bestückt. Eine solche Waffe wäre, falls sie sich im Einsatz bewährt und in grosser Stückzahl hergestellt werden kann, für die Ukraine von unschätzbarem Wert. Denn Marschflugkörper fliegen um ein Mehrfaches schneller als Drohnen und können wesentlich mehr Sprengstoff mit sich tragen. Damit lassen sich Ziele im russischen Hinterland viel wirksamer bekämpfen.»
- rebrand.ly/gerissene-flamingos
Der Wiener Zoo ist der älteste Tierpark der Welt. Stolz ist er auf seine Flamingos. In der Nacht vom 15. auf den 16. Oktober 2013 hat ein Fuchs 13 blutrote Flamingos getötet. Nur zwei der Zugvögel haben überlebt. Jetzt sollen Flamingos töten und zerstören.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

HABEN DIE NIEDERLAGE NICHT VERDAUT: SVP, FDP UND GLP wollen dem Volk die 13. AHV-Rente nicht gönnen. FOTO: KEYSTONE / MONTAGE: WORK



Die Horror-Prognosen sind widerlegt

AHV geht's gut, AHV-Feinde in Wut

Das glasklare Volks-Ja zu einer 13. AHV-Rente und die neusten Zahlen zur AHV haben die Arbeitgeberverbände und die bürgerlichen Parteien immer noch nicht verdaut. Sie wollen sich rächen.

CLEMENS STUDER

Der AHV geht's sehr gut. Nach Jahrzehnten des systematischen Schlechtrechnens ist beim Bund eine neue Ehrlichkeit eingekehrt. Die Zahlen nähern sich der Realität an, so wie es die Gewerkschaften immer vorgerechnet und verlangt haben. Vorhersagen sind bekanntlich schwer, besonders wenn sie die Zukunft betreffen. Der faule Spruch mag lustig sein. Etwas faul ist, wenn die Prognosen immer in die falsche Richtung falsch sind. So wie bei der AHV. Erst vor einem Jahr gab der Bund endlich zu: wir haben seit Jahren falsch gerechnet. Die Erkenntnis kam – Zufall oder nicht – erst nach zwei zentralen Abstimmungen, bei denen die AHV-

Feinde mit den falschen Horrorzahlen Angst und Schrecken verbreiteten. Vor einem Jahr erwartete der Bund für die AHV im Jahr 2040 ein Defizit von 10,5 Milliarden Franken. Nun sind es noch 3,4 Milliarden. Mit anderen Worten: Wenn die 13. AHV-Rente finanziert ist, braucht die AHV kaum mehr zusätzliches Geld.

Das bringt die AHV-Feindinnen und -Feinde von SVP, FDP und GLP in Argumentationsnöte. Es ist noch keine zwei Jahre her, da prognostizierten sie zum x-ten Mal den bevorstehenden Zusammenbruch des wichtigsten Sozialwerkes der Schweiz. Ausser die 13. AHV-Rente werde abgelehnt und das Rentenalter erhöht. Das Volk ist schlauer. Es nahm den AHV-Dreizehnten an und schickte die Rentenalters-

erhöhungsinitiative der Jungfreisinnigen mit gerade mal 25,25 Prozent Ja-Stimmen-Anteil brutal bachab. Und ein paar Monate später folgte dem höheren Rentenalter gleich auch noch die unsoziale BVG-Revision auf den Friedhof der bürgerlichen Rentenklau-Vorhaben.

LEICHT ZU FINANZIEREN

Die vom Volk überragend angenommene 13. AHV-Rente wäre über leicht höhere Lohnbeiträge einfach zu finanzieren. So wie es die Gewerkschaften im Abstimmungskampf immer gesagt haben. Die Erhöhung der Lohnbeiträge um je 0,4 Lohnprozentpunkte für Arbeitnehmende und Betriebe würde auch mittelfristig zu keiner nennenswerten Erhöhung der Lohnabgaben im Vergleich zu den letzten Jahren führen. Denn die Sozialversicherungsbeiträge sind gesunken und dürften weiter sinken – weil es weniger Unfälle und Stellenlose gibt. Die rechte Bundesratsmehrheit und die rechten Parteien müssten nur wollen.

Doch sie wollen nicht. Sie wollen das Gegenteil. Sie wollen sich am Volk mit einer möglichst unsozialen Finanzierung für das Ja rächen. Oder noch lieber: die AHV Tropfen für Tropfen ausbluten lassen. Um dann doch noch eine Rentenaltererhöhung für Gering- und Normalverdienende durchzustieren.

Die unsoziale Finanzierung haben FDP/SVP über ihre ungerechtfertigte absolute Mehrheit im Bundesrat ausarbeiten lassen. Gleichzeitig sorgt Karin Keller-Sutter, Finanzministerin und vermeintliche Trump-Flüsterin, dafür, das auch sonst möglichst viel abgebaut werden soll bei der AHV: die Witwenrente möchte sie abschaffen, die Kinderrente und gleich auch noch den Bundesbeitrag an die AHV kürzen.

VERNUNFT IM STÄNDERAT

Von dieser rachsüchtigen Radikalinski-Politik wollte der Ständerat im Juni nichts wissen. Er stimmte einem soliden, kaufkraftschonenden Kompromissmodell zur Finanzierung der 13. AHV-Rente zu und spurte gleichzeitig die Finanzierung einer möglichen Änderung bei den Ehepaarrenten vor. Die Ständeratslösung ist eine Mischform aus höheren Lohnbeiträgen und

einer schrittweisen Erhöhung der Mehrwertsteuer. Konkret: Ab 2028 sollen die Lohnbeiträge um 0,4 Prozentpunkte steigen. Gleichzeitig werden die ALV-Beiträge um 0,2 Prozentpunkte gesenkt – bleiben netto also plus 0,2 Punkte.

RACHSUCHT IM NATIONALRAT

Die rechten Parteien im Nationalrat sind im Unterschied zu ihren Vertreterinnen und Vertretern im Ständerat immer noch auf Racheheldzug. Nur ganz knapp trat die zuständige Kommission vor den Sommerferien auf das Geschäft ein. Dem Vernehmen nach stammt die entscheidende Stimme von GLP-Mann Patrick Hässig, der inhaltlich zu den AHV-Ausblutern gehört. Die Detailberatung verschob die Kommission auf diese Woche. Rausgekommen ist wenig Überraschendes: Den Kompromissvorschlag des Ständerates lehnt die Mehrheit ab und will die 13. AHV-Rente ausschliesslich über eine unsoziale Mehrwertsteuererhöhung finanzieren. Und das erst noch auf 3 Jahre befristet.

WITWEN UND WAISEN SOLLEN BLUTEN

Als «Gegenvorschlag» zur Mitte-Initiative, die den Plafond bei den AHV-Renten für Ehepaare aufheben will, hat die Kommission eine perfide Variante beschlossen: Sie will, dass verheiratete Neurentnerinnen und -renter künftig von einer höheren Rente profitieren, aber bereits pensionierte Ehepaare leer ausgehen. Finanziert werden soll das Ganze durch Kürzungen bei den Hinterlassenenleistungen. Damit müssten insbesondere Witwen dafür bezahlen, dass frisch pensionierte Ehepaare bessergestellt werden. Besonders stossend: Auch bereits laufende Renten kinderloser Hinterlassener könnten gestrichen werden.

SO GEHT'S WEITER

In der Herbstsession wird das Plenum das Geschäft behandeln. Dort werden die rechten Parteien von SVP bis GLP mit ihrer Ausblutungsstrategie und ihrem Racheheldzug gegen die AHV weiterfahren. Die fortschrittlichen Parteien und die Gewerkschaften werden Gegensteuer geben. Und am Ende wird in der einen oder anderen Form das Volk das letzte Wort haben.

BVG-Rentenschwund Die AHV wird noch wichtiger

Pensionskassenrenten sind im Sturzflug, die AHV bleibt stabil und wird für die Rentnerinnen und Rentner immer wichtiger.

CLEMENS STUDER

Mit ihrem genialen Mechanismus sorgt die AHV dafür, dass über 90 Prozent der Menschen von ihr profitieren. Sie bekommen mehr zurück, als sie einbezahlt haben. Weil auf allen Einkommen Beiträge bezahlt werden müssen, die Renten aber gedeckelt sind. Diese Umverteilung ärgert die Reichen, seit es die AHV gibt. Weil sie nicht profitieren. Das grosse Geschäft machen Banken, Versicherungen und Makler-Firmen in der Pensionskasse. Für die Versicherten ist es eher ein schlechtes Geschäft. Genauer: ein immer schlechteres.



DIE LEIDTRAGENDEN: Rentnerinnen erhalten immer weniger Geld. FOTO: KEYSTONE

Denn Rentnerinnen und Rentner erhalten immer weniger Geld. Seit 2002 sind die Gesamtrenten (AHV und Pensionskassen) um durchschnittlich 16 Prozent gesunken. Sagt das neuste «Pensionierungsbarometer» des VZ Vermögenszentrums.

Verantwortlich für die sinkende Kaufkraft der Rentnerinnen und Rentner ist nicht die stabile AHV, die von den rechten Parteien immer schlechtgerechnet wird. Sondern die bröckelnden Pensionskassenrenten, die nicht halten, was die Finanzindustrie versprochen hat. Diese sind 40 Prozent tiefer als 2002. Zu massiv höheren Lohnabzügen.

Und daran wird sich auch nichts ändern, weil Banken und Versicherungen daran kein Interesse haben. Und die von ihnen grosszügig gesponserten Parteien im Parlament eine Mehrheit haben.

VOLK STOPPT BSCHISS. Vor rund drei Jahren arbeiteten die Gewerkschaften mit dem Arbeitgeberverband einen Kompromiss aus, wie das BVG-System reformiert und das Rentenniveau der Menschen gesichert werden könnte. Der von den Gewerkschaften und den Arbeitgebern ausgearbeitete Vorschlag war zwar keine Gewerkschaftsvorlage, aber halbwegs sozialverträglich. Das sah auch der Bundesrat so und machte ihn zu seinem. Doch die bürgerliche Mehrheit im Parlament zimmerte daraus eine Abbauvorlage, vor der nur ihre Sponsoren aus Banken und Versicherungen profitieren. Trotz Millionenpropaganda der Finanzindustrie fielen die Stimmenden nicht auf diesen BVG-Bschiss herein und versenkten ihn am 22. September 2024 mit über 67 Prozent Nein-Stimmen-Anteil deutlich.

Verantwortlich für die sinkende Kaufkraft ist nicht die stabile AHV.

Das bringt die AHV-Feindinnen und -Feinde von SVP, FDP und GLP in Argumentationsnöte. Es ist noch keine zwei Jahre her, da prognostizierten sie zum x-ten Mal den bevorstehenden Zusammenbruch des wichtigsten Sozialwerkes der Schweiz. Ausser die 13. AHV-Rente werde abgelehnt und das Rentenalter erhöht. Das Volk ist schlauer. Es nahm den AHV-Dreizehnten an und schickte die Rentenalters-

WAS ZU TUN WÄRE. Damit wäre eigentlich der Weg frei, die tatsächlichen Probleme im BVG zu lösen: zum Beispiel der fehlende obligatorische Teuerungsausgleich auf die Renten, die Benachteiligung der Frauen, die überrissenen Profite der Finanzindustrie. Das allerdings sind alles von der Finanzindustrie gewünschte «Geburtsfehler». Darum sind die Chancen klein, dass die bürgerlichen Parlaments- und Bundesratsmehrheiten daran wirklich etwas ändern wollen. Und so werden die Pensionskassen weiterhin immer tiefere Renten für immer höhere Prämien bezahlen. Und die AHV wird für immer mehr Menschen noch wichtiger im Alter.

Aufruhr im Pharmaprofit-Paradies: Schweizer Bevölkerung soll für US-Zollwahnsinn bluten

So sichern die Basler Multis ihre Milliarden

In den USA konnten Schweizer Pharmakonzerne in den letzten Jahren Milliardengewinne einstreichen. Doch jetzt ist das Geschäftsmodell mit der Schweiz als Pharmadreh-scheibe wegen Trump in Gefahr.

IWAN SCHAUWECKER

US-Präsident Trump (79) verlangt von Schweizer Pharmakonzernen bis Ende September eine Zusage zur Senkung der Preise für rezeptpflichtige Medikamente in den USA. Diese Preise sind in den USA bisher kaum staatlich reguliert und im Schnitt drei Mal teurer als in Europa. Trump fordert mit dem «Most-Favored-Nation Drug Pricing» eine Anpassung der Medikamentenpreise nach unten. Damit gerät die weltweit grösste Profitmaschine der Pharmakonzerne unter Druck. 2024 exportierten Novartis, Roche & Co. Medikamente im Wert von mehr als 31 Milliarden Franken aus der Schweiz in die USA. Das entspricht fast der Hälfte aller Schweizer Exporte in die USA.

PHARMA-KRISENGIPFEL

Trotz diesen Rekordexporten blieb die Schweizer Pharmaindustrie bisher vom 39-Prozent-Zollsatz verschont. Doch die Drohung eines 250-Prozent-Strafzolls und einer staatlich angeordneten Preissenkung in den USA bleibt akut. Gesundheitsministerin Baume-Schneider (61) und Wirtschaftsminister Guy

Riesig: Schweizer Chemie- und Steuerparadies

Die Chemie- und Pharmaindustrie beschäftigt in der Schweiz etwa 75 000 Personen. Neben Novartis, Roche, Lonza, Syngenta und Sandoz haben zahlreiche internationale Grosskonzerne ihren Hauptsitz aufgrund von Steuervorteilen in die Schweiz verlegt, zuletzt das amerikanisch-chinesische Pharmaunternehmen Be One Medicines von den Cayman Islands nach Basel.

ERNEUERT. Neben den Grosskonzernen gibt es etwa 1000 kleinere Unternehmen, die vor allem in der Forschung und Vermarktung tätig sind. Für die Produktionsbetriebe der Basler Chemie- und Pharmaunternehmen gilt der letztmals im Jahr 2012 erneuerte GAV (work berichtete: [rebrand.ly/chemie-gav](https://www.nachrichten.ch/rebrand.ly/chemie-gav)).

Parmelin (65) organisieren deshalb gemeinsam mit den Pharmakonzernen einen Krisengipfel in Bern. Interpharma, die Lobbyorganisation der Schweizer Pharmaindustrie, fordert «umfangreiche Reformen» und droht mit der Nichteinführung neuer Medikamente. Die tieferen Preise im US-Markt wollen die Pharmakonzerne durch eine Erhöhung der Preise in Europa und der Schweiz kompensieren und die Zulassung von neuen Medikamenten vereinfachen. Die Folgen: noch höhere Medikamentenpreise und noch höhere Krankenkassenprämien.

40 PROZENT GEWINNMARGE ALS ZIEL

Druck kommt auch von Novartis-Boss Vasant Narasimhan, der bis 2027 eine Betriebsgewinnmarge von 40 Prozent vorgibt und damit weiterhin Rekorddividenden und Millionenboni finanzieren will (work berichtete: [rebrand.ly/gewinnrausch-novartis](https://www.nachrichten.ch/rebrand.ly/gewinnrausch-novartis)).

Für die Schweiz brachte diese Strategie in den letzten Jahren einen Abbau von 1400 Stellen. Jeder zehnte Angestellte von Novartis musste gehen. Gleichzeitig hat der Konzern die Zentrale in Haider-

Der Novartis-Boss will weiterhin Millioneni-boni finanzieren.

Marketing für das US-Geschäft übernehmen. Auch die Produktionsstandorte in Slowenien sind massiv gewachsen. Die Pharmaimporte aus Slowenien in die Schweiz explodierten in den letzten fünf Jahren von 700 Millionen auf 17 Milliarden Franken im Jahr 2024 (siehe Grafik und Text unten).

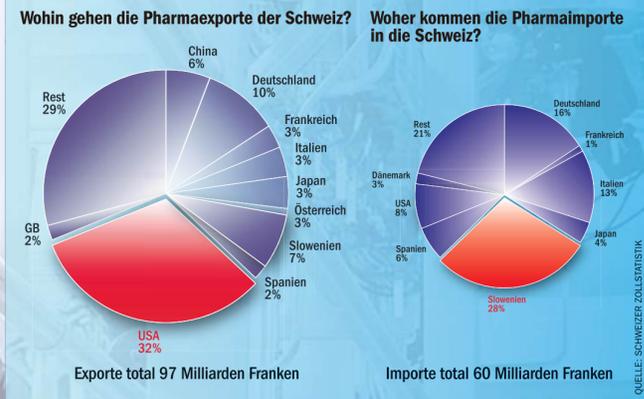
PHARMAHUB SCHWEIZ UND SLOWENIEN

Goran Trujic (54) arbeitet als Mechaniker im Unterhalt der Produktionsanlagen von Novartis in Stein AG und ist Präsident der Personalkommission Gesamtarbeitsvertrag (GAV) Rheintalwerke. Er sagt: «Die Auslagerung nach Slowenien hat schon vor vielen Jahren begonnen, aber hier in Stein arbeiten immer noch mehr als 1200 Personen und über 200 in Schweizerhalle, wo Novartis Wirkstoffe herstellt.» Der grösste Teil des Pharmahandels zwischen der Schweiz und Slowenien findet firmenintern bei Novartis und beim Generikahersteller Sandoz statt. Welche Produkte bei Novartis zwischen der Schweiz und Slowenien verschoben werden, will der Pharmakonzern auf Anfrage von work nicht kommentieren. Der Pharmahandel führt dazu, dass Slowenien nach den USA und Deutschland inzwischen der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz ist.

Pharmaexporte aus der Schweiz



DIE ZAHLEN GEHEN STEIL NACH OBEN: Immer mehr Pharmaprodukte werden aus der Schweiz in die Welt exportiert. FOTO: DREAMSTIME / GRAFIK WORK



Slowenische Pharmafirma Lek: Von Novartis für 1,2 Milliarden geschluckt

Vom sozialistischen Vorzeigebetrieb zum Goldesel der Schweizer Pharma

Im Jahr 2002 übernahm Novartis die slowenische Pharmafirma Lek. Heute liefern die Fabriken aus Slowenien den Stoff für Milliardenprofite.

IWAN SCHAUWECKER

Mattija Drmotca (40) arbeitet als Rechtsberater für den slowenischen Gewerkschaftsbund ZSSS. Er sagt: «Die Pharmaindustrie ist äusserst wichtig für Slowenien, denn sie beschäftigt direkt etwa 12 000 Personen, ist international erfolgreich und zahlt auch vergleichsweise gute Löhne.»

Novartis ist der grösste ausländische Investor. Der Mindestlohn in Slowenien liegt bei 1277 Euro pro Monat. In den Fabriken der Pharmafirma Lek sind sie deutlich

höher. Für die Lek-Mitarbeitenden gilt ein Firmen-GAV mit einer unternehmensnahen Gewerkschaft, die nicht dem ZSSS angehört. Der GAV deckt fast 99 Prozent der 3800 Mitarbeitenden ab.

Von ihnen arbeiten mehr als die Hälfte in der Produktion.

SOZIALISMUS UND PRIVATISIERUNG

Gegründet wurde Lek, was auf deutsch «Medikament» heisst, im Jahr 1946. Die Firma war eines der wichtigsten Unternehmen der sozialistischen Republik und produzierte hauptsächlich Medikamente und Kosmetika für die Bevölkerung in Jugoslawien. Auf dem Papier gehörte die Firma den Mitarbeitenden. Doch in der Realität sah es anders aus. Nach Sloweniens Unabhängigkeit wurde Lek 1992 als erste jugoslawische Staatsfirma privatisiert und wurden die Aktien des Unternehmens an der Börse von Ljubljana gehandelt. Ab 1993 regelte ein neues Mitbestimmungsgesetz die betriebliche Beteiligung der Mitarbeitenden. Doch finanziell gingen die meisten von ihnen leer aus.

MIT GENERIKA AUF DEN WELTMARKT

In den 1990er Jahren expandierte Lek in Osteuropa und wurde zu einem wichtigen Exporteur von Generika und Antibiotika

Die grössten Handelspartner der Schweiz



MILLIARDENHANDEL: Die meisten Pharmaprodukte importiert die Schweiz aus Slowenien, und der grösste Abnehmer der Schweiz sind die USA. GRAFIK WORK

in die USA. Dieser Erfolg weckte auch das Interesse des Basler Pharmariesen Novartis. Im Jahr 2002 zahlte Novartis 1,2 Milliarden Franken und schluckte Lek. Den Namen durfte das slowenische Unternehmen trotz der Übernahme behalten. Novartis investierte seither mehr als drei Milliarden Franken in Slowenien und wurde damit zum grössten ausländischen Investor im Land mit 2,1 Millionen Einwohnern und Einwohnerinnen. Novartis eröffnete eine neue Abfüllanlage für Flaschen, eine Fabrik zur Herstellung von Tabletten und Kapseln, Labors zur Entwicklung von biologischen Medikamenten und eine neue Verpackungsanlage in Lendava.

Seit 2023 gehört dieser Standort zum Basler Generikahersteller Sandoz, der vor zwei Jahren von Novartis abgepalten wurde. In Lendava wird jetzt eine neue Fabrik für Biosimilars, Nachahmerprodukte von biologischen Medikamenten, gebaut. Sandoz investiert 400 Millionen Euro, und der slowenische Staat beteiligt sich ebenfalls mit 52 Millionen Euro.

Mechaniker Trujic sagt: «Ich mache mir grosse Sorgen, wenn die Produktion in der Schweiz durch weitere Zölle oder ein fehlendes Rahmenabkommen mit der EU benachteiligt wird.» Mitarbeitende in der Produktion in Slowenien verdienen jährlich etwa 50 000 Euro. In der Schweiz liegen die Löhne deutlich höher. Aber dafür die Konzerngewinnsteuern deutlich tiefer. Vor einer Verschiebung der Produktion in die USA hat Trujic trotz den angekündigten Milliardeninvestitionen durch Novartis und Roche weniger Angst. «Viele Leute unterschätzen die Komplexität einer solchen Fabrik. Bis eine ganz neue Pharmafabrik in den USA in Betrieb gehen kann, werden viele Jahre vergehen.»



TEIL DER STADT: Novartis und Roche investieren viel Geld in die Öffentlichkeitsarbeit in Basel, dazu gehört der für alle zugängliche Novartis-Pavillon. FOTO: PD NOVARTIS

Widerstand in der Pharmastadt

Basel und Pharma für alle

Die Pharmakonzerne in Basel erhalten vom Kanton neu Hunderte Millionen Franken für Forschung und Entwicklung aus Steuergeldern. Doch aus gewerkschaftlichen und progressiven Kreisen gibt es Widerstand und politische Initiativen, die eine öffentliche Versorgung mit Arzneimitteln fordern.

IWAN SCHAUWECKER

Viele Jahre war der Novartis-Campus ein abgeschlossener Stadtteil hinter Mauern, exklusiv für die Mitarbeitenden des Basler Pharmakonzerns. Doch heute ist das Areal am Rheinufer öffentlich zugänglich, es gibt Cafés und mit dem Novartis-Pavillon sogar ein firmeneigenes Museum über Medikamente und Krankheiten. Sozialarbeiter Oliver Bolliger (54) ist im Vorstand des Vereins «Pharma für alle», VPOD-Gewerkschafter und Grossrat der linken Partei Basta. Er sagt: «Die Pharma ist eng mit Basel verbunden, gehört sozusagen zur DNA von Basel. Novartis und Roche investieren viel Geld in Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring, so dass für die Bevölkerung auch diese Abhängigkeit sichtbar wird.»

DIE KRITIK NACH DEM CHEMIEUNFALL

Denn vieles hat sich bei den Pharmariesen in Basel in den letzten Jahrzehnten verändert. Fusionen, Stellenabbau, Globalisierung; weg von der Produktion, hin zu Forschung. Doch die Pharmaindustrie bleibt wichtigste Arbeitgeberin und Steuerzahlerin der Stadt. Bolliger sagt: «Seit dem Grossbrand in Schweizerhalle im Jahr 1986 gibt es hier aber auch immer wieder Kritik an der chemischen Industrie und der Pharma. Heute geht es vor allem um die absurd hohen Managerlöhne, Pharmapatenente und die enormen Konzernprofite.» Das zeigte sich auch beim Referendum zum neuen Standortförderungsgesetz. Ein Bündnis aus progressiven Parteien, Gewerkschaften und der Klimabewegung wollte eine Rückverteilung der Steuererträge an die Pharmafirmen verhindern. Doch die Stimmberechtigten haben das Standortförderungsgesetz mit der Unterstützung der Basler SP im Mai dieses Jahres angenommen.

«Die Pharma gehört zur DNA von Basel.»

OLIVER BOLLIGER, GEWERKSCHAFTLER

Im Positionspapier fordert die SP einen verbesserten Zugang zu bezahlbaren Medikamenten, Kostentransparenz bei der Entwicklung von Medikamenten und eine Forschung, die sich am gesellschaftlichen Nutzen und nicht am Profit orientiert. Lebenswichtige Medikamente sollen auch im globalen Süden verfügbar und bezahlbar sein. Meyer sagt: «Die Pharmakonzerne entscheiden, welche Medikamente produziert und zu welchem Preis sie verkauft werden. Diese Erpressbarkeit und die Preisexplosion müssen ein Ende haben.» Zu diesem Zweck fordert die SP auch die Verstaatlichung von Sandoz, dem börsenkotierten Generikaproduzenten, der bis vor kurzem noch Teil von Novartis war. Sandoz betreibt in Österreich die letzte Produktionsanlage von Penicillin in Europa und ist einer der weltweit wichtigsten Produzenten von Generika und Antibiotika.

«INNOVATIVE» MEDIKAMENTE

Bei der Abstimmung ging es um die Verwendung der Mehreinnahmen durch die OECD-Mindeststeuer und jährliche Zahlungen von 150 bis 500 Millionen Franken zugunsten von Basler Pharmakonzernen und Start-ups. 80 Prozent der Mittel sind für den Förderbereich «Innovation» vorgesehen, 20 Prozent für «Gesellschaft und Umwelt». Ein Grossteil dieser Steu-

ergelder wird an die zwei grossen Basler Pharmakonzerne Novartis und Roche zurückfliessen und ihr Geschäftsmodell mit «innovativen» und auch sehr teuren Medikamenten weiter antreiben. In der Stadtverwaltung mussten in den letzten Wochen neun neue Stellen geschaffen werden. Sie kümmern sich jetzt um die Bearbeitung der Firmengesuche für die Fördergelder.

SAMMELN FÜR «PHARMA FÜR ALLE»

Bolliger setzt sich nach dem gescheiterten Referendum weiterhin für eine andere Verwendung der Pharma-Steuererträge ein. Mit der Initiative «Pharma für alle» soll die öffentliche Versorgung gestärkt werden. Die Initiative verlangt, dass 2,5 Prozent der baselstädtischen Steuererträge zur gemeinwohlorientierten Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten im In- und Ausland verwendet werden. Das wären jährlich etwa 70 Millionen Franken. Im November soll die Initiative eingereicht werden. Bolliger ist überzeugt: «Die Initiative wird eine Diskussion anstossen, im Sinne des Service public und auch über die Frage, welche Pharmaindustrie sich hier entwickeln kann und wie wir die Versorgungssicherheit mit lebenswichtigen Medikamenten sicherstellen können.»

SP FORDERT PUBLIC-PHARMA-STRATEGIE

Eine andere Pharmaindustrie fordert auch die SP. Im letzten November verabschiedete sie an ihrem Parteitag in Chur ein Positionspapier mit der Forderung nach einer Public-Pharma-Strategie. SP-Co-Präsidentin Mattea Meyer (37) sagt zu work: «Pharmakonzerne sind in einem Bereich tätig, wo wir verletzlich sind, weil es um unsere Gesundheit geht. Und das nutzen sie aus. Sie können mit horrenden Preisen unanständig hohe Gewinne auf Kosten von uns allen machen.»

VERSTAATLICHUNG VON SANDOZ

Im Positionspapier fordert die SP einen verbesserten Zugang zu bezahlbaren Medikamenten, Kostentransparenz bei der Entwicklung von Medikamenten und eine Forschung, die sich am gesellschaftlichen Nutzen und nicht am Profit orientiert. Lebenswichtige Medikamente sollen auch im globalen Süden verfügbar und bezahlbar sein. Meyer sagt: «Die Pharmakonzerne entscheiden, welche Medikamente produziert und zu welchem Preis sie verkauft werden. Diese Erpressbarkeit und die Preisexplosion müssen ein Ende haben.» Zu diesem Zweck fordert die SP auch die Verstaatlichung von Sandoz, dem börsenkotierten Generikaproduzenten, der bis vor kurzem noch Teil von Novartis war. Sandoz betreibt in Österreich die letzte Produktionsanlage von Penicillin in Europa und ist einer der weltweit wichtigsten Produzenten von Generika und Antibiotika.

EUropa
Regula Rytz

US-Zollwahn Jetzt die Nerven nicht verlieren

Die europäischen Gewerkschaften sind zurzeit die einzigen Wirtschaftsakteure, die wegen des «Revolverhelden» aus dem Wilden Westen nicht die Nerven verlieren. Während die Unternehmerverbände den Teufel an die Wand malen und als Abwehrzauber gegen Strafzölle ihre giftige Deregulierungs-Suppe aufwärmen (länger arbeiten, we-



Regula Rytz, Delegierte bei den European Greens, ehemalige Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Mitglied der Arbeitsgruppe Europa des gewerkschaftsnahen Denknetzes.

niger Lohn, weniger Schutz und Sicherheit), orientieren sich die Gewerkschaften an den ökonomischen Realitäten. Und zwar sowohl in der EU als auch in der Schweiz.

ABHÄNGIGKEIT. In Brüssel wehrt sich der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) mit Händen und Füßen gegen die Unterwerfung unter die Trumpsche Willkürpolitik. EGB-Generalsekretärin Evelyn Lynch sagte diesen Sommer: «Wir fordern die EU auf, ihre wirtschaftliche und regulatorische Souveränität zurückzugewinnen. Europa darf sich nicht aus seinem Sozialmodell, seinen Standards, Werten und Rechten herausdrängen lassen.» Konkret bekämpfen die Gewerkschaften Abstriche bei den Mindestlöhnen, beim Green Deal oder bei den Feiertagen. Stattdessen sollen die Absatzmärkte diversifiziert und soll in die Binnenwirtschaft investiert werden. Nur so liesse sich die Abhängigkeit von der US-Nachfrage verringern – und damit die Erpressbarkeit. Die ökonomischen Analysen geben den Gewerkschaften recht. Das renommierte Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat berechnet, dass ein pauschaler Zollsatz von 25 Prozent die EU-Exporte in die USA um die Hälfte reduzieren würde. Könnte die EU jedoch die Handelsbeziehungen mit Kanada, Mexiko oder Japan ausbauen, würde der negative Trend ins Positive kippen.

Alle Bücklinge, alles EU-Bashing haben nichts genützt.

ANGRIFF. Mit «nur» 15 Prozent EU-Strafzöllen, wie sie im August vereinbart wurden, sieht die Lage sogar besser aus als befürchtet. Doch es ist Vorsicht geboten. Die EU hat Trump unter dem Druck des Ukrainekrieges enorme Zugeständnisse machen müssen, zum Beispiel bei Direktinvestitionen oder Gaseinkäufen in den USA. Doch selbst das ist dem Erpresser nicht genug. Kaum ist der Zollvertrag mit der EU unterschrieben, kommt schon der nächste Angriff. Diesmal will Trump den europäischen Schutz von digitalen Daten und Grundrechten schleifen. US-Techgiganten wie Google oder Amazon sollen in der EU ungehindert von Steuern und Antikartellgesetzen weiter abzocken dürfen. So langsam wird es selbst den konservativen Parteien in der EU zu viel. Es ist offensichtlich, dass man sich auf das Wort des US-Präsidenten niemals verlassen kann.

AUSWEG. Diese neuste Entwicklung ist auch eine Warnung für die Schweiz. Sie steht mit 39 Prozent Strafzöllen viel schlechter da als die EU. Alle Bücklinge, alles EU-Bashing, alle Neutralitätsverklärungen haben nichts genützt. Es ist deshalb Zeit, sich auch hier den Tatsachen zu stellen. Die US-Strafzölle sind absurd und belasten kleine und mittlere Exportunternehmen. Doch mit Kurzarbeit und administrativer Optimierung («Tariff Engineering») kann Zeit gewonnen werden, um neue Lieferketten aufzubauen. SGB-Chefökonom Daniel Lampart zeigt zudem auf, dass die Exportindustrie vor allem unter dem überbewerteten Franken leidet. Ein Problem, das die Schweiz im Gegensatz zu den Trump-Zöllen eigenständig lösen kann. Das ist der Weg – und nicht immer neue Zugeständnisse an Donald Nimmersatt.

Regula Rytz schreibt hier im Turnus mit Roland Erne, was die europäische Politik bewegt.



DEMO AM HAFEN VON GENUA: 50 000 sind gekommen, um die Soli-Flotte zu unterstützen.
FOTO: GEWERKSCHAFT USB

Genua: Docker unterstützen Soli-Flotte für Gaza «Wenn die Welt schweigt, setzen wir Segel»

In diesen Tagen sammelt sich die grösste humanitäre Flotte der Geschichte, um den Menschen in Gaza zu Hilfe zu eilen. Die Docker von Genua beschützen sie.

OLIVER FAHRNI

50 000 hatten sich am Hafen von Genua zu einem riesigen Demofest versammelt. Sie feierten Gewerkschafter Riccardo Rudini an, der die israelische Regierung warnte: «Verlieren wir den Kontakt mit unseren Schiffen, und sei es auch nur für 20 Minuten, legen wir ganz Europa lahm. Häfen, Strassen, Flughäfen, alles. Dann wird kein Nagel mehr an Israel geliefert.» Rudini ist der Sprecher der Hafendarbeiter. Normalerweise fertigen sie jährlich 14 000 Container nach Israel ab. Doch an jenem Abend des 30. August schickte Genua mehrere Segelschiffe, beladen mit Medikamenten und Lebensmitteln auf die Reise nach Gaza.

GOLDMEDAILLE FÜR WIDERSTAND

In nur wenigen Tagen hatte die Bevölkerung der Stadt mehr als 260 Tonnen Hilfsgüter für Palästina ins Gewerkschaftszentrum Music for Peace und zur Docker-Gewerkschaft USB getragen. Die neue, linke Bürgermeisterin Silvia Salis, eine frühere olympische Hammerwerferin und Anti-Meloni, wünschte den Schiffen guten Wind. «Genua hat die Goldmedaille des Widerstandes. Wir sind das wirkliche Italien. Mit unserer Haltung zu Gaza zeigen wir, dass wir Menschen sind.»

Jetzt versammeln sich die Genueser Schiffe südlich von Sizilien mit Seglern aus Marseille, Barcelona, Piräus, Tunis und anderswoher zur grössten humanitären Flotte der Geschichte. Es könnten über 100 Schiffe werden, die versuchen, die israelische Blockade zu durchbrechen, um den verhungerten Menschen in Gaza beizustehen. Organisiert hat die Aktion eine Koalition aus 43 Ländern, globalsumudflotilla.org. Mit dabei sind auch etliche Unia-Mitglieder.

Sie riskieren ihr Leben. Bisherige Versuche hat das israelische Militär schon in internationalen Gewässern martialisch beendet – im Seerecht nennt man das Piraterie. Jetzt droht die Regierung in Tel Aviv, die Humanitären als «Terroristen» zu behandeln. Also abzuschiessen.

DER WIND HAT GEDREHT

Die Besatzungen der Flotte wissen das. Sie haben geübt, nicht auf Provokation zu reagieren und höchstens gewaltfrei Widerstand zu leisten. Nicht sicher, dass sie dies schützt. Das Regime von Benjamin Netanjahu will bei seinem Völkermord nicht gestört werden. Zeugen sind unerwünscht. Seine Armee tötet in der «Hölle auf Erden» (Stefano Rabora von Music for peace) systematisch Humanitäre, Ärzte, Journalistinnen (bisher allein mehr als 230 Medienleute).

Dennoch könnte dieser «Aufstand des Gewissens», wie ein Marseiller Docker der Gewerkschaft CGT formuliert, Wirkung zeigen. Denn der Wind dreht. Reichlich spät erkennen die Weltöffentlichkeit und auch immer mehr Israeli, dass in Gaza kein Krieg

stattfindet, sondern ein Völkermord mit US-Geld und US-Waffen.

Der wachsende Widerstand erhöht den Druck auf Europas Regierungen, ihre finanzielle und politische Beihilfe bei diesem neokolonialen Vernichtungskrieg zu beenden. Und in den in vielen Ländern neu aufflam-

Die Schiffe wollen die israelische Blockade durchbrechen.

enden sozialen Bewegungen gegen die Austeritätspolitik, in Streiks, Demonstrationen und Wahlkämpfen ist das Thema Gaza zum Brandbeschleuniger geworden. Verschärft durch die Tatsache, dass die schärfsten Unterstützerinnen der israelischen Politik heute die neofaschistischen Parteien sind.

Wie Gaza das politische Bewusstsein der Opposition gegen den autoritären Kapitalismus nährt, lässt sich an der Gewerkschaftsbewegung lesen. Im Frühjahr weigerten sich die Docker der Gewerkschaft CGT in Marseille, französisches Kriegsgerät für Israel zu laden. Die Docker in Barcelona, Genua und Livorno solidarisierten sich mit den südfranzösischen Kollegen, der israelische Frachter musste unbeladen abdrehen. Über alle politischen und nationalen Gegensätze hinweg ist ein Netzwerk der Hafendarbeiter an Mittelmeer und Atlantik entstanden, bis hinauf nach Hamburg und Schweden. Jetzt hat die genuesische Docker-Gewerkschaft USB alle Gewerkschaften für den 26. und 27. September nach Genua geladen. Themen: Arbeitsbedingungen, Privatisierungen, Kampf gegen den Faschismus. Und Gaza.

Klimaklage gegen den Schweizer Zementkonzern Holcim «Wo sollen wir hin, wenn die Insel untergeht?»

Weltpremiere in Zug: Ein Mechaniker und eine Fischerin aus Indonesien fordern von der Schweizer CO₂-Schleuder Holcim Entschädigung, weil ihrer Insel durch den Klimawandel der Untergang droht.

IWAN SCHAUWECKER

Die kleine indonesische Insel Pari steht immer öfter unter Wasser. Der Mechaniker Arif Pujiantos (54) ist direkt betroffen von dieser Flut. Er sagt: «Wegen des Klimawandels steigt der Meeresspiegel, und aus diesem Grund wird unsere flache Insel zunehmend überschwemmt.» Zusammen mit der Fischerin Ibu Asmania ist er in die Schweiz gereist, um bei der Verhandlung ihrer Klimaklage gegen den Zementkonzern Holcim vor dem Kantonsgericht in Zug dabei zu sein.

Ibu Asmania sagte vor dem Gericht: «Ich spüre die Auswirkungen des Klimawandels jeden Tag am eigenen Leib. Wo sollen wir hin, wenn unsere Insel untergeht?»

Die Verhandlung war eine Premiere in Schweizer Gerichtssälen: Zum ersten Mal standen Menschen aus dem globalen Süden, welche die Folgen des Klimawandels unmittelbar spüren, Vertretern eines Weltkonzerns gegenüber, der für ihre Situation mitverantwortlich ist. Holcim ist weltweit für 0,42 Prozent aller industriellen CO₂-Emissionen seit dem 19. Jahrhundert verantwortlich – mehr als doppelt so viel, wie die gesamte Schweiz im selben Zeitraum ausgestossen hat.

ENTSCHEID VERTAGT. Ibu Asmania sagt: «Jede Tonne CO₂ zählt für uns. Jeder Dollar für Anpassungsmassnahmen und Schadensbehebung zählt. Es geht

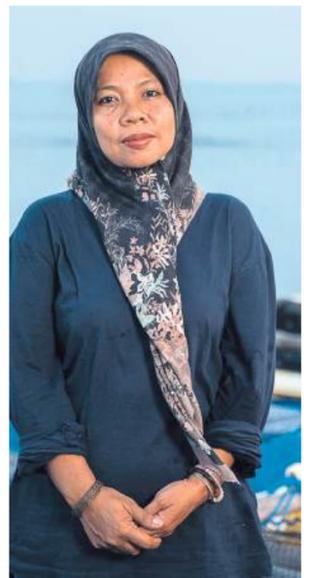
um unsere Zukunft.» Die Entwicklungsorganisation Heks unterstützt die Klagenden und schreibt: «Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und zahlreiche nationale Gerichte haben bereits rechtliche Pflichten für Staaten und Unternehmen in Bezug auf den Klima-

«Ich spüre die Auswirkungen des Klimawandels jeden Tag.»

FISCHERIN IBU ASMANIA

wandel und seine Folgen definiert. Die Entwicklung ist klar: Grosse Treibhausgas-Emittenten werden zunehmend zur Verantwortung gezogen.»

Ob das Zuger Kantonsgericht dies auch so sieht, ist weniger klar. Das Gericht hat den Entscheid, ob es auf die Forderungen der Klageparteien eintreten wird, vertagt.



TRITT GEGEN DEN WELTKONZERN AN: Die indonesische Fischerin Ibu Asmania.

FOTO: ROSA PANGGABEAN / HEKS / EPER



AUFRUF ZUM GENERALSTREIK: Weder Gewerkschaften noch Parteien hatten diese Bürgerinnenbewegung auf dem Radar. FOTO: GETTY IMAGES

Macrons Kapital-Diktatur weckt Widerstand

Weinen oder niederbrennen?

Der französische Premierminister ist gestürzt. Die Gewerkschaften rufen zum Generalstreik am 18. September auf, und eine unbekannte Massenbewegung will Frankreich lahmlegen.

OLIVER FAHRNI, MARSEILLE

An vielen Marseiller Wänden klebt ein Flugblatt, das uns an den Strand bittet, «um gemeinsam zu weinen». In meiner Strasse hat jemand das Wort «weinen» durchgestrichen und durch «abfackeln» ersetzt. Das trifft die Stimmungslage in Frankreich gut.

Noch brennen keine Barrikaden, und der Pariser Elysée-Palast liegt

«Da ist eine Kraft, die wir lange nicht mehr gespürt haben.»

MURIELLE GUILBERT,
GEWERKSCHAFTSBUND SOLIDAIRES

Mindestens. Das tun sie öfter, denn sie wissen, was Präsident Emmanuel Macrons Klassenkampf von oben anrichtet. Nur scheinen sie diesmal besonders nervös. In einer Note wies Innenminister Bruno Retailleau die Präfekten an, «Sicherheitskräfte» in Stellung zu bringen, um jede Unruhe «im Keim zu ersticken».

BÜRGER-GENERALSTREIK

Denn im Sommer hatte sich wie ein Lauffeuer der Aufruf verbreitet, das Land am 10. September zu «blockieren», Frankreich komplett lahmzulegen, Unternehmen, Verwaltung, Verkehr, Schulen, Strom, Metro, alles. Und den 10. September mit einem totalen Konsumboykott zu feiern. Eine Art Generalstreik der Bürgerinnen und Bürger. Fast

zwei Drittel (63 Prozent) der Bevölkerung gaben an, die Bewegung zu unterstützen.

So hatte sich eine Idee, die irgendwer auf Telegram lanciert hatte, durch Debatten und Quartiersversammlungen in wenigen Wochen zur Bewegung «Bloquons tout!» verdichtet. In Hunderten von Städten und Dörfern riefen Komitees zu Vorbereitungstreffen.

Aus den Tiefen der französischen Gesellschaft kommt da eine Wut, die niemand auf dem Schirm hatte, nicht einmal der Inlandsgeheimdienst. Sogar die linken «Insoumis» («Die Ungehobenen») und die Gewerkschaften, die sich rühmen, den Finger am Puls der Bevölkerung zu haben, waren erst einmal überrascht. Halb perplex, halb hoffnungsvoll konstatiert Murielle Guilbert vom Gewerkschaftsbund Solidaires: «Etwas kocht hoch. Da ist eine Kraft, die wir lange nicht mehr gespürt haben.»

Eine Umschau in den Vollversammlungen der «Blockierer» macht deutlich, dass nicht allein die Wut sie treibt. Vom verschärften Kapitalismus gebrochen, die Klimakatastrophe im Blick und die faschistische Gefahr im Genick, versucht sich hier eine Mehrheit als neues politisches Subjekt zu definieren. Jenseits von Parteistrategien, Wahlen und Apparaten loten sie die Möglichkeit einer tieferen Demokratie aus.

ÖKONOMISCHER QUATSCH

Vordergründig dreht sich der Streit um ein rabiaten Sparprogramm für 2026. Der abgewählte Premierminister François Bayrou wollte den Service public und die Sozialversicherungen nochmals um 44 Milliarden Euro kappen (Krebspatienten sollen ihre Medikamente nun weitgehend selber bezahlen). Und zwei Feiertage streichen. Für sein Austeritätsprogramm malte er in bombastischem Gedöns den Staatsbankrott an die Wand. Ökonomisch ist das Quatsch: Anleger würden gern noch sehr viel mehr französische Schuldenpapiere kaufen, und der Schuldendienst (Zinsen) liegt mit nur 2 Prozent des BIP historisch tief.

Wichtiger noch: Nicht die Ausgaben belasten das Land, sondern die fehlenden Einnahmen, also die Steuergeschenke (und Subventionen) für Konzerne und Reiche. Nach offiziellen Zahlen belaufen sie sich auf rund 200 Milliarden Euro jährlich. Ohne Gegenleistung.

WIE WEITER?

Am 8. September jagte das Parlament Bayrou aus dem Amt. In diversen Städten feierten die Insoumis einen «Abschiedsapéro». Macron muss einen neuen Regierungschef, eine neue Regierungschefin ernennen – Nummer fünf seit Sommer 2022.

Das Vorhaben des Präsidenten, in Frankreich eine Diktatur des Kapitals zu errichten (2016 in seinem Buch «Revolution» beschrieben), steht auf der Kippe. Nicht nur Insoumis und Gewerkschaften verlangen seine Absetzung. Unter Macron haben sich die Reichen extrem bereichert, die Armut aber steigt, wie die Arbeitslosigkeit. Jeder zweite Lohn ist gesunken, das Gesundheitswesen bricht weg, die einst glänzenden Schulen und Unis produzieren nun Hoffnungslosigkeit.

Nach der Niederschlagung der Gelbwesten (2019) und der massiven Proteste gegen die Erhöhung des Rentenalters (2023) hoffte der Präsident

Die Steuergeschenke für Konzerne belasten das Land.

2024, mit Neuwahlen ein Konkubinat («Cohabitation») mit den Rechtsextremen um Marine Le Pen zu bekommen – für den autoritären Umbau. Doch eine spontane Massenbewegung zwang die Linke, sich in einer «Neuen Volksfront» (NFP) zusammenzurufen. Sie gewann, Macron ignorierte das Resultat, aber das Konkubinat war erst einmal vom Tisch.

Nur einen Tag nach dem Sturz hat Macron seinen Verteidigungsminister Sébastien Lecornu zum Premierminister ernannt. Er gilt als Vertrauter Macrons. Die politische Krise wird dies nicht entschärfen.

Proteste in Serbien

Regierung reagiert mit rigoroser Gewalt

Studierende Serbiens protestieren seit über neun Monaten gegen die korrupte Regierung. Diese reagiert mit massiver Polizeigewalt. Jetzt schaut Europa endlich hin.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Seit im November letzten Jahres ein Bahnhofsdach in der serbischen Stadt Novi Sad einstürzte und 16 Menschen in den Tod riss, protestiert die Bevölkerung gegen die Regierung. Die Protestbewegung wird seit Monaten von Studierenden angeführt, immer grössere Teile der Bevölkerung schliessen sich ihnen an. Unter der Regierung von Aleksandar Vučić leidet das Land nämlich unter massiver Korruption. Das eingestürzte Dach war der berühmte letzte Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte.

Die Protestbewegung ist breit aufgestellt und wird von keiner Partei, sondern basisdemokratisch durch die Studierenden geführt. Dies ist ein wichtiges Element der Bewegung, denn so schliessen sich Menschen mit den verschiedensten



STUDENTEN GEGEN DEN PRÄSIDENTEN: Proteste in Serbien, aufgenommen am 5. September in Novi Sad. FOTO: KEYSTONE

politischen Gesinnungen an. Ihr gemeinsames Ziel: demokratische Neuwahlen. Doch da spielt der autokratische Regierungschef Serbiens nicht mit. Im Gegenteil: Er hetzt die Menschen gegeneinander auf, manipuliert die Medien. Und lässt die Proteste, die fast täglich im ganzen Land stattfinden, von der Polizei mit Gewalt unterbinden.

GEWALTAUSBRUCH

Nachdem die Protestierenden seit Monaten friedlich ihre Anliegen auf die Strasse brachten, eskalierte es Mitte August. Eine Gruppe verummter und gut ausgebildeter Männer – vermutlich Anhänger des Präsidenten Vučić – griff die Demonstrierenden mit einem Feuerwerkskörper an. Seither ist die Situation angespannt. Auch

Die Bewegung wird von keiner Partei, sondern durch die Studierenden geführt.

die Studierenden greifen zu neuen Mitteln: Sie gehen mit Gewalt gegen das Gebäude der Regierungspartei SNS sowie das Gebäude der staatlichen Medien vor. Ein Student äussert sich dazu: «Wir beschädigen Gebäude, aber sie gehen mit Gewalt gegen Menschen vor.»

Und Vučić? Statt deeskalierend zu reagieren und die Protestbewegung anzuerkennen, schüttet er weiter Öl ins Feuer. Erst verleugnete er die Proteste, redete sie in öffentlichen Reden klein und behauptete, die Bewegung sei vom Westen finanziert und angetrieben. Und jetzt geht er mit Gewalt vor. Eine angespannte Situation, bei der auch Europa nicht mehr wegschauen kann. Das Europäische Parlament in Brüssel diskutierte die Gewalteskalation in Serbien am 9. September. Das Ergebnis: Diverse Abgeordnete hielten Reden zum Thema, das weitere Vorgehen bleibt nach der ersten Sitzung offen.

Rassismus-Skandal bei der Lausanner Polizei: Expertin ordnet ein «Es muss ein radikaler Kulturwandel innerhalb der Polizei stattfinden»

POLIZEI-RASSISMUS

ALLES LAUTER EINZELFÄLLE

Im vergangenen Jahr wurden offiziell 116 rassistische Diskriminierungen durch «Ordnungskräfte» gemeldet, 76 davon durch Polizeibeamtinnen und -beamte. Rund 60 Fälle betrafen Racial Profiling. Also die schikanisierende Kontrolle nichtweisser Menschen durch Polizeikräfte einzig aufgrund der Hautfarbe. Das steht im Bericht (rebrand.ly/ekr-bericht) der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus. Erfasst sind hier nur Fälle, deren Opfer sich auf einer von 20 Beratungsstellen meldeten. Weil dies bereits ein grosser Schritt ist, liegt die tatsächliche Zahl wesentlich höher. Gerade gegen rassistische und übergriffige Polizisten trauen sich Opfer kaum vorzugehen. Denn der Korpsgeist sucht verlässlich und regelmässig für Freisprüche, wenn es denn überhaupt zu Ermittlungen und Verhandlungen kommt.

ANZEIGE. Und wenn es dann gar nicht mehr anders geht, sind die politischen Verantwortlichen gerne mit Ausreden «Einzelfall» und «Ausrutscher» zur Hand. Aktuell im Kanton Aargau: Hier schrieb der Chef einer Regionalpolizei an seine Untergebenen: «Het de Burscht en Schade!! Aber überrascht mech ned, esch en N****!!» Dessen «Vergehen»: Der Mann hatte seine Verfahrensrechte wahrgenommen. Dieser Einblick in die Kommunikation geriet an die Öffentlichkeit, weil der Chefpolizist sein Mail auch gleich an den Beschimpften schickte. Der liess sich in der Folge nicht einschüchtern und erstattete Anzeige. Unterdessen wurde der Polizist zu einer bedingten Geldbusse von 10 Tagessätzen verurteilt. (cs)

In Chat-Gruppen tauschten Lausanner Polizisten rassistische Inhalte aus. Nora Riss ist Leiterin Beratungsnetz für Rassismuspfer bei humanrights.ch. Die Vorfälle haben sie nicht überrascht, leider.

SONYA MERMOUD*, LAUSANNE

Ende August gab die Stadt Lausanne bekannt: Rund 50 Mitglieder der Lausanner Polizei waren in Whatsapp-Gruppen mit rassistischen, antisemitischen, sexistischen und diskriminierenden Inhalten. Acht Beamte wurden suspendiert. Diese Whatsapp-Gruppen wurden entdeckt, weil es Ermittlungen im Fall eines ehemaligen Stadtpolizisten gab, der mit erhobenem Daumen neben einem Graffito posierte, das Mike Ben Peter gewidmet war, einem Nigerianer, der bei einer Festnahme wegen Drogenhandels ums Leben gekommen war. Nora Riss ist Leiterin Beratungsnetz für Rassismuspfer von humanrights.ch. Im Interview ordnet sie die schockierenden Whatsapp-Gruppen als strukturellen Rassismus ein.



RASSISMEEXPERTIN: Nora Riss. FOTO: PD

work: Was halten Sie von den Enthüllungen über rassistische und diskriminierende Äusserungen bei der Lausanner Polizei?

Nora Riss: Es ist schockierend und völlig inakzeptabel. Aber wir wussten seit mehreren Jahren von Problemen innerhalb der Ordnungskräfte des Kantons. Die Waadtländer Polizei verzeichnet die höchste Zahl an Todesfällen nach Festnahmen in der Schweiz. Auch wenn wir keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen diesen Todesfällen und rassistischen Einstellungen herstellen können, haben wir das Recht, Fragen zu stellen. Und wir fordern unabhängige Untersuchungen. Bei polizeilicher Gewalt ist eine unparteiische Untersuchung erforderlich, beispielsweise durch einen Staatsanwalt aus einem anderen Kanton. Man kann sich nämlich fragen, ob die Staatsanwaltschaft befugt ist, unabhängig gegen Polizisten ihres eigenen Kantons zu ermitteln – wie es in diesem Fall geschehen ist – und dann Anklage zu erheben. Tatsächlich arbeiten diese beiden Institutionen eng zusammen und sind vonein-



GEGEN POLIZEIGEWALT: Menschen gehen in Lausanne auf die Strasse, nachdem Michael Kenechukwu Ekemezie im Mai dieses Jahres zuerst brutal verhaftet worden und anschliessend auf dem Posten der Stadtpolizei verstorben war. FOTO: KEYSTONE

ander abhängig. Eines ist sicher: Es muss ein radikaler Kulturwandel innerhalb der Lausanner Polizei stattfinden.

Wie lassen sich diese Auswüchse erklären?

Wir verfügen über keine Daten zu Racial Profiling und Polizeigewalt. Es ist schwierig, ihr Ausmass zu ermitteln. Aber jeden Tag werden Menschen mit dunkler Hautfarbe im Zug, auf der Strasse angehalten und kontrolliert...

Aus Korpsgeist will oder wagt es niemand, diese Auswüchse anzuprangern. Wir sind mit einem strukturellen Rassismus konfrontiert, bei dem die Verbindung zwischen Kriminalität, Gefährlichkeit und schwarzen Menschen ganz selbstverständlich hergestellt wird. Aus diesem Schema müssen wir unbedingt ausbrechen.

Welche Massnahmen sollten ergriffen werden?

Es ist unerlässlich, unabhängige und gründliche Untersuchungen durchzuführen und Polizisten mit problematischem Verhalten vom Dienst zu suspendieren. Das Tragen von Bodycams (Minikameras) gehört ebenfalls zu den guten Ideen. Sie wurden bereits getestet und tragen zu einer Verringerung der Spannungen bei. Es braucht auch unabhängige Stellen, denen diskriminierende Fälle gemeldet werden können, und die Opfer müssen von Anwälten unterstützt werden. Eine weitere Möglichkeit wäre, wie vom Waadtländer Parla-

ment vorgeschlagen, den kontrollierten Personen eine Quittung mit Angabe des Grundes für die Kontrolle auszustellen.

Sind die Massnahmen gegen Diskriminierung und die Prävention in der Schweiz ausreichend?

Eindeutig nein. Es fehlen die Mittel. Und es bräuchte ein allgemeines Gesetz, das vor allen Formen der Diskriminierung schützt und alle Bereiche abdeckt. Am Arbeitsplatz, bei der Wohnungsvergabe usw. Auch die Medien und die Politik spielen eine wichtige Rolle bei der Banalisierung des Rassismus, insbesondere mit übermässig vielen Artikeln über ausländische Kriminelle und einer SVP, die ständig Ausländer und Kriminalität in einen Topf wirft. Eine vereinfachende Methode, um Stimmen zu gewinnen, die leider immer noch funktioniert.

«Aus Korpsgeist wagt es niemand, diese Auswüchse anzuprangern.»

Was die Prävention angeht, müsste man bereits in der Schule mit der Einführung von Pflichtunterricht zum Thema Rassismus ansetzen. Bildung kann als Motor für sozialen Wandel wirken. Umso mehr, als man gerne über den Rassismus anderer spricht, über Nazis, über die extreme Rechte... obwohl wir alle in einer rassistischen Struktur sozialisiert sind.

Jede sechste Person: Rassismus in Zahlen

Im vergangenen Jahr gaben 17 Prozent der Wohnbevölkerung der Schweiz an, in den letzten fünf Jahren Opfer rassistischer Diskriminierung geworden zu sein. Das sind 1,2 Millionen Menschen zwischen 15 und 88 Jahren, also jede sechste Person.

Im Jahr 2024 haben die Beratungsstellen für Opfer von Rassismus 1211 Fälle erfasst und analysiert, das sind 335 mehr als im Vorjahr. Diese Zahl entspricht einem Anstieg von fast 40 Prozent. Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Bildungsbereich, am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum. (asz)

Sind wir also alle in einem gewissen Mass rassistisch?

Ja. Selbst Menschen, die sich selbst als nicht rassistisch bezeichnen. Eine Reaktion, die meist mit Angst zusammenhängt. Das passiert mir auch manchmal. Wir müssen bestimmte Verhaltensweisen ablegen. Das ist eine tägliche Aufgabe, die alle leisten müssen, um Vorurteile abzubauen und aus Denkmustern auszubrechen.

*Dieser Text ist zuerst in der französischsprachigen Unia-Zeitung «L'Événement syndical» erschienen. work bringt ihn in verkürzter Form.

Waadtländer Polizei: Todesfälle bei Festnahmen

Seit 2016 sind fünf Menschen afrikanischer Herkunft bei Polizeieinsätzen gestorben:

Hervé Bondembe Mandundu (27), kongolesischer Herkunft: Die Polizei hat ihn am 11. November 2016 in Bex bei einem Polizeieinsatz in seiner Wohnung erschossen.

Lamin Fatty (23) aus Gambia: Er starb am 24. Oktober 2017 in einer Zelle der Kantonspolizei Waadt an den Folgen eines epileptischen Anfalls. Die Polizei hatte den Asylbewerber aufgrund einer Verwechslung seiner Identität zu Unrecht festgenommen.

Mike Ben Peter (37) aus Nigeria: Bei einer Drogenrazzia am



GROSSE ANTEILNAHME: Menschen versammeln sich am 30. August in Lausanne, um des verstorbenen Marvin zu gedenken. FOTO: KEYSTONE

28. Februar 2018 starb er durch eine gewaltsame Festnahme in Lausanne. Polizisten knieten minutenlang auf ihm in Bauchlage.

Roger Nzoy Wilhelm (37), Zürcher südafrikanischer Herkunft: Die Polizei hat ihn am 30. August 2021 am Bahnhof von Morges erschossen. Laut der

Forschungs- und Ermittlungsagentur «Border Forensics» ist es «höchst unwahrscheinlich», dass der Verdächtige zum Zeitpunkt seines Todes ein Messer in der Hand hielt. Der Fall wurde wiederaufgenommen, da der Bericht die Notwehrbehauptung des Polizisten, der die Schüsse abgegeben hatte, in Frage stellt.

Michael Kenechukwu Ekemezie (39) aus Nigeria: Er starb am 25. Mai 2025 in den Räumlichkeiten der Stadtpolizei von Lausanne, nachdem die Polizei ihn wegen des Verdachts auf Drogenhandel festgenommen hatte.

Zu dieser traurigen Liste kommt noch der Tod zweier Minderjähriger hinzu: Es han-

delt sich um den **17jährigen Marvin**, der beim Versuch, mit einem Motorroller vor der Polizei zu fliehen, tödlich gegen eine Mauer prallte. Dieses Drama ereignete sich am 23. August und führte zu zwei Nächten voller Ausschreitungen und Zusammenstösse mit der Polizei. Am 30. Juni kam auch die **14jährige Camila** in Lausanne ums Leben, als sie

Der Verstorbene wurde verwechselt und zu Unrecht festgenommen.

von ihrem Motorroller stürzte. Auch sie versuchte, sich einer Kontrolle der Stadtpolizei zu entziehen.



AUFTANKEN: Eine Gruppe der Schweizer Naturfreunde macht Rast auf einer Wiese, aufgenommen 1926.

FOTO: SCHWEIZERISCHES SOZIALARCHIV

Berg frei! Naturfreunde Schweiz feiern ihr 100-Jahr-Jubiläum

«Nicht nur wandern soll der Arbeiter!»

Wandernd zum befreiten Menschen und zum Sozialismus – das war die Gründungs-idee der Schweizer Naturfreunde. Revolutionär ist die Bewegung nicht mehr, aber noch immer engagiert.

JONAS KOMPOSCH

An Pfingsten 1945, kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs, pilgerten Hunderte Frauen und Männer aufs Rütli. Dort stimmten sie andächtig ein Lied an. Doch für einmal war es nicht der Schweizerpsalm, der über den Urnersee hallte. Sondern die Internationale, die Hymne der globalen Arbeiterbewegung. Auf der «heiligen Wiese» war das linke Lied wohl eine Premiere. Ganz und gar nicht hingegen für die singenden Schweizer Naturfreunde, die damals auf dem Rütli ein Jubiläum feierten. Naturwer?

Allein der Gang in die Natur weist den wahren Weg.

Tatsächlich ist die Bewegung der Naturfreunde weitgehend in Vergessenheit geraten. Auch und gerade bei Medienschaffenden. So berichtete keine grosse Zeitung über das 100-Jahr-Jubiläum oder die prominent besuchte Zentnarfeier, die vor kur-

zem im Zürcher Volkshaus über die Bühne ging. Dabei gäbe es einiges zu erzählen.

ALS BERGE PRIVATBESITZ WAREN

Zumal die Schweiz zu den Pionierländern der internationalen Bewegung gehört. Noch früher dran war bloss das damalige Österreich-Ungarn mit seiner Hauptstadt Wien, wo die Naturfreunde ihren Ursprung haben. 1895 taten sich dort ein Metallarbeiter, ein Lehrer, ein Schriftsetzer und ein Jusstudent zusammen. Die vier waren nicht nur Sozialisten, sondern teilten noch eine Überzeugung: Die Befreiung des Proletariats gelinge nur, wenn die Arbeiterschaft aufgeklärt, gebildet und auch physisch stark sei. Doch die Schufterei in den Fabriken sei dem nicht zuträglich, ebenso wenig die prekären Wohnverhältnisse in den urbanen Mietskasernen. Und erst recht nicht der Freizeitvertrieb in verrauchten Spelunken. Allein der Gang in die Natur weise den wahren Weg, so ihr Glaube.

In der «Arbeiter-Zeitung» gaben sie ein Inserat auf: «Naturfreunde werden zur Gründung einer touristischen Gruppe eingeladen», hiess es da bescheiden. Doch schon am ersten Ausflug nahmen 85 Frauen und Männer teil. Der «Touristenverein» war gegründet. Auch eine Vereinsparole bestimmten sie: «Berg frei!» lautet sie noch heute. Im Habsburgerreich war sie durchaus wörtlich gemeint. Denn viele Wälder und Bergtäler waren im Privatbesitz einiger Adliger, die dort ihrem Jagdhobby frönten, und dem gemeinen Volk versperrt. In der demokratischen Schweiz stellte sich dieses Problem weniger. Doch auch hier gab

es Hürden: Zugreisen, Hotelübernachtungen oder Bergausrüstungen waren für die breite Masse unerschwinglich. Hier setzten die Naturfreunde an.

VON DEN NAZIS VERFOLGT

1905 entstand in Zürich die erste Schweizer Sektion. Angestossen hatte sie der ungarische Wandergeselle Ferdinand Bednarz. Ein umtriebiger Typ! Die Historikerin Beatrice Schumacher fand heraus, dass Bednarz innert 10 Jahren noch 12 weitere Schweizer Ortsgruppen initiierte. 1925 entstand der Landesverband. Ein zentrales Ziel jeder Sektion war der Bau eines eigenen Hauses mit Massenschlag und Gemeinschaftsküche (siehe Box). In den geselligen Runden ums Hüttenfeuer debattierten die Naturfreundinnen und -freunde rege. Was mitunter in feurigen Appellen endete: «Nicht nur wandern soll der Arbeiter, er soll auch sehen lernen, was die Natur in so reichem Masse um ihn ausbreitet!» hiess es 1921. Aber auch Probleme des Bergsports waren Gesprächsthema, etwa bezüglich des Skifahrens. Schliesslich trugen die Naturfreunde viel zur Popularisierung dieses Elitensports bei – mit Gruppenausflügen, Lagern oder Skiverleih. Doch schon 1925 warnte das Mitgliederblatt vor der «kapitalistisch» anmutenden Rennkonkurrenz: Statt der kürzesten Laufzeit solle doch künftig die «stilvolle Anwendung» bewertet werden.



ENGAGIERT: Christine Schnapp.

FOTO: NATURFREUNDE SCHWEIZ

Auch Weltpolitik begleitete die Naturfreunde stets. Schliesslich verstand man sich als proletarische Kulturorganisation, konkret als dritte Säule neben Gewerkschaft und SP. Wobei die Mitgliedschaft allen offenstand, ausser den ganz Rechten. Kein Wunder: Nationalsozialisten und Austrofaschisten verfolgten die Naturfreunde bis aufs Blut. 1934 gelang es gerade noch, das internationale Büro von Wien nach Zürich zu schmuggeln. Ausgeschlossen, zumindest von Ämtern, wurden im Kalten Krieg auch Anhänger der Partei der Arbeit. Dies aus antikommunistischem Ressentiment, aber auch, weil in Stalins Sowjetunion Naturfreunde in Kerkern schmorten. Und heute?

BEDEUTUNG NIMMT WIEDER ZU «Sozialismus ist bei uns schon lange kein Thema mehr», sagt Co-Geschäftsleiterin Christine Schnapp. Doch noch immer förderten die rund 12 500 Schweizer Naturfreunde Solidarität, Toleranz und demokratische Werte, was klar auf das Erbe der Arbeiterbewegung zurückgehe. Die Bedeutung der Naturfreunde nehme dabei noch zu, ist Schnapp überzeugt. Dies etwa, weil Outdoor-Aktivitäten und Tourismus generell immer öfter Kontroversen auslösten. Da komme den Naturfreunden ihr Alleinstellungsmerkmal zugute: «Wir organisieren Freizeitaktivitäten in den Bergen, im Schnee oder auf dem Wasser, aber setzen uns gleichzeitig für eine intakte Umwelt ein.» Zudem sei das Mitmachen in einer Sektion gerade bei frisch Pensionierten eine begehrte Möglichkeit, sich sinnvoll einzubringen. Aber auch bei jungen Erwachsenen und Fami-

Die Herzstücke der Sektionen: Über 70 Naturfreunde-Häuser



Die über 100 Naturfreunde-Sektionen der Schweiz veranstalten jährlich rund 5000 Kurse, Feste oder Natur-sport-Aktivitäten. Ausgangspunkt ist oft eines der 73 Naturfreunde-Häuser, die auch für Externe günstig zu mieten sind. Das älteste Haus baute die Sektion Bern 1913 im Kiental. Das «Gornölen» (im Bild) steht noch heute im originalen Zustand und wird von Mai bis Oktober sogar bewirtet. Andere Sektionen betreiben nur an Wochenenden ein kleines Beizli – jede Sektion, wie sie will. Denn Autonomie wird bei den Naturfreunden bis heute grossgeschrieben.

lien seien die Naturfreunde beliebt – als Orte des Engagements, der Vernetzung und natürlich wegen der unschlagbar günstigen Übernachtungs- und Freizeitangebote. Die klassische Vereinskarriere mit jahrelanger Tätigkeit habe hingegen eher ausgedient. Heute brächten sich viele lieber punktuell ein. Viele Sektionen hätten sich gut daran angepasst, meint Schnapp. Und eines weiss sie genau: «Engagieren wollen sich die Leute nach wie vor!»

Bevor Arbeitsunfälle die Freizeit vermiesen: Sag STOPP bei Gefahr.

STOPP
sagen



Das Leben ist schön, solange nichts passiert.



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Finanziert durch die EKAS
www.ekas.ch

suva

Dokfilm «Nathalie»: Einblick in die verborgene Welt der Armut Trotz Schicksalsschlägen geht sie mit erhobenem Haupt durchs Leben

Nathalie zeigt im gleichnamigen Film als armutsbetroffene Bielerin schonungslos ihr Leben, ihre Probleme, ihre Kämpfe. Nathalies Strategie: mutig und humorvoll bleiben.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Die ungeöffneten Couverts stapeln sich auf Nathalies Wohnzimmer-tisch. Schon wieder eine Mahnung. Schon wieder eine Rechnung, die sie nicht bezahlen kann. «Du arbeitest und arbeitest, aber bezahlen kannst du trotzdem nichts», sagt die Bielerin vor der Kamera. Im neuen, nach ihr benannten Dokumentarfilm zeigt sie das ungeschminkte Leben einer armutsbetroffenen und alleinerziehenden Mutter. Der Regisseurin und Produzentin Tamara Milosević ist es gelungen, Nathalie in ihrer Echtheit auf die Kinoleinwand zu bringen. Denn Nathalie ist trotz ihrer harten Lebensumstände eine witzige, schlagfertige und kluge Frau.

Die Probleme, denen Nathalie ausgesetzt ist, sind in der Schweiz allgegenwärtig – bleiben aber meist im Verborgenen. Nathalie ist verschuldet, über 200 000 Franken haben sich angehäuft. In die Schulden getrieben haben sie unbezahlte Steuerrechnungen. Damit ist sie nicht allein. In der Schweiz haben rund zehn Prozent der Bevölkerung Steuerschulden. Ihre Perspektive, aus der Schuldenfalle rauszukommen, ist fast aussichtslos.

MAMABÄR

In der 78minütigen Spielfilmdauer zeigt sich Nathalie in etlichen Jobs: Sie putzt verwahrloste Wohnungen blitzblank, schneidet Hecken zurecht und gibt einem pflegebedürftigen Patienten eine Pédicure. Fast jeden Job, der ihr in die Finger kommt, macht sie. Ausser im Verkauf, da will sie niemals arbeiten! Das sei ihr zu langweilig. Sie will mit Menschen im Kontakt



SCHONUNGSLOS EHRlich: Nathalie gibt Einblick in ihre Welt, in der das Geld an allen Ecken und Enden fehlt. FOTO: PD

sein, einen Schwatz führen und dabei etwas lernen. Mit Biegen und Brechen kommt Nathalie monatlich auf ein Einkommen zwischen 2500 und 3000 Franken. Das reicht vorne und hinten nicht aus.

Denn sie lebt nicht allein. Ihre Kinder, beide 20 Jahre alt, sind weiterhin von der Mutter finanziell abhängig. Gerade ihr Sohn bereitet Nathalie grosser Sorgen: Mit 14 Jahren wurde er von der Schule geschmissen und sitzt seither zu Hause rum. Das Ziel der Mutter: Der Sohn soll endlich eine Lehrstelle finden. Als ein Sozialarbeiter die finanzielle Situation von Nathalie studiert, rät er ihr, dass die Kinder jetzt selbst Verantwortung übernehmen müssten. Dazu sagt sie: «Meinen Sohn auf die Strasse stellen? Niemals!»

ZWISCHEN WITZ UND REALITÄT

Das Aussergewöhnliche am Film: Das Kamerateam filmt Nathalie in sehr persönlichen Momenten, sie lässt viel Nähe zu, und dem Zuschauer scheint es fast so, als würde er Nathalie kennen. Sie spricht nicht gerne über ihre

Vergangenheit. Doch bei Kindheits-erzählungen oder der Trennung von ihrem Ex-Mann, bei der sie ins Frauenhaus flüchten musste, kullern die Tränen.

Eine weinende Nathalie ist trotz der harten Vergangenheit sowie Gegenwart eine Seltenheit. Sie bestrei-

Nathalie ist trotz ihren harten Lebensumständen eine witzige, schlagfertige und kluge Frau.

tet das Leben kämpferisch, mutig und mit erhobenem Haupt. Doch die Schicksalsschläge häufen sich. Sie bricht sich einen Finger, und eine Operation wäre notwendig, aber diese kann sie nicht bezahlen. Denn seit Jahren bezahlt sie weder für sich noch für ihre Kinder Prämien. Zu hoch sind die Kosten.

Auch bei der Miete verzögern sich die Zahlungen von Nathalie, sie verschuldet sich auch bei ihrem Vermieter. Irgendwann stellt er die Fami-

lie auf die Strasse. Nathalie: «Ich verstehe das. Wer will schon eine Mieterin, die nicht rechtzeitig bezahlt.» Am Ende des Filmes kommt noch eine Krankheitsdiagnose von ihrem Sohn ans Tageslicht. Tapfer spricht sie in die Kamera: «Ich kämpfe mich durch – bis zum Schluss!»

Die neue Doku von Filmemacherin Milosević schenkt dem ganzen Kinosaal Mut. Denn Nathalie stellt sich den Schulden und dem herausfordernden Leben auf ihre ganze eigene Art und Weise: Sie blickt nicht zurück, nur nach vorne. Ein gelungener Film, der Einblick gewährt in eine verborgene Welt: die Welt der Armen in der reichen Schweiz.



Am 4. September ist der Film «Nathalie» in den Deutschschweizer Kinos gestartet. Alle Spielzeiten sind unter folgendem Link zu finden: rebrand.ly/film-nathalie.

Lithium-Tagung in Basel Kolonialismus in Grün

Ob in E-Autos, Handys oder Akkus: Lithium ist heute omnipräsent – und wird mit dem Ausbau erneuerbarer Energien noch wichtiger. Nach Südamerika schielen Lithium-Händler nun auf Afrika. Simbabwe soll das fünftgrösste Lithiumvorkommen der Welt haben. Die dortigen Minenprojekte haben massiv zugenommen. Dabei werden koloniale Beziehungen zwischen globalem Norden und Süden weitergeführt, in anderer Form – ein grüner Kolonialismus. Welche Folgen das hat, zeigt nun eine Studie im Auftrag der Schweizerischen Kampagne zur Entschuldung und Entschädigung im südlichen Afrika (KEESA). An einer internationalen Tagung werden die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert.

Tagung **Green Colonialism – Lithium Mining in Zimbabwe** (in Englisch), 20. September, 9 bis 16 Uhr, Alte Universität, Rheinsprung 9, Basel, freier Eintritt, anmelden unter keesa.ch.

«Majke mi» Frauen-Club mit Festival

«Majke mi» bedeutet auf serbisch, kroatisch und bosnisch «ich schwöre» (auf meine Mutter). Und «Majke mi» heisst auch ein neues Projekt von vier Zürcherinnen. Sie



FOTO: PD

wollen eine Plattform schaffen für Kunst, Kultur und Dialog – und zwar zwischen Bern und Banja Luka, Zadar und Zürich, Jadran und Jura – also zwischen der Schweiz und der Region des ehemaligen Jugoslawien. Ihre erste Veranstaltung heisst «Mutterland» und ist ein Kunst- und Kulturfestival. Das Programm: Gruppenausstellungen, Lesungen, Konzerte, Workshops und ein Treffpunkt mit Balkantouch.

Kunsthochschule Mutterland, 25. September bis 7. Oktober, Photobastei, Sihlquai 125, Zürich. Spenden und Infos unter majkemi.ch.

worklxl der wirtschaft

Noémie Zurlinden



TIEFE LÖHNE SIND WEIT VERBREITET – VOR ALLEM BEI FRAUEN

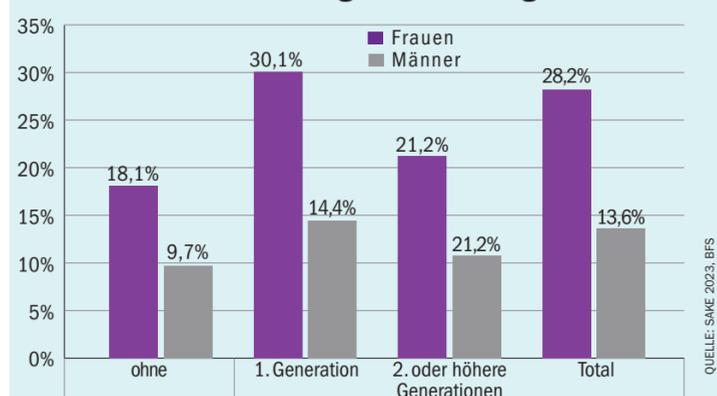
Das Parlament beschäftigt sich seit einer Weile mit der Umsetzung der Motion Ettlín. Die Vorlage hat das Ziel, die kantonalen Mindestlöhne zu schwächen: Mindestlöhne in all-gemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträgen sollen Vorrang haben, auch wenn sie tiefer sind. Käme die Motion durch, wären Tausende Arbeitnehmende in Tieflohnbranchen davon betroffen.

DIE FAKTEN. Ein Blick auf die Zahlen zeigt, wie problematisch die Vorlage ist. Viele Arbeitnehmende verdienen Tiefelöhne – das sind Löhne, die tiefer sind als zwei Drittel des schweizerischen Bruttomedianlohns, d. h. tiefer als 4525 Franken pro Monat (mal 12) bei einer Vollzeitstelle. Besonders betroffen sind Menschen mit Migrationshintergrund. Knapp 10 Prozent der Männer ohne Migrationshintergrund verdienen einen Tieflohn. Bei den Männern mit Migrationshintergrund sind es fast 14 Prozent. Überproportional betroffen sind Frauen: 18,1 Pro-

zent der Arbeiterinnen ohne Migrationshintergrund verdienen einen Tieflohn; also fast jede fünfte. Migrantische Frauen sind doppelt gefährdet, tiefe Löhne zu verdienen: einerseits als Frauen, andererseits als Migrantinnen. 28,2 Prozent der Frauen mit Migrationshintergrund verdienen einen Tieflohn. Bei migrantischen Frauen der ersten Generation ist fast jede Dritte betroffen, konkret sind es 30,1 Prozent.

DIE RÄTE. Löhne sollten zum Leben reichen. Sie sollten mindestens das Existenzminimum sichern und vor Armut schützen. Die Zahlen zeigen deutlich, dass dies für viele Arbeitnehmende nicht der Fall ist. Um das Existenzminimum zu sichern, braucht es Mindestlöhne – sowohl Mindestlöhne in Gesamtarbeitsverträgen als auch gesetzliche Mindestlöhne. Es ist völlig unverständlich, dass das Parlament die gesetzlichen Mindestlöhne, deren erklärtes Ziel die Existenzsicherung und die Verhinderung von Working

Anteil Arbeitnehmende mit Tiefelöhnen, nach Geschlecht und Migrationshintergrund



Poor ist, schwächen will. Der Nationalrat hat die Vorlage im Juni bereits durchgewinkt. Die Kommission des Ständerates hat Ende August weitere Abklärungen bei der Bundesverwaltung in Auftrag gegeben. Die Debatte

im Ständerat ist somit vertagt. Es bleibt zu hoffen, dass das Parlament noch zu Sinnen kommt und von einer Senkung der tiefsten Löhne absieht.

Noémie Zurlinden ist Ökonomin bei der Unia.

Referenzzins gesunken Runter mit der Miete

Das Bundesamt für Wohnungswesen hat den hypothekarischen Referenzzinssatz am 1. September erneut gesenkt. Neu liegt er auf 1,25 Prozent – und damit wieder auf dem tiefsten Niveau seit der Einführung 2008. Sehr viele Mieterinnen haben jetzt Anspruch auf eine Mietzinsreduktion. Faire Vermieter gewähren diese von sich aus. Doch im Normalfall müssen Mieter ihr Recht aktiv einfordern. Mit dem Senkungsanspruch können Vermieter auch ihre Kostensteigerungen (z. B. für Verwaltung) gegenverrechnen. Da die Teuerung aber zuletzt tief war, haben Mieterinnen derzeit wenig zu befürchten. Ob und um wie viel Franken auch Ihre Miete sinken sollte, erfahren Sie mit dem Mietzinsrechner des Mieterinnen- und Mieterverbands. Das Tool liefert auch ein personalisiertes Schreiben, um bei der Vermieterin ihren Antrag auf Reduktion zu stellen.

Den Mietzinsrechner und mehr Infos gibt es auf mieterverband.ch.



Das offene Ohr
Rahel Beyeler
von der Unia-Rechtsabteilung
beantwortet Fragen
aus der Arbeitswelt.

Wer zahlt? Wegen gestrichenen Fluges zu spät zur Arbeit

Ich bin in die Ferien gereist, und mein Rückflug wurde wegen eines tropischen Zyklons abgesagt. Alle meine Versuche, einen schnellen Ersatzflug zu bekommen, schlugen fehl. So kam es, dass ich erst zwei Tage später als geplant heimfliegen konnte. Ich habe meine Chefin sofort informiert, kam aber dennoch einen ganzen Tag zu spät zur Arbeit. Meine Chefin war verärgert, und ich befürchtete, dass sie mir auf der Stelle kündigen würde. Zum Glück besann sie sich anders und teilte mir mit, dass ich für diesen Tag sicher keinen Lohn erhalten werde. Darf sie das?

RAHEL BEYELER: Ja, Ihre Arbeitgeberin liegt in einem solchen Fall im Recht. Ihre Verspätung erfolgte zwar wegen eines Naturereignisses und damit aus einem von Ihnen nicht verschuldeten Grund. Dennoch fällt das Ereignis in Ihre persön-



GESTRANDET: Auch wenn Sie nichts dafür können, die Zeit am Flughafen geht auf Ihre Ferien. FOTO: ADOBE STOCK

liche Risikosphäre. Sie müssen daher die Folgen tragen, wenn Sie wegen einer ausfallenden Flugverbindung nicht rechtzeitig aus den Ferien zurückkehren und die Arbeit verspätet aufnehmen. Zwar liegt ein objektiver Grund für Ihre Verhinderung vor – eine Kündigung wegen der Verspätung wäre damit nicht rechtens. Für den ausgefallenen Arbeitstag haben Sie jedoch keinen Lohn zugute beziehungsweise müssen Sie sich dafür einen Ferientag anrechnen lassen. Anders wäre die Situation, wenn der zusammengebrochene Flugverkehr einen Rohstoff- oder Ersatzteilmangel auslöst und die Arbeitgeberin deshalb die Produktion drosseln oder stilllegen muss. Wenn in so einem Fall die Arbeit ausgeht, fällt das Naturereignis in die Risikosphäre der Arbeitgeberin. Sie darf Ihnen keinen Lohnabzug machen, wenn Sie nicht wie geplant arbeiten können. Allenfalls können Sie aufgrund der Treuepflicht angehalten werden, die Stunden nachzuarbeiten oder Überstunden zu leisten, sobald die Produktion wieder auf Hochtouren läuft. Wir müssen also genau hinsehen: Je nach den Umständen kann ein und dasselbe Ereignis entweder Annahmeverzug bei der Arbeitgeberin auslösen, wobei Lohn ohne Arbeit geschuldet bleibt, oder aber nach dem Prinzip «ohne Arbeit keinen Lohn» zum Erlöschen des Lohnanspruchs der Arbeitnehmerin führen.

EU-Bürger: Können meine Eltern zu mir in die Schweiz ziehen?

Vor vier Jahren bin ich aus Polen in die Schweiz gezogen, weil ich hier Arbeit gefunden habe. Seither verfüge ich über eine EU/Efta-Aufenthaltsbewilligung. Meine Eltern möchten gerne für immer zu mir in die Schweiz ziehen. Lässt sich dies einrichten?

RAHEL BEYELER: Ja, das ist grundsätzlich möglich. Das Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU sieht vor, dass EU/Efta-Staatsangehörige, die – wie Sie – in der Schweiz ein Aufenthaltsrecht erworben haben, ihre Familienmitglieder nachziehen können. Darunter fallen auch die eigenen Eltern, Grosseltern und Schwiegereltern, unabhängig von ihrer Nationalität. Vorausgesetzt wird, dass Sie Ihren Verwandten Unterhalt gewähren und über eine angemessen grosse Wohnung verfügen.

Wenn das Geld trotz Arbeit oder Rente nicht reicht

So können Sie Ihre Kosten senken!

Wenn der Lohn gerade so zum Leben reicht, braucht es oft nicht viel – eine unerwartete Rechnung, eine nicht geplante Ausgabe –, und schon wird die Finanzlage brenzlig. work zeigt, welche Möglichkeiten Menschen mit niedrigem Einkommen haben.

MARIA KÜNZLI

1. ERGÄNZUNGSLEISTUNGEN

Wenn die AHV-Rente oder die IV-Rente kaum zum Leben reicht, haben Sie Anrecht auf Ergänzungsleistungen. Wichtig zu wissen: Sie werden nicht automatisch ausbezahlt, sondern müssen beantragt werden. Grob gesagt gilt: Übersteigen die monatlichen Ausgaben die Einnahmen oder überschreiten die Einnahmen die Ausgaben nur knapp, könnte ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen bestehen. Eine Bedingung ist, dass Ihr Vermögen nicht höher ist als 100'000 Franken bei alleinstehenden Personen beziehungsweise 200'000 Franken bei Ehepaaren. Sie können online berechnen lassen, ob bei Ihnen ein Anspruch auf Ergänzungsleistungen besteht (rebrand.ly/berechnungstool). Die Onlineberechnung ist nicht verbindlich, kann aber als erste Einschätzung hilfreich sein.

Der Onlinerechner richtet sich nur an Versicherte, die zu Hause wohnen. Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen wenden sich am besten an die Heimleitung. Diese kann Ihnen in Ihren Ergänzungsleistungen weiterhelfen. Für Ausländerinnen und Ausländer gibt es gewisse Karenzfristen, die beachtet werden müssen. Die Ergänzungsleistungen werden von den Kantonen gezahlt und in zwei Kategorien unterteilt: in jährliche Beträge, die monatlich ausbezahlt werden, und in Beiträge zur Übernahme von Krankheits- und Behandlungskosten. Diese werden übernommen, wenn sie nicht bereits durch eine Versicherung



WORKTIPP

SCHULDEN?

Wenn Beteiligungen drohen oder der Schuldenberg bereits wächst und wächst, können Sie sich an die Schuldenberatung wenden. Die gemeinnützigen Fachstellen für Schuldenberatung bieten spezialisierte Beratung und Begleitung an für Personen, die Verschuldungsrisiken ausgesetzt oder bereits überschuldet sind. Wo die nächstgelegene Beratungsstelle ist, erfahren Sie hier: schulden.ch/fachstellen. Bei moneychat.ch finden Sie zudem viele hilfreiche Informationen rund ums Geld und können auch online Fragen stellen.

(Krankenkasse, Unfall, IV oder Haftpflicht) gedeckt sind.

2. STEUERN

Zeichnet es sich ab, dass Sie die Steuern nicht zahlen können, ist es wichtig, schnell zu reagieren. Nehmen Sie mit dem zuständigen Steueramt Kontakt auf, auch wenn es Überwindung braucht. Und zwar, sobald Sie die definitive Veranlagung erhalten haben – und nicht erst, wenn Mahnungen und Grund Beteiligungen eintrudeln. Grundsätzlich gibt es bei Zahlungsschwierigkeiten drei Möglichkeiten: Ratenzahlung, Stundung und Steuererlass. Möchten

Sie die Steuern in Raten zahlen, wenden Sie sich mit einem konkreten Abzahlungsversuch an die zuständige Stelle. Stundung bedeutet, dass die Zahlungsfrist bis maximal um ein Jahr verschoben wird. Auch dafür müssen Sie rechtzeitig einen Antrag stellen, bevor Sie gemahnt werden. Stimmt das Steueramt einer Ratenzahlung zu – einen rechtlichen Anspruch darauf gibt es nicht –, beginnt die Zahlungsfrist sofort. Achtung: Wenn Sie die neu vereinbarte Zahlungsfrist nicht einhalten können, fordert das Steueramt in den meisten Fällen per sofort den gesamten ausstehenden Betrag.

Bei dauerhafter finanzieller Not können Sie einen Steuererlass beantragen. Die Steuerbehörde prüft bei einem Gesuch um Steuererlass unter anderem, wie hoch Ihr betriebsrechtliches Existenzminimum ist. Dieses wird errechnet aus einem Grundbetrag (Ausgaben für Nahrung, Kleidung, Körperpflege, Strom usw.) und weiteren Ausgaben wie

Miete, Krankenkassengrundversicherung, Schulkosten, Unterhaltsbeiträgen oder Medikamenten. Sie müssen dafür alle Ihre Auslagen belegen. Ist Ihr Einkommen niedriger als das errechnete Existenzminimum, kommt ein Steuererlass in Betracht. Auch hier ist es wichtig, das Gesuch um Steuererlass möglichst rasch einzureichen, wenn Sie die definitive Veranlagung bekommen haben. Ein Gesuch um Steuererlass können Sie in der Regel persönlich am Schalter oder schriftlich beim Steueramt Ihrer Gemeinde einreichen. Sie brauchen dafür unter anderem Ihre Lohn- oder Rentenabrechnungen, Belege für Krankenkasse, Miete einschliesslich Nebenkosten sowie eine allfällige Scheidungsvereinbarung.

3. KRANKENKASSE
Krankenkassenprämien gehen ins Geld und können bei bescheidenem wirtschaftlichen Verhältnis schnell zum Problem werden. Das Krankenversicherungsgesetz (KVG) sieht vor, dass Menschen mit niedrigem Einkommen ein Anrecht auf Prämienverbilligung für

die Grundversicherung haben (rebrand.ly/prämienverbilligung). Wie hoch das Haushaltseinkommen sein darf, damit Ihnen eine Prämienverbilligung zusteht, ist kantonale Angelegenheit und damit in jedem Kanton anders. Entscheidend ist neben dem Haushaltseinkommen zudem die Anzahl Kinder und ihr

Armutsbetroffene landen oft in sozialer Isolation.

Alter. Die Höhe der Verbilligung wird ebenfalls kantonal festgelegt. Normalerweise sollten Sie automatisch informiert werden, wenn Ihnen eine Prämienverbilligung zusteht. Dann erhalten Sie ein Formular, das innerhalb einer bestimmten Frist zurückgesandt werden muss. Doch auch wenn das Prozedere umgekehrt verlaufen soll: Es ist ratsam, beim zuständigen kantonalen Amt oder bei einer Beratungsstelle nachzufragen, wenn Sie glauben, vielleicht für eine Prämienverbilligung in Frage zu kommen! Die Prämienverbil-

lung wird vom Kanton direkt an Ihre Krankenkasse überwiesen.

4. KULTURLEGI

Wer wenig Einkommen hat, kann es sich oft nicht leisten, am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. So landen Armutsbetroffene oft in sozialer Isolation. Mit der Kulturlegi von Caritas (kulturlegi.ch) erhalten Menschen mit niedrigem Einkommen Rabatte von 30 bis 70 Prozent auf über 4200 Angebote in der ganzen Schweiz aus den Bereichen Kultur, Sport, Bildung und Gesundheit. Wenden Sie sich an die zuständige Regionalstelle Ihres Kantons (Adressen: rebrand.ly/kultur-legi), um eine Kulturlegi zu beantragen. Die Aufnahmekriterien sind von Kanton zu Kanton unterschiedlich. Sie haben in der Regel Anrecht darauf, wenn Sie von der Sozialhilfe unterstützt werden, Stipendien oder Ergänzungsleistungen zu AHV und IV erhalten. Ihr Lohn gepfändet ist oder wenn Sie keine öffentlichen Unterstützungsgelder beziehen, Ihr Einkommen aber nachweislich am Existenzminimum liegt.

HILFE FÜR ALLEINERZIEHENDE

WENN DIE ALIMENTE FEHLEN

Sie sind getrennt oder verschieden, aber der Ex-Partner oder die Ex-Partnerin zahlt die Alimente nicht zuverlässig? In diesem Fall können Sie sich an die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Ihres Kantons wenden. Die zuständige Stelle kann Ihnen dabei helfen, die Alimente einzufordern, und überbrückt bei Bedarf mit einer sogenannten Alimentenbevorschussung. Scheuen Sie sich nicht, die Hilfe in Anspruch zu nehmen und nachzufragen!

FAMILIENHILFE. Für Alleinerziehende und Familien in finanzieller Not gibt es verschiedene zusätzliche Hilfsangebote, zum Beispiel subventionierte Krippenplätze, Betreuungsgutscheine oder den Solidaritätsfonds für Mutter und Kind des Schweizerischen Katholischen Frauenbundes (SKF). Eine Liste von Hilfsangeboten für Familien einschliesslich Kontaktadressen finden Sie zum Beispiel auf der Website von Pro Familia (rebrand.ly/profamilia). In den Läden der Caritas können Personen mit kleinem Budget Lebensmittel und Produkte des täglichen Bedarfs günstig einkaufen (caritas.ch). (mk)

DAS WENIGE, DAS BLEIBT: Für Menschen mit niedrigem Einkommen gibt es Hilfe, damit sie nicht ganz ohne Geld dastehen. FOTO: SHUTTERSTOCK

Vereinbarungen mit Rückzahlungspflicht Weiterbildung finanzieren?

mit anerkanntem Diplom. Bei vorzeitiger Kündigung ist es üblich, dass die Mitarbeitenden die

Die meisten Kantone verfügen über Förderprogramme.

Weiterbildung pro rata temporis zurückbezahlen können.

DER GAV. Die allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsverträge (GAV) verfügen über einen Weiterbildungsfonds, mit dem verschiedene Kurse im Rahmen der beruflichen Weiterbildung unterstützt oder finanziert werden. In vielen GAV ist auch geregelt, dass eine bestimmte Anzahl bezahlter Arbeitstage für die berufliche Weiterbildung genutzt werden kann. Wenn

Sie nicht sicher sind, was in Ihrem Gesamtarbeitsvertrag geregelt ist, können Sie sich von Ihrer Gewerkschaft beraten lassen.

BUND ODER KANTON. Wenn es sich bei der Weiterbildung um eine Berufsprüfung (BP) oder um eine höhere Fachprüfung (HFP) handelt, können Sie für die Vorbereitungskurse Unterstützung in Form von Bundesbeiträgen beantragen. Erstattet werden 50 Prozent der Kurskosten (maximal 9500 Franken für BP und 10'500 Franken für HFP). Die Bundesbeiträge können online beantragt werden (rebrand.ly/bundesbeitraege). Bedingungen für eine Unterstützung sind unter anderem, dass die Absolvierenden ihren Wohnsitz in der Schweiz haben und die

Ausbildung selbst bezahlen. Auch die meisten Kantone verfügen über Förderprogramme für Weiterbildungswillige, zum Beispiel in Form von Darlehen, Stipendien oder Zuschüssen. Da die Angebote von Kanton zu Kanton unterschiedlich sind, fragen Sie am besten direkt bei der Bildungsbehörde Ihres Wohnkantons nach.

VERBÄNDE & CO. Einige Berufsverbände bieten ihren Mitgliedern Preisnachlässe, Stipendien oder Unterstützung bei Weiterbildungen an. Auch Alumniverbände oder Stiftungen vergeben manchmal Beiträge für Schulungen (siehe Spalte rechts). Sie können auch versuchen, Ihre Weiterbildung mit Crowdfunding zu finanzieren.

STIFTUNGEN

FRAGEN HILFT

Stiftungen, die Weiterbildungen unterstützen:

- Educa Swiss: educaswiss.ch
- Benedict Education Group: rebrand.ly/benedict-weiterbildung
- Temptraining (für Temporärarbeitende, die dem GAV Personalverleih unterstehen): rebrand.ly/temptraining
- Schweizer Berghilfe (für Bewohnende in Bergregionen): rebrand.ly/berghilfe
- Online-Stiftungsverzeichnis: fundrasio.ch
- stipendium.ch: Datenbank mit zahlreichen Stiftungen (kostenpflichtig)

Weiterbildung **MOVENDO** Live ins Bundeshaus

Movendo bietet eine Vielfalt an Weiterbildungen an. work stellt drei Kurse des aktuellen Semesters und ein Gratis-Webinar vor.

Webinar aus dem Bundeshaus: Entscheide des Parlaments haben direkte Auswirkungen auf die Gesamtbevölkerung der Schweiz. Pierre-Yves Maillard, SGB- und Movendo-Präsident, berichtet am 17. September direkt aus dem Ständeratssaal über die laufende Session. Das Webinar ist gratis und wird simultan ins Deutsche und ins Französische übersetzt. rebrand.ly/movendo-webinar.

Computerkurs für ältere Menschen: Im PC-Einstiegskurs für Seniorinnen (Windows 11 / MS Office 2021) lernen ältere Menschen ohne Zeitdruck, Texte und Mails zu schreiben und im

Internet zu surfen. Infos: rebrand.ly/movendo-pc-kurs.

Grundlagen der Kommunikation: Wer sich oft missverstanden fühlt, sich im Ton vergriffen oder einfach oft in Gesprächen nicht weiterkommt, ist in diesem Kurs gut beraten, der die Grundlagen der Kommunikation mit vielen praktischen Übungen vermittelt. rebrand.ly/movendo-kommunikationskurs.

Gesundheit Im Job: In der Hitze oder Kälte und in unbequemer Haltung arbeiten sowie schwere Lasten zu tragen kann die Gesundheit beeinträchtigen. In diesem Kurs lernen die Teilnehmenden, ihre Gesundheit mit der richtigen Körperhaltung und gesunder Ernährung zu beeinflussen. rebrand.ly/movendo-gesundbleiben. (mk) www.movendo.ch

workrätsel 3 Mal ein Coop-Gutschein à Fr. 50.– zu gewinnen!



Die Gutscheine können bei Coop sowie Unternehmen der Coop-Gruppe eingelöst werden.

Coop Rechtsschutz wünscht Ihnen einen guten Einkauf!



LÖSUNG UND GEWINNER AUS NR. 10
Das Lösungswort lautete: **ARBEITSGESETZ**



DEN PREIS, eine Übernachtung für zwei Personen im Hotel Bern in Bern, hat gewonnen: Giuseppe Mazza, Lengnau BE
Herzlichen Glückwunsch!

Kontinent	Augenblick, im ...	Äxte	internat. Autorenverband	informer Gruss	lange, schmale Meeresarme	ostspan. Küstenfluss	gegen Krankh. immun machen	flüchtig. Brennstoff	Treffer b. Fussball Mz.	Warenrechnung	Grundfarbe	Abk.: künstliche Intelligenz
einfältig, naiv					5	60 Jahre... -Katastrophe						
			Spion	offene Geländefahrzeuge				6	Papierbogen	jp. Zierfisch		
seltene Augenfarbe	Muskelfaser	Verfasser		4			Erdzeitalter	geschnittenes Holz				Verse, Gedichte
... Demo am 22.11 in Bern				falscher Pfad	das Unsterbliche			7		Arbeit des Elektrikers	Truppenabteilung	
			griech. Umgangssprache	Netzwerkbetreuer Kw.					US-Animationsfilm (2001)	Hinterlassenschaft		3
Meeresraubfische	altes Schienenfahrzeug	männl. Kind			Stuhl- oder Tischteile		Mailands härtester Staatsanwalt					
Sammelstelle			Behälter zum Lagern v. Zigarren		Küstenform	9				Holzblasinstrument	kurz für: in dem	
		Handlung, Vorgehen	Seemannslohn			8	Hilfsgeistliche	Radspeichenkranz		10		
fertiggekocht	förm. Männerkleidung				Beweis der Abwesenheit	ohne tier. Produkte lebend					auszeichnen, würdigen	Anhang, Beilage
Spieß der Landsknechte			Ballspiel zu Pferd		zum Altertum gehörend			schwed. Königsgeschlecht	CH-Ministerium			
Kostbarkeit	bibl. Stammutter	Arzneimittelform					mittels, durch	Lehrlinge fordern 8 ... Ferien				
					ital. Tonbez. für das D	bereit, fertig				Geliebte des Zeus	frz. Artikel	
CH-Kulturmarke in britischen Händen		Gewürzblatt						Pflanzenhalme				2
Kirchenchor						Massnahme z. Heilung (Kw.)				Stadt im Kt. GE		
												11

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----

Lösungswort einsenden an: **work**, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch
Einsendeschluss 25. September 2025

INSERAT

Lohnseminare:

Schulungen für PeKos

der MEM-Industrie

Die Unia organisiert erneut Schulungen im Hinblick auf die Lohnverhandlungen in den Betrieben der MEM-Industrie. Ökonom:innen und Gewerkschafter:innen helfen. Auch die neuen Zölle der USA auf Schweizer Produkten werden Thema sein.

Daten:
Biel, 11. Sept. 2025
Winterthur, 12. Sept. 2025
Olten, 18. Sept. 2025
Bern, 25. Sept. 2025

Infos und Anmeldung:



WORKLESERFOTO



Die Petunien als Visitenkarte

WANN 30. August 2025

WO Sils Maria GR

WAS Der Blumenschmuck wird für das Wochenende herausgeputzt

Eingesandt von Jürg Scheidegger, Worb BE

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



SVP-Steinemanns Stolperauftritt

Die dunkelsten Momente der Femizid-«Arena»

WORKZEITUNG.CH / 5.9.2025: DIE DUNKELSTEN MOMENTE DER FEMIZID-«ARENA»

Fassungslos

Danke für diesen äusserst wertvollen und differenzierten Beitrag. Es macht mich fassungslos, dass man so die Tatsachen verdreht und diese dann auch noch für politische Zwecke instrumentalisiert! Es sind Femizide, und es braucht keine Relativierung. Der einzige richtige Dialog besteht darin, alle Frauen, die Gewalt ausgesetzt sind, zu schützen und zu stärken.

MAGDASCHORN, VIA INSTAGRAM

Möglichkeiten

Sie sagt es ja selbst, Schweizer Frauen ziehen sich früher aus toxischen Beziehungen heraus. Genau, weil sie Verwandte und Freunde haben, die ihnen Unterkunft bieten können. Diese Möglichkeiten haben die meisten Frauen mit Migrationshintergrund nicht. Und da bleibt nur das Frauenhaus.

VIKTOR HUBER, LUZERN

Wo sind die Zahlen?

Eine Statistik würde helfen, die Meinungen zu Fakten werden zu lassen. Und nein, es ist nicht ein reines Männerproblem, sondern auch ein kulturelles. Hinschauen ist ja nicht verboten.

INFRAROT, VIA INSTAGRAM

Was für ein Geschwafel

Es ist zwar nicht der wichtigste Punkt, aber bezüglich der Aussage «für besseren Schutz bräuchte es zusätzliche Ressourcen»: Ähm ja, eben genau darum geht's ja... die Grundlage des Themas. Ich wünschte, SVP-Wählerinnen und -Wähler würden mal bewusst mitdenken, was solches Geschwafel eigentlich aussagt, nämlich genau nichts. Vibes-basierte Non-Kommunikation. Ich will die Leute ja nicht einfach als dumme abstempeln, aber ich frag mich schon, wie die überhaupt durchs Leben gehen.

MASKENKIND, VIA INSTAGRAM

Sie können nichts dafür

OMG! WOW! Diese Aussagen machen mich extrem wütend. Anstatt Lösungen zu suchen, wollen sie nichts anderes, als Sündenböcke zu finden und die Gesellschaft zu spalten. Frauenhäuser sollen zu teuer sein? Dann sucht eine Lösung. Jedes Hotel könnte doch ein Zimmer zur Verfügung stellen. Wichtig ist aber zu bedenken: Für eure Finanzierungsprobleme kann die von Gewalt betroffene Frau (egal welcher Nationalität) nichts dafür.

SABRINA, VIA TIKTOK

WORK, DIVERSE BEITRÄGE ZU LOHNVERHANDLUNGEN

Der falsche Ansatz

Jetzt steht wieder der Lohnherbst vor der Tür. Mit gutem Grund fordern die Gewerkschaften mehr Lohn. Kürzlich hat der Dachverband Travail Suisse die Forderung nach einer zweiprozentigen Lohnerhöhung in der Öffentlichkeit präsentiert. Andere Gewerkschaften sind gefolgt. Seit Jahren stelle ich mir als langjähriges Unia-Mitglied die gleichen Fragen: Ist es den Gewerkschaftsfunktionären wirklich egal, dass mit der Forderung nach zwei Prozent Lohnerhöhung die Lohnschere weiter geöffnet wird? Ist es den Gewerkschaftsfunktionären wirklich egal, dass zu tief Entlohnte weniger erhalten als hoch Entlohnte? Ich neige noch zu glauben, dass es ihnen nicht egal ist. Doch warum kommt jedes Jahr die gleiche ärgerliche Forderung in

Prozent? Bei einem tiefen Monatslohn von 4000 Franken machen die geforderten zwei Prozent gerade mal 80 Franken aus. Bei einem Lohn von 10000 Franken machen zwei Prozent mehr als das Doppelte, nämlich 200 Franken, aus. Warum wird nicht endlich für alle Löhne die gleiche Erhöhung mit einem Frankenbetrag gefordert? Zum Beispiel wären jetzt 200 Franken als minimale Lohnerhöhung auf allen Stufen eine verständliche und sinnvolle Forderung. Damit würden vor allem die tiefen Löhne profitieren und die unsägliche Lohnschere würde nicht durch gewerkschaftliche Forderungen weiter geöffnet. Ich hoffe, dass die Unia dieses Jahr mit einer nicht an Prozenten festgemachten Lohnforderung vorangeht und die eingangs gestellten Fragen klar mit Nein beantwortet. Vielen Dank.

MARKUS ZIMMERMANN, ZÜRICH

WORK 10 / 21.8.2025: ER IST NICHT KAUFlich!

Danke!

Gegen Stillschweigen hat die Firma also mehr geboten? Das zeigt ja sehr klar, was für ein Charakter, was für eine Haltung hinter dieser Firma steht – vielleicht ein Stück weit sogar exemplarisch für die Wirtschaft als Ganzes!? Danke, dass er dieses verlogene Stillschweigabkommen abgelehnt hat.

QUIRIN2020, VIA INSTAGRAM

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work.Redaktion.Leserbriefe@unia.ch, **Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**





FRANCO CAPRINO DAS HERZ AM LINKEN FLECK

Franco Caprino wurde 1980 in Fagnano Castello in Kalabrien geboren. 2008 zog er mit seiner Frau in die Schweiz. Das Paar hat zwei Kinder. Nach Stationen in mehreren italienischen Restaurants führte Caprino kurz ein eigenes Lokal. Seit 2024 arbeitet er bei Tibits in Winterthur.

ENGAGIERT. Caprino ist leidenschaftlicher Fan des italienischen Fussballclubs Cosenza. Früher war er Stammgast in der linken, politischen Curva. Heute drückt er auch dem FC Winterthur die Daumen. Er engagiert sich gewerkschaftlich bei der Unia und in der italienischen Community von Winterthur – etwa im Komitee des Lokals «Copi» oder bei der städtischen Fachstelle Migration. Sein Ziel: «Beitragen zu einer solidarischen Gesellschaft, in der rechtsradikale Ideen keinen Platz haben.»

Die erste Lehrerin von Koch **Franco Caprino (45)** war seine Mutter

«Wir mussten weg, in Kalabrien gab es keine Perspektive»

Er hat die Gastronomie im Blut. Doch eine kleine Beiz, wo ihm der Chef dauernd über die Schulter schaut? Nein danke.

MATTIA LENTO | FOTO MANU FRIEDERICH

2023 sagte die Stadt Winterthur Ja zu einem Mindestlohn für alle von 23 Franken pro Stunde. Für das Unia-Mitglied Franco Caprino war das, wie er sagt, «der grösste gewerkschaftliche Erfolg meines Lebens». Vor der Abstimmung war er von Tür zu Tür gegangen, hatte Flyer verteilt und mit den Leuten über Teuerung und Working Poor geredet.

Auch wenn seine Arbeitsbedingungen heute besser seien als vor 15 Jahren, wie er sagt: «Ich mache das vor allem für die Kolleginnen und Kollegen, die es schwerer haben. Aus Solidarität, und weil auch ich früher am Arbeitsplatz nicht immer ein leichtes Leben hatte.»

DALLA MAMMA. Caprino interessierte sich früh fürs Kochen. Seine erste Lehrerin war seine Mutter Lucia. Von ihr lernte er die kalabrische Küche und sein Lieblingsgericht: Fileja, eine Art frische Pasta mit eingesalzenen Rippen. Als Jugendlicher ging er auf die Hotelfachschule und jobbte gleichzeitig in Restaurants, «um etwas Geld zu verdienen und nicht von der Familie abhängig zu sein». In Kalabrien, einer der ärmsten Regionen Europas, ist das normal. Viele Jugendliche arbeiten dort schon sehr früh. Für Caprino eine wertvolle Erfahrung. Aber um eine Familie zu gründen, reichte es nicht, sagt er: «Mit meiner Frau, damals noch Freundin, haben wir entschieden: Wir müssen weg, in

Kalabrien gab es keine Perspektive.» 2008, mitten in der Finanzkrise, zog das Paar in den Kanton Zürich.

BASTA! In der Schweiz fand Caprino sofort Jobs als Koch, meist in kleinen italienischen Lokalen. Dort seien die Löhne tief gewesen, die Arbeitszeiten endlos «und die einfachsten Rechte oft nur Theorie». Die langen Tage einschliesslich Zimmerstunde am Nachmittag waren für ihn ein echtes Problem: «Man ist mehr im Restaurant als zu Hause – und immer ganz nah dran am Chef. Diese Nähe ist ein zweischneidiges Schwert, weil man sich schwerer wehren kann.» Zwar lernte er in dieser Zeit viel, fühlte sich kreativ und von den Gästen geschätzt. Aber viele Arbeitgeber hielten sich nicht an die Regeln. Es gab nicht bezahlte Überstunden, zu wenig Ferien, chaotische Einsatzpläne. Den endgültigen Bruch brachte ein Vorfall, als er – weil ein Kollege krank war und der Chef jammerte – seine kleine Tochter mit in den Betrieb nehmen musste: «Da wusste ich: Es reicht.»

Die Wende kam mit einem Job beim Catering am Flughafen Zürich. Caprino sagt: «Mein Lohn stieg, die Arbeitszeiten wurden regelmässiger, und ich konnte meine Rechte leichter durchsetzen.» Auch fachlich sei der Job spannend gewesen, er habe Menüs für internationale Flüge zubereitet und so viele neue Produkte kennengelernt. Heute arbeitet er bei der vegetarisch-vegane Kette Tibits.

VEGI. Er lacht und sagt, seit seiner Ankunft in der Schweiz vor 17 Jahren habe er als Koch einen ziemlichen Weg zurückgelegt: «In der kalabrischen Küche spielen Fleisch



WANDEL: Fleisch und Wurst sind in der kalabrischen Küche zentral, bei seinem jetzigen Arbeitgeber kocht Franco Caprino vor allem mit pflanzlichen Produkten. FOTOS: KEYSTONE

und Wurst eine zentrale Rolle. Hier habe ich meinen Horizont nochmals erweitert.» Auch die Bedingungen sind besser als in kleinen Lokalen. Als Leiter eines Teams in der Küche verdient er 5200 Franken brutto im Monat, plus dreizehnter Monatslohn. Nicht luxuriös, aber genug, um in Winterthur über die Runden zu kommen. «Dazu habe ich geregelte Schichten ohne lange Pausen – und meine Grundrechte werden respektiert. Non male dai!»

Heute arbeite er hart, aber ohne den Stress kleiner Restaurants. Und noch etwas gefällt ihm: «Bei Tibits ist der Service fast nur an der Kasse. Wir Köche füllen das Buffet nach, kommen dabei oft mit den Gästen ins Gespräch und erhalten direktes Feedback. Das macht Freude.»

FAMILIE. Für dieses Portrait besucht work Caprino zu Hause. Dabei sind auch die beiden Kinder im Alter von 9 und 7 Jahren. Während des Gesprächs wollen sie ab und

zu etwas vom Papa – und er reagiert jedesmal liebevoll. Seit er nicht mehr in den kleinen Beizen arbeitet, kann er auch als Vater präsenter sein. Damals verschlang der Job alle Energie, Ferien waren Glücksache. Heute hat er bei Tibits geregelte Schichten – mal von sechs Uhr früh bis drei am Nachmittag, mal ab halb zwei bis abends um halb elf. Das erlaubt ihm, die Kinder selber in die Schule zu bringen oder am Abend mit ihnen zu essen. «Das ist für mich unbezahlbar», sagt er.

Wenn er zu Hause ist, übernimmt er Haushalt und Kinder, damit seine Frau – sie ist Bereichsleiterin bei der Migros-Grossbäckerei Jowa – den Kopf frei hat. Die beiden teilen sich Erwerbsarbeit und Care-Arbeit, «so gut es halt geht», wie er sagt. Natürlich sei es anstrengend, manchmal chaotisch. Aber es lohne sich: «Jetzt lebe ich mehrheitlich mit meiner Familie und nicht mehr im Restaurant. Das ist ein Riesenschritt nach vorne.»

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden dritten Donnerstag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion: Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031.350.24.18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch. Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knezevic, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Julia Neukomm, julianeukomm@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch. Mitarbeit an dieser Nummer: Peter Bodenmann, Oliver Fahrni, Laura Gonzalez, Maria Künzli, Mattia Lento, Sonya Mermoud, Regula Rytz, Clemens Studer, Noémie Zurlinden. Gestaltung/Layout: Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch. Korrektorat: Urs Remund, ursemund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold, Sekretariat: Fabienne Jalliy, verlag@workzeitung.ch. Anzeigenmarketing: Fabienne Jalliy, Telefon 031.350.24.18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck: CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement: Jahresabonnement (15 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–. Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo-Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031.350.24.18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.